



XV. Legislaturperiode

XV legislatura

WORTPROTOKOLL
DER LANDTAGSSITZUNG

NR. 124

RESOCONTO INTEGRALE
DELLA SEDUTA DEL CONSIGLIO
PROVINCIALE
N. 124

.....
vom 14.07.2016

.....
del 14/07/2016

Präsident
Vizepräsident

Dr. Roberto Bizzo
Dr. Thomas Widmann

Presidente
Vicepresidente

WORTPROTOKOLL DER LANDTAGSSITZUNG

NR. 124

vom 14.07.2016

Inhaltsverzeichnis

Landesgesetzentwurf Nr. 89/16: "Bestimmungen in Zusammenhang mit dem Nachtragshaushalt des Landes Südtirol für das Finanzjahr 2016 und für den Dreijahreszeitraum 2016-2018" (Fortsetzung).
Seite 1

Landesgesetzentwurf Nr. 90/16: "Nachtragshaushalt des Landes Südtirol für die Finanzjahre 2016-2018" (Fortsetzung).
Seite 1

Tagesordnung Nr. 1 vom 8.7.2016, eingebracht vom Abgeordneten Zimmerhofer, betreffend Steuerhoheit für Südtirol. Seite 33

Tagesordnung Nr. 2 vom 11.7.2016, eingebracht vom Abgeordneten Pöder, betreffend Nein zur Verfassungsreform der Regierung Renzi – Nein zur Schwächung der Autonomie – Nein zur Stärkung des Zentralstaates. Seite 36

Tagesordnung Nr. 3 vom 11.7.2016, eingebracht vom Abgeordneten Pöder, betreffend den Erhalt der Geburtenstation am Krankenhaus Sterzing.
Seite 43

Tagesordnung Nr. 7 vom 11.7.2016, eingebracht vom Abgeordneten Pöder, betreffend Bargeldgrenze bringt nur Banken etwas – deshalb weg damit.
Seite 46

Tagesordnung Nr. 8 vom 11.7.2016, eingebracht von der Abgeordneten Artioli, betreffend Standardkosten und Zusammenlegung von Gemeinden. . . . Seite 47

Tagesordnung Nr. 13 vom 12.7.2016, eingebracht von den Abgeordneten Dello Sbarba, Foppa und Heiss, betreffend ABD: Zukunftssicherung für die MitarbeiterInnen. Seite 48

RESOCONTO INTEGRALE DELLA SEDUTA DEL CONSIGLIO PROVINCIALE

N. 124

del 14/07/2016

Indice

Disegno di legge provinciale n. 89/16: "Disposizioni collegate all'assestamento del bilancio di previsione della Provincia autonoma di Bolzano per l'anno finanziario 2016 e per il triennio 2016-2018" (continuazione). pag. 1

Disegno di legge provinciale n. 90/16: "Assestamento del bilancio di previsione della Provincia autonoma di Bolzano per gli anni finanziari 2016-2018" (continuazione). pag. 1

Ordine del giorno n. 1 dell'8/7/2016, presentato dal consigliere Zimmerhofer, riguardante autonomia impositiva per la Provincia di Bolzano. pag. 33

Ordine del giorno n. 2 dell'11/7/2016, presentato dal consigliere Pöder, riguardante no alla riforma costituzionale del Governo Renzi – no all'indebolimento dell'autonomia – no al rafforzamento del centralismo – opuscolo – opuscolo informativo. pag. 36

Ordine del giorno n. 3 dell'11/7/2016, presentato dal consigliere Pöder, riguardante il mantenimento del punto nascite dell'ospedale di Vipiteno.
pag. 43

Ordine del giorno n. 7 dell'11/7/2016, presentato dal consigliere Pöder, riguardante "Il limite previsto per i pagamenti in contanti avvantaggia solo le banche: eliminiamolo!". pag. 46

Ordine del giorno n. 8 dell'11/7/2016, presentato dalla consigliera Artioli, riguardante costi standard e accorpamento Comuni. pag. 47

Ordine del giorno n. 13 del 12/7/2016, presentato dai consiglieri Dello Sbarba, Foppa e Heiss, riguardante ABD: garanzie per i/le dipendenti.
pag. 48

Vorsitz des Präsidenten | Presidenza del presidente: dott. Roberto Bizzo

Ore 10.01 Uhr

Namensaufruf - appello nominale

PRESIDENTE: La seduta è aperta. Ai sensi dell'articolo 59, comma 3, del regolamento interno il processo verbale della seduta precedente è messo a disposizione delle consigliere e dei consiglieri provinciali in forma cartacea. Su di esso possono essere presentate, per iscritto, richieste di rettifica alla Presidenza entro la fine della seduta. Qualora non dovesse pervenire alcuna richiesta di rettifica, il processo verbale si intende approvato.

Copie del processo verbale sono a disposizione delle consigliere e dei consiglieri presso le collaboratrici e i collaboratori addetti alla stesura del processo verbale stesso.

Per la seduta odierna si sono giustificati i consiglieri Widmann, Mair e Atz Tammerle (pom.).

Punto 304) all'ordine del giorno: *Disegno di legge provinciale n. 89/16: "Disposizioni collegate all'assestamento del bilancio di previsione della Provincia autonoma di Bolzano per l'anno finanziario 2016 e per il triennio 2016-2018"* (continuazione).

Punkt 304 der Tagesordnung: *Landesgesetzentwurf Nr. 89/16: "Bestimmungen in Zusammenhang mit dem Nachtragshaushalt des Landes Südtirol für das Finanzjahr 2016 und für den Dreijahreszeitraum 2016-2018"* (Fortsetzung).

Punto 305) all'ordine del giorno: *Disegno di legge provinciale n. 90/16: "Assestamento del bilancio di previsione della Provincia autonoma di Bolzano per gli anni finanziari 2016-2018"* (continuazione).

Punkt 305 der Tagesordnung: *Landesgesetzentwurf Nr. 90/16: "Nachtragshaushalt des Landes Südtirol für die Finanzjahre 2016-2018"* (Fortsetzung).

Siamo in corso di dibattito generale.

La parola al consigliere Heiss, prego.

HEISS (Grüne Fraktion - Gruppo verde - Grupa vërda): Danke, Herr Präsident! Diese Debatte gestern und heute hat einen eigentümlich hybriden Charakter. Sie ist einerseits eine Mischung aus technischer Debatte und andererseits grundsätzlicher Positionsbestimmung der verschiedenen Kolleginnen und Kollegen hier im Saale, also insofern bemerkenswert. Das hängt damit zusammen, dass zum einen der Nachtragshaushalt und die entsprechenden Bestimmungen den Blick auf den Haushalt insgesamt, auf die Situation des Haushaltes und auf die Verteilung der Haushaltsmittel richten, hat zum anderen auch damit zu tun, dass wir jetzt genau im halben Jahr uns befinden, sozusagen in einer Art von Schwebezustand vor dem Übertritt in die Sommerpause und zugleich auf der Hälfte der Legislatur, also in gewisser Weise an einem Übergangspunkt, der jetzt durch eine gewisse Dramatik markiert ist, die in den letzten Tagen entstanden ist. Aus diesem Grund hat diese Positionsbestimmung etwas Eigentümliches und die an sich sehr technische Form des Nachtragshaushaltes hat von verschiedenen Kolleginnen und Kollegen, etwa vom Kollegen Pöder, der wirklich einen bunten Strauß zwischen Fußball, Flughafen und Flüchtlingen geflochten hat, eine interessante Wendung erfahren. Auch der Kollege Steger hat gestern in der Abendstunde gewissermaßen eine Subhaushaltsrede des Landeshauptmannes gehalten, in der er sozusagen auch die Werte und die Erfolge zu Recht unterstrichen hat; das möchten wir betonen.

Meine relativ kurze Intervention wird sich auch auf drei "F" beschränken, und zwar auf die Frage Ferrovia - das ist ein wenig gekünstelt, entschuldigen Sie bitte -, auf die Frage Flüchtlinge und auf die Frage Frauen, also drei "F", damit das Ganze etwas gegliedert ist mit ein paar vorangehenden politischen Bewertungen. Kollege Steger hat gestern natürlich zu Recht die guten Arbeitsmarktzahlen und auch die guten Rahmenbedingungen betont, die – das muss man zu Recht betonen – auch durch die Landesregierung geschaffen wurden. Die Steuerentlastung ist nicht gering anzuschlagen, die die Unternehmen zusammen mit der günstigen Konjunktur beflügelt hat, auch natürlich Entlastungen für die Arbeitnehmer, die allerdings relativiert werden durch das, was Kollege

Leitner gesagt hat, und auch Kollege Pöder etwa durch die Erhöhung der Mehrwertsteuer. Das ist also eine deutliche Relativierung, wobei dies anzuerkennen ist, keine Frage.

Die Wirtschaftspolitik der Landesregierung hat zweifellos bestimmte Effekte erzielt. Wenn wir in Südtirol, im südlichen Tirol 3,8 Prozent Arbeitslosigkeit anstelle von 5,8 Prozent haben, so sind das nicht dürre Zahlen, sondern dahinter stehen auch eine Besserstellung mehrerer tausend Menschen, die sich in relativ sicheren Arbeitsverhältnissen wissen und sich persönlich auf der sichereren Seite fühlen. Zugleich wird damit der Haushalt entlastet und das ist eine Gunstsituation insgesamt. Das ist durchaus anzuerkennen. Wir stehen nicht an, hier darauf hinzuweisen, dass die Landesregierung, zumal der Landeshauptmann, von Anfang an eine gute Politik betrieben hat. Wenn wir vor drei Jahren, und zwar im Sommer 2013, Kollege Steger, hätten sagen können, dass wir jetzt auf 3,8 oder 3,5 Prozent Arbeitslosigkeit zurückfahren, so hätten wir sofort unterschrieben, und das in einer Situation, in der noch im Herbst 2013 kurz nach den Landtagswahlen ein Unternehmen wie Hoppe dicht gemacht hat und die wirtschaftliche Situation negativ war, die auch jetzt noch in sozialer Hinsicht für bestimmte Gruppen natürlich enorme Krisenstimmung in sich birgt. Denken Sie an Solland Silicon, denken wir auch an die vielen Menschen, die auf einem harten Sockel der Arbeitslosigkeit festsitzen und nicht mehr daraus loskommen, Menschen, die seit mehreren Jahren außerhalb des Arbeitsprozesses sind und trotz der günstigen Konjunktur nicht mehr hineinfinden. Da gilt es anzusetzen, da gilt es auch in Zukunft mehr Engagement zu zeigen. Das wird mit Sicherheit auch für den künftigen Herbst und für die nächste Zeit eine Nagelprobe sein, dass man schaut, wie man diese Dauerarbeitslosigkeit abbauen kann, wie man die sozial benachteiligten Gruppen stärker in den Fokus richten kann, wie wir insgesamt zudem noch qualifiziertere Arbeitsplätze schaffen können. Das ist mit Sicherheit ein Ziel, aber wir stehen nicht an, die erzielten Erfolge nicht nur den niederen Energiepreisen und der günstigen Konjunktur anzurechnen, sondern auch der Wirtschaftspolitik der Landesregierung, keine Frage. Das ist aner kennenswert. Wir Grüne stehen dafür nicht als Populisten, Herr Landeshauptmann, sondern als Realisten, nicht als grüne Traumtänzer, sondern als Menschen, die versuchen, einen ehrlichen Blick auf die Wirklichkeit zu richten, dass wir auch das anerkennen, was gut ist und was gut war, wie Langer es gesagt hat.

Jetzt zu unseren drei "F", nämlich Ferrovial, Flüchtlinge und Frauen. Wir haben zum einen – jetzt wird es sehr konkret – den Artikel 6 "Bestimmungen zur Umsetzung des Projekts zum Ausbau des Eisenbahnsystems". Hier einfach die Frage, Herr Landeshauptmann. Es ist nachvollziehbar eingebracht worden, dass die Steuerentlastung bis zur Abtretung an ein anderes Rechtssubjekt greifen soll. Es wird in Baugrund umgewandelt. Hier soll dann die Steuerbefreiung greifen und solange diese Gesellschaft, diese Gruppe von Rete Ferroviaria Italiana (RFI), Trenitalia, FS-Sistemi Urbani Eigentümerin ist, ist sozusagen diese Befreiung gegeben. Das ist also bis zum Eintritt der Abtretung an ein anderes Rechtssubjekt. Für mich jetzt *Advocatus Diaboli* die böse Frage: Was ist, wenn ein künftiger Übernehmer eintritt und die Liegenschaften nicht erwirbt, sondern sie least oder eine andere Form der zeitweiligen Übernahme bis zu einer irgendwann definitiven Eigentumsübertragung findet? Ist er dann auch steuerbefreit? Wobei nominell noch diese Gesellschaft RFI sozusagen das Obereigentum hat, während die Besitzrechte von anderer Seite wahrgenommen werden. Es könnte auch sein, dass ein geschickter Investor sagt: "Ihr seid weiterhin die Braven und habt das Obereigentum, wir leasen das von Euch ab und sparen uns damit die Steuer." Ist hier sozusagen dem Schaden vorgebeugt, weil im Artikel 6 Folgendes steht: "Abtretung derselben an ein anderes Rechtssubjekt"? Heißt Abtretung Übereignung oder heißt es Verpachtung? Das ist nicht ganz geklärt. Hier herrscht, aus meiner Sicht, wirklich noch Klärungsbedarf. Das habe ich mir gestern durch den Kopf gehen lassen. Wir bitten, dies doch ein wenig zu klären, denn das könnte für einen geschickten Investor, von denen es auch in der Provinz Bozen einige gibt, ein guter Ansatz sein.

Zweiter Punkt, völliger Szenenwechsel. Wir haben in den letzten Monaten öfters über die Brennergrenze debattiert. Es ist erfreulicherweise gelungen, die Brennergrenze offen zu halten. Nach dem Versuch Österreichs, die Grenzschließung voranzuziehen, ist durch vielfältige Verhandlungen, durch die Einschaltung des vormaligen Bundespräsidenten Fischer, sicher durch die wichtige Mediation des Landeshauptmannes die Offenhaltung erfolgt, meiner Vermutung nach schon sehr stark auf Druck der Wirtschaft, die die Freizügigkeit mit Nachdruck gefordert hat. Es geht vor allem um das Thema Flüchtlinge.

Es geht um die Frage der Flüchtlinge, die durch unser Land ziehen, eine wesentliche Frage, eine Grundfrage, eine Frage, die jetzt ein wenig abgehend ist, denn die Situation ist eigentlich überschaubar. Auch die große Flüchtlingswelle ist bis dato ausgeblieben. Es gibt jetzt definitive Zahlen, wie viel Flüchtlinge über die östliche Mittelmeerroute, über die zentrale Mittelmeerroute, sprich über den Balkan bzw. Osten bzw. Libyen Nordafrika kommen. Die Zahlen sind heuer nicht dramatisch. Nach gestrigen Berichten sind auf der östlichen Mittelmeerroute bisher 2016 158.000 bis 159.000 Flüchtlinge gekommen. Letztes Jahr waren es insgesamt 857.000. Wir liegen also auch statistisch gesehen weit unterhalb der letztjährigen Werte. Bei der zentralen Mittelmeerroute Afrika,

sprich Nordafrika waren es letztes Jahr 153.000 insgesamt, heuer 2016 77.000, also auch hier eine relativ starke Reduktion. Das muss man auch in Betracht ziehen und sagen, dass die Situation momentan – ich betone momentan – relativ deutlich zu steuern ist.

Aber wie wird es in Zukunft sein? Wir gehen schon davon aus - wir müssen annehmen, dass es auf der Welt 65 Millionen Flüchtlinge gibt -, dass dieser Zug anhält. Wir müssen uns darauf einstellen, dass diese Situation grundsätzlich andauern wird, und zwar nicht auf ein oder zwei Jahre, sondern auf Jahrzehnte hin. Es braucht hierzu grundsätzliche Weichenstellungen der Afrikapolitik, der Entwicklungspolitik, der Weltpolitik insgesamt. Das wissen Sie, Herr Landeshauptmann, genauso gut und besser als wir. Wir haben bisher versucht, diese Situation in Südtirol gewissermaßen ein wenig provisorisch anzugehen. Wir haben hier eine Situation, die noch nicht von jener Dramatik und jenem Druck geprägt ist wie im Bundesland Tirol, denn dort sind es 5.000 bis 6.000 Flüchtlinge. Bei uns sind es jetzt 1.000. Jetzt werden weitere Plätze für 700 Flüchtende gesucht. Wir müssen uns überlegen, langfristig eine Strategie zu entwickeln. Ich sehe in diesem Bereich enormen Nachholbedarf. Die Grundhaltung der Politik, aber auch der Bürgerinnen und Bürger ist vielfach dahingehend, dass dies ein Platzregen sei, der bald vorbei sein würde und es mit dieser Situation bald vorbei sein würde.

In den nächsten Monaten, in den nächsten ein bis zwei Jahren wird es Aufgabe sein – Kollegin Hochgruber Kuenzer hat gestern auch darauf hingewiesen – deutlich zu machen, dass wir mit einer Dauersituation zu rechnen haben. Wir brauchen große gesellschaftliche Anstrengungen, wir müssen danach trachten, nicht nur Unterkünfte provisorisch zu schaffen, sondern auch Formen der Integration, Formen der Eingliederung, denn sonst haben wir ein großes soziales Bruchpotential, einerseits unter den Flüchtlingen, deren humanitäre Situation zum Teil fürchterlich ist, andererseits im Hinblick auf unsere Bürgerinnen und Bürger. Die Bilder, die wir jeden Abend vor dem Landtag sehen, verdeutlichen die Situation. Wir haben Anschauungsunterricht hier, was illegale Flucht bedeutet, dass diese Menschen hungern und dass sie in dieser Beschäftigungs- und Arbeitslosigkeit ein negatives Potential bilden, weil sie wahrscheinlich nicht mehr zurückgehen, weil sie nicht mehr weiter wissen, weil sie "sans papiers" ohne Ausweise, ohne Unterlagen hier ihr Dasein fristen.

Wir sehen die Zunahme von Kriminalität an bestimmten Bruchpunkten, wir sehen aber auch, dass hier junge Menschen sind, die ein großes Hoffnungspotential darstellen. Ich muss darauf hinweisen, dass es ganz zentral sein wird, die Unterkunftssituation mittelfristig befriedigend zu regeln, eine Größenordnung anzuvisieren, die realistisch ist. Wir sind aktuell bei einigen Promille der Bevölkerungsanteile, aber es wird wesentlich mehr sein. Hierzu müssen wir auf zwei Dinge hinweisen, Herr Landeshauptmann. Sie haben sehr gute Beziehungen zur Wirtschaft. Sie haben der Wirtschaft sehr vieles an Erleichterungen, an Möglichkeiten, an Potential gegeben. Die Wirtschaft muss hier Anstrengungen unternehmen, auch im Hinblick auf die Unterkünfte. Ich bin überzeugt davon, dass viele Unternehmer mit Leerständen, mit Gewerbeland auch in Gastbetrieben von Ihnen früher oder später den Appell hören müssen: "Ihr müsst einen Beitrag leisten, auch für uns jetzt. Wir haben Euch entlastet, Ihr müsst im Hinblick auf die Unterkunftssituation einiges leisten, denn die Leerstände im Gewerbebereich, Leerstände auch im Tourismus und in anderen Bereichen sollten dazu führen, dass Bereitschaft seitens der Unternehmerschaft da ist, das muss gefördert werden." Das gilt auch für die Beschäftigungssituation, denn es wird ganz wesentlich sein, Flüchtlinge trotz aller arbeitsmarktpolitischen Hindernisse, trotz aller Restriktionen in diesem Bereich frühzeitig in Beschäftigung zu bringen. Das ist bitter notwendig.

Die Schweiz macht es vor, wie das funktioniert und das ist wirklich wegweisend. Wir brauchen auch für diese Flüchtlinge wie für andere Migranten noch mehr eine Art von Ankommens-, Willkommens- und Akzeptanzpaket. Die Flüchtlinge müssen erfahren, wie es hier zugeht, was hier abgeht, welche Rechte und Pflichten sie haben, und das in aller Deutlichkeit, in aller Klarheit. Auch hier macht es die Schweiz vor. Es gibt dort Willkommenskurse, in denen in aller Deutlichkeit vermittelt wird, was hier Rechtssysteme, Wertesysteme, Verhaltensnormen ausmachen, wie man hier in diesem Land zu Erfolg und in eine bessere Situation kommen kann. Hier müssen wir ein Paket schaffen.

In diesem Bereich würde ich Ihnen, Herr Landeshauptmann - es ist jetzt Halbzeit und nach einer Halbzeit werden oft die Spieler gewechselt - eine personelle Empfehlung aussprechen. Ich glaube, dass Landesrätin Stocker zu Beginn ihrer Amtszeit Monsterressorts übernommen hat, von denen sie nicht wusste, dass sie Resorts sein würden "che fanno tremare i polsi". Das konnte sie nicht wissen. Sie hat Arbeit, Soziales, Flüchtlinge, Sport, Gesundheit, also wirklich eine Fülle von zum Teil, ich sage es auch, Arschkarten gezogen, die extrem schwierig zu händeln sind. Aus meiner Sicht wäre zu überlegen, und das ist unser Vorschlag, ob die Landesrätin zum Beispiel nicht den Bereich Flüchtlinge an den Bereich Integration, sprich Achammer, abgeben sollte. Es wäre, aus meiner Sicht, ein großer Sinnzusammenhang, nämlich den Bereich Integration, Flüchtlinge, Bildung zusammenzubringen aus dieser Situation, aus dieser Logik heraus wie auch in anderen Ländern. Sie werden jetzt nicht

darauf Antwort geben, aber es ist eine Anregung, die wir bringen. Es ist eine Position, die auch Landesrat Achammer bei seinem Sommergewitter, bei seiner Sommerpressekonferenz erkannt hat, dass hier Nachholbedarf besteht. Ich glaube, dass dieser Nachholbedarf besser gedeckt werden könnte, wenn Landesrat Achammer auch die Frage der Flüchtlinge übernehmen würde und damit sozusagen diese Wertschöpfungskette von Integration, Bildung, Flüchtlingsbetreuung und langfristiger Perspektivierung entwickeln würde. Mir erschiene dies als ein Vorschlag, der nicht ein Affront gegen die Kollegin Stocker sein soll, der ich seit langem zum Teil auch freundschaftlich verbunden bin, aber ich glaube, es wäre nach der zweiten Hälfte der Spielzeit zielführend, eine Art von Revirement zu übernehmen und hier sozusagen die Mittelstürmerposition ein wenig zu entlasten. Das die zweite F-Position, Ferrovie und Flüchtlinge.

Die dritte Position ist die Frage der Frauen und damit die Frage von Sterzing. Wir möchten nur noch einmal unsere Position unterstreichen, die Kollegin Foppa immer sehr entschieden vertreten hat, dass Sterzing einerseits ein gesundheitspolitisches Problem ist, eine Frage der Sicherheit. Kollegin Stocker blickt resigniert bis grimmig und ein wenig mitleidig auf uns herüber. Wir können uns hier viel erlauben und sollen es auch tun. Wir haben hier stellvertretend für die Bevölkerung auch Konflikte auszutragen. Deswegen ist es besser, wenn wir uns auch "sierig" ins Auge blicken, anstatt dass uns Tausende von Bürgerinnen und Bürger ihren "Sier" entgegenschleudern. Wir haben hier auch eine Stellvertreterfunktion, also Martha kannst durchaus auch ein wenig "sierig" blicken trotz der bewährten Selbstdisziplin.

Ich würde doch sagen, dass im Bereich Sterzing Fehler gemacht worden sind, das wissen wir. Wir halten die Entscheidung der Landesregierung vom letzten Dienstag für eine krachende Fehlentscheidung. Wir sehen die Sicherheitsargumente, die angeführt werden. Wir sehen die Vorgaben des Ministeriums. Wir sehen aber auch die Potentiale, die in Sterzing entwickelt wurden. Wir sehen die dortigen Verhältnisse und die Verhältnisse sind einfach in vieler Hinsicht exzellent bis gut. Es scheint uns wirklich verheerend, wenn man jetzt diese Sterzinger Position schwächt und sagt: "Okay, Frauen des Nordens kommt nach Brixen, denn dann wird die dortige Situation schwerstens unter Druck geraten." Die aktuelle Situation in Brixen, Sie wissen es, Frau Landesrätin, ist nicht die beste. Es gibt dort den abgetretenen Primar, es gibt die Ärzteschaft, die auch dort wie in Sterzing nur zu einem kleinen Teil aus Stammpersonal und zum wesentlichen Teil aus den sogenannten – dies ein wunderbarer Ausdruck – "gettonisti" besteht – das klingt fast wie Groupier - und diese Situation ist eigentlich nur um Nuancen von Sterzing unterschieden mit dem Unterschied, dass Brixen eine Baustelle ist, dass dort größere Verunsicherung herrscht, es weniger gut eingefahrene Arbeitsabläufe als in Sterzing gibt. Ich glaube, dass es verheerend ist, wenn man Sterzing herausbricht, um zu sagen: "Wir führen beide zusammen, wir holen Giuliani nach Brixen, wir versuchen dort ein Team zu bilden." Unter den aktuellen Voraussetzungen wird dies, glaube ich, wirklich eine schlechte, eine negative Fusion werden, Herr Landeshauptmann, liebe Landesrätin Stocker. Ich halte das für absolut nicht gut, also es wird nicht gut klappen.

Ich sehe auch, dass dieser "parere tecnico" des Komitees, das uns vorliegt, ein sehr merkwürdiges Dokument ist, weil es einerseits, so glauben wir zu verstehen, in seinen "conclusioni" Folgendes erklärt: "Il comitato fornisce parere unanime positivo ad una richiesta di deroga per i punti di nascita con numero di parti inferiore a 500 all'anno." Ich habe es versucht, dreimal zu lesen auch in der sehr kärglichen deutschen Übersetzung, dass hier eine Ausnahme für die Geburtenpunkte "punti di nascita" verlangt wird unterhalb von 500 Einwohnern und unter Berücksichtigung der Kriterien der Erreichbarkeit, das Vertrauen der Bewohner und Bewohnerinnen in diesem Punkt und in der "cricità". Dann steht weiters: "Tenendo conto che il punto nascita di Silandro per la situazione ortogeografica più che quello di Vipiteno può rientrare nella ridefinizione di struttura sanitaria ad area disagiata." Das heißt also, Schlanders hat ein wenig die besseren Karten, aber auch Sterzing ist davon nicht ausgeschlossen. So glaube ich dem zu entnehmen. Da steht kein Todesurteil für Sterzing drinnen, wenn, dann nur sehr verklausuliert sozusagen aus der Sicht dieses technischen Komitees, das in dieser Zusammensetzung sehr schließungslastig ist: Oswald Mayr, Horand Meier seines Zeichens vormaliger PD-Gemeinderat von Brixen und federführend Hubert Messner. Das sind sicher keine Sterzing-Befürworter, die Frau Nitz ist wahrscheinlich überstimmt worden und die Brixner haben sich entfernt. Für eine so grundlegende Entscheidung waren hier, wie Pius Leitner ausgeführt hat, drei abwesend. Die Rechtsgrundlage ist ein wenig schwammig, dürrtig und die Begründung für die Schließung Sterzings kann man hier nur sehr verklausuliert herauslesen. Mir erscheint das Ganze eine sehr wacklige Grundlage. Es ist sehr bedauerlich, auf dieser Grundlage eine Entscheidung zu treffen. Ich glaube, dass das Ganze nicht gut ist.

Nochmals. Wir, die Kollegin Foppa und der Kollege Dello Sbarba, aber auch andere Kollegen hier im Saal betonen immer wieder den regionalpolitischen Charakter für Sterzing. Sie sagen, es geht um Sicherheitsaspekte.

Es geht um die Respektierung von Arbeitszeiten, es geht um Vorgaben der EU, aber der regionalpolitische Aspekt ist einfach wesentlich, ist zentral, der tatsächliche Aspekt ... Wie bitte?

KOMPATSCHER (Landeshauptmann - SVP): *(unterbricht)*

HEISS (Grüne Fraktion - Gruppo verde - Grupa vërda): Sie replizieren dann noch. Ich möchte nur darauf verweisen.

Nochmals. Sie wissen alle, was Sterzing für das Wipptal bedeutet, was die Geburtenstation für das Wipptal bedeutet. Ich möchte Ihnen sagen, dass ich das lange unterschätzt habe, und zwar aus folgendem auch persönlichen Grund. Mein Vater war von 1977 bis 1980 Präsident der Talgemeinschaft Eisacktal. Mein teurer Vater war Angehöriger Ihrer Mehrheitspartei. Er hat sehr viele Ämter inne gehabt, darunter auch jenes des Talgemeinschaftspräsidenten. Mein teurer Vater war 1978 völlig überrascht und verärgert, als plötzlich das Wipptal eigenständig sich gemacht und sich davon gemacht hat. Er hat kein Wort in seinen verschiedenen Sitzungen mit seinen Bürgermeistern erfahren. Plötzlich waren diese weg. Für ihn hat das Ganze eine sehr negative Form des Zaunkönigtums bedeutet. Diese Haltung habe ich lange ein wenig auch geteilt und habe mir gedacht, was dieser Separatismus soll, was dieser Wipptaler Sondergeist soll. In den letzten Jahren habe ich wirklich verstanden, was diese Geburtenstation, was dieses Krankenhaus für diesen Bezirk bedeutet. Es ist ein Bezirk, der wirklich immer Angst hat abgehängt zu werden, und zwar mehr als andere Bezirke in diesem Land, abgehängt durch seine geographische Position, abgehängt politisch durch den stets sehr mühsamen Gewinn eines Landtagsmandats und abgehängt vor allem durch die klimatische und durch die grenzpolitische Situation. Schauen Sie, wenn Sie an das Wipptal denken, dann möchte ich wissen, was Ihnen dann spontan einfällt. Ich betone es immer wieder. Es fallen einem die Staus in Sterzing und am Brenner ein. Es fallen einem die Emissionen in dieser Ebene von Sterzing ein. Es fallen Ihnen die Baustellen des Brennerbasistunnels, die Flüchtlingsströme und der desolate Bahnhof Brenner mit seinen Giftgasaustritten ein. Es fällt Ihnen vielleicht noch die Biogasanlage im Wipptal ein, also die ganzen Emissionen aus den Kuhställen. Das Wipptal sieht sich in dieser ...

ABGEORDNETE: *(unterbrechen)*

HEISS (Grüne Fraktion - Gruppo verde - Grupa vërda): Das Unterland hat eine klimatisch andere Voraussetzung, es ist dort potentiell ein wenig der lachende Obstgarten Südtirols, hat natürlich auch diese strukturellen Probleme, hat den Flugplatz, hat den Safety Park usw., aber es hat im Großen und Ganzen eine deutlich weniger verdüsterte, klimatische und regionalpolitische Perspektive. Ich glaube, im Wipptal wird es eben wahrgenommen. Es hat dazu geführt, dass man es betont hat. Die Geburtenstation, das Krankenhaus sind in diesem Panorama struktureller Defizite Schwächen in dieser Hinsicht. Dieses Krankenhaus, diese Geburtenstationen sind sozusagen ein Exzellenzpunkt, der mehr ist als nur eine medizinische als eine Frage der Sicherheit. Es ist dieser Exzellenzpunkt, der uns gewissermaßen optimistisch stimmt, der Zukunftshoffnungen gibt. Es geht also nicht nur um ein Beharren der Zaunkönige auf einer Errungenschaft, sondern um diese grundsätzliche Frage der Lebensqualität und der Lebensqualität vor allem für Frauen. Frauen, die in Sterzing Kinder zur Welt bringen, haben diese Geburtserfahrung in einem sehr positiven Umfeld. Dies wird in vieler Hinsicht vielleicht als Luxus betrachtet, aber genau das soll es sein. Es soll die positive Erfahrung von freudigen Geburten geben, die Angehörige einbeziehen, in denen Zeit, Ressourcen bereitstehen. Das ist eine Exzellenz, die Südtirol immer ausgezeichnet hat. Diese Exzellenz würde mit dem Kappen von Sterzing verloren gehen. Das wäre ein fatales Signal auch für den öffentlichen Gesundheitsbetrieb insgesamt, dass man sagt: "Wir versuchen uns zurückzudampfen auf ein rationalisiertes, sicherheitsmäßig und finanziell gedeckeltes Gesundheitssystem und erhöhen damit leider Gottes auch die Attraktivität des privaten Gesundheitssektors." Diesen zusätzlichen Aspekt, der auch frauenpolitisch und auch gesundheitspolitisch etwas bedeutet, möchten wir ins Feld führen, aber den regionalpolitischen gleichfalls. Es mag sein, dass dies ein kleiner Bezirk ist, dass dies ein kleines überschaubares Thema ist, mein Gott, wir streichen halt eine Geburtenstation, aber es ist ein archimedischer Punkt Südtirols – es sind eigentlich zwei mit Innichen - und Sie rühren damit an einer Grundlage des Selbstverständnisses von Südtirol und auch seiner Frauen. Das möchten wir einfach nur als Klärung unserer Position hinzufügen.

Das hat sehr wenig mit Populismus zu tun, sondern es ist die Grundlage einer langen Überlegung, sehr vieler Gespräche und einer eingehenden Betrachtung der Situation. Sie sind in der Situation der Entscheidungsträger. Sie haben andere Perspektiven auch, aber ich glaube, dass Sie die Tragweite dieser Aspekte unterschätzen, die wir jetzt aufgeführt haben. Das ist sozusagen ein Kommentar zu diesem Nachtragshaushalt, der im Übrigen

gen weniger Probleme aufweist. Wir bitten dann nur noch um die Beantwortung dieser Artikel-6-Frage und damit ist die halbe Stunde um.

TINKHAUSER (Die Freiheitlichen): Vielen Dank, Herr Präsident! Einige Anmerkungen auch von meiner Seite. Einmal ist es von den Abgeordneten der verschiedenen Fraktionen bereits erwähnt worden, nämlich der Ablauf und die Vorgehensweise, wie dieses Gesetz gemacht wird und dass die Zeiten knapp sind. Ich möchte hier sagen, dass man sich bereits im Landtagspräsidium damit befasst hat und in eine gewisse Erklärungsnot oder Erklärungsschwierigkeit kommt, wenn man einerseits sagt, dass man den Ablauf garantieren möchte, denn die Abgeordneten sollen die Möglichkeit haben, ihre Minderheitenanträge in einer gewissen Zeit, die vorgeschrieben ist, abzugeben. Auf der anderen Seite muss man garantieren, dass die Sitzung abgehalten wird. Ich glaube, dass man das Problem für die Zukunft gelöst hat, nicht nur für den Nachtragshaushalt. Ich möchte auch zu bedenken geben, dass die Abläufe auch beim ordentlichen Haushalt äußerst knapp waren, dass in Zukunft diese Vorgehensweise zu vermeiden ist. Ansonsten muss man sich früh genug treffen und die Sitzungen gegebenenfalls verschieben.

Wir sprechen über einen Haushalt, der insgesamt der höchste Haushalt ist, der jemals in Südtirol erzielt worden ist mit dem vergangenen Nachtragshaushalt. Wir sind auf fast 6 Milliarden Euro - es sind 5,9 Milliarden Euro - gekommen. Aufgrund der verschiedenen Rückstellungen sind nicht so viele Gelder zur Verfügung und schlussendlich bleiben 80 Millionen Euro übrig. Diese 5,9 Milliarden Euro werden erwirtschaftet, sie werden von den sehr, sehr vielen Steuerzahlenden in unserem Land gezahlt. Sie werden auch von den Betrieben gezahlt, die hier in unserem Land Wirtschaft betreiben. Ich möchte hier eine Brücke schlagen. Diesen Betrieben ist in den vergangenen Wochen und Monaten keine Wertschätzung entgegengebracht worden. Das möchte ich hier anmerken. Wieso sage ich keine Wertschätzung? Wir haben in Südtirol gute Zahlen vorzuweisen. Kollege Dieter Steger, der nicht hier ist, hat sie gestern vorgetragen. Wir haben Erwerbsquoten, die besser sind als die Erwerbsquoten im Süden. Wir haben aber nicht diese Erwerbsquoten, die zum Beispiel in Bayern, in Vorarlberg erzielt werden. Wir haben natürlich auch ein Problem, wenn man sich anschaut, wie hoch die Prozentsätze bei der Jugendarbeitslosigkeit zum Beispiel sind. Im Süden sind sie noch höher, bei uns sind sie in der Mitte eingependelt, im Norden gibt es diese Jugendarbeitslosigkeit zur Gänze oder fast nicht. Was möchte ich damit sagen? Ich möchte das, was hier erwirtschaftet oder geleistet wird, nicht schlechtreden. Ich möchte nur sagen, dass Südtirol in einigen Bereichen Aufholbedarf hat, zum Beispiel – ich bringe das immer wieder – was Forschung und Entwicklung angeht. Hier hat man einiges auf den Weg gebracht und einiges angeregt. Man könnte sicherlich noch sehr viel machen. Das liegt aus meiner Erfahrung nicht nur an der Politik, sondern sehr viel an den Betrieben selbst. Die Betriebe selbst müssen hier einen Schalter umlegen und sagen, dass sie sich zukunftsfähig machen möchten. Dazu gehört auch, dass sie ein gewisses Budget, das sie für Forschung und Entwicklung haben, bereit sind auszugeben, auch wenn es nicht immer das bringt, was sie sich vorstellen. Nicht nur von Landesseite muss der Schalter umgelegt werden, sondern auch von den Betrieben, dies zum Ersten.

Zweitens. Wie will man den Wirtschaftsstandort Südtirol – wir haben einen starken Tourismus, ein starkes Handwerk – zusätzlich stützen und schützen? Das geht natürlich über den Export. Wir haben gute Exportzahlen in den vergangenen Jahren, aber wir haben noch enormen und riesigen Aufholbedarf, wenn man zum Beispiel das Bundesland Tirol anschaut. Wieso nenne ich diese zwei Sachen? Genau deswegen, weil es schade ist, deswegen auch die Wertschätzung, die unseren Betrieben nicht entgegengebracht worden ist in der Diskussion um den Flughafen. Der Flughafen ist, aus meiner Sicht, eine vertane Chance. Man muss damit leben. Ich habe immer gesagt, dass ich damit leben kann, dass man eine Abstimmung verloren hat. 70 Prozent der Leute haben sich dagegen ausgesprochen, aber nichtsdestoweniger sind auch die 30 Prozent der Leute, die sich dafür ausgesprochen haben, für mich sehr, sehr wichtig. Auf diese möchte ich auch abzielen.

Wenn ich vom Flughafen spreche, dann sind es in erster Linie die Kosten gewesen, über die man abgestimmt hat. Kollege Dello Sbarba hat andere Sachen genannt. Im Unterland wird es sicher richtig gewesen sein, dass man gesagt hat, dass man aus Umweltschutzgründen in der Nachbarschaft diesen Flughafen nicht haben möchte. In Innichen war dies weniger Thema. Man hat darüber abgestimmt, dass vielleicht die Geburtenstation zugegangen ist. Handwerker haben den Flughafen niedergestimmt, weil sie vielleicht gesagt haben, dass das Beitragssystem umgestellt worden ist, was Forschung, Entwicklung und Export angeht, mache ich keinen Beitrag, denn wenn ich eine Halle kaufe, bekomme ich keine mehr. Wieso sollen sie den Flughafen haben? Ich bin dagegen. Im Wipptal wird sicherlich auch die Diskussion um die Geburtenstation ausschlaggebend gewesen sein. Die Menschen haben über sehr, sehr viele Dinge abgestimmt, aber in erster Linie vielleicht sehr wenig über den

Flughafen selbst. Das muss man auch zur Kenntnis nehmen, wenn man später einmal über direkte Demokratie spricht.

Wenn man sich die Kosten anschaut, dann wissen wir, dass es ein Gesetz gegeben hätte, und zwar 2,5 Millionen jährlich für einen funktionierenden Flughafen. Was haben wir jetzt? Wir haben gesehen, dass die Landesregierung in der vergangenen Woche 5,2 Millionen Euro ausgeben musste, weil ihr nichts anderes übrig geblieben ist. Die Infrastruktur ist da, die Angestellten sind da und der Flughafen darf nicht funktionieren. Er wird jetzt ausgeschrieben. Es wird ein Pönale an das Unternehmen bezahlt, welches die Bahn hätte verlängern können. 500.000 weitere Euro. Der Flughafen, bis er verkauft ist, er muss ja abgewickelt werden, wird wahrscheinlich nicht in einem Jahr über die Bühne gehen, sondern wahrscheinlich in zwei Jahren. Da sind wir schon bei 11 Millionen Euro. Wenn wir dann noch die Volksabstimmung mit Broschüre usw. dazurechnen, dann kommen wir auf die Summe von 12 bis 13 Millionen Euro, wo wir alle wissen, dass es für etwas ist, wo das Volk gesagt hat, dass es dagegen ist. Wir hätten aber für die gleiche Summe für fünf Jahre etwas probieren können, ob es funktioniert oder nicht funktioniert. Interessant ist für mich schon, wenn jetzt die Grünen hergehen – Kollege Dello Sbarba hat es gestern gesagt – und einen Gesetzentwurf zum Flughafen selbst einreichen. Ich habe ihn gestern geholt. Er ist wirklich interessant, wenn man sich diesen durchliest. Ich glaube und mir kommt es so vor - es ist schon fast kurios -, als ob die Grünen jetzt Angst davor hätten, dass das effektiv ausgeschrieben und abgewickelt wird und ein privater Betreiber kommt. Dort steht: "La Provincia consolidi per legge le proprie competenze regolative, in modo da avere il pieno controllo sul futuro dell'aeroporto di Bolzano, per il bene della popolazione." Genau das hätten wir gewollt, indem wir in der ABD geblieben wären. Es wird noch kurioser. Artikel 8 - affidamento in-house: "E' consentito l'affidamento in-house a condizione che la Provincia eserciti il controllo analogo in ragione dei principi fissati in materia." Also, das Volk hat uns gezwungen auszusteigen ...

DELLO SBARBA (Grüne Fraktion - Gruppo verde - Grupa vërda): (*interrompe*)

TINKHAUSER (Die Freiheitlichen): Natürlich! Das Volk finanziert nicht mit 2,5 Millionen Euro, das will es nicht. Ihr geht her und sagt "è consentito l'affidamento in-house." Was mir beim ganzen Gesetzentwurf fehlt, liebe Kollegen der Grünen, ... Es muss nicht sein, aber der Fairness halber wäre es wichtig. Was darf denn Euer Konzept kosten? Es kostet etwas. Was darf Euer Konzept zum Betrieb des Flughafens kosten? Ehrlich wäre es, wenn man dies auch in dieses Konzept hineinschreiben würde. Was darf es kosten, lieber Kollege Dello Sbarba? 2 Millionen, 3 Millionen, 500.000? Darf der Flughafen funktionieren? Darf er nicht funktionieren? Was darf ein nicht funktionierender Flughafen für die Grünen kosten? Sie haben hier einen Gesetzentwurf hinterlegt.

Nun komme ich zum Thema direkte Demokratie. Wir haben erste Erfahrungen in Sachen direkter Demokratie gemacht. Wir haben durchaus interessante Erfahrungen gemacht, das muss ich sagen. Ich war einer der Befürworter und habe mich auch in verschiedenen Podiumsdiskussionen den Diskussionen zum Flughafen gestellt. Die Diskussionen waren recht interessant, nicht gerade immer angenehm, manchmal sogar kurz vor Handgreiflichkeiten, aber das muss man als Politiker aushalten. Ich sage, wenn wir den Weg der direkten Demokratie so weiter beschreiten wollen, dann müssen wir einige Sachen vielleicht bedenken. Wir dürfen uns nicht immer mit der Schweiz vergleichen. Die Schweiz hat ein Konkordanzsystem, wo jede größere Partei in der Regierung vertreten und das Volk das Regulativ ist. Wir haben das hier nicht. Wenn wir den Weg der direkten Demokratie weiterhin so beschreiten, dann müssen wir sagen, für welche Themen wir direkte Demokratie zulassen. Ich warne davor: Wenn man hergeht und wie die direkten Demokraten über jeden Landesregierungsbeschluss abstimmen lässt, nicht nur wegen der Abstimmung selbst, auch davor, dann möchte ich wissen, welche Zeiten da ins Land gehen. Wie lange braucht es denn, wenn wir über alles abstimmen lassen, um effektiv zu einem Entschluss zu kommen? Das geht nicht. Regierungsarbeit muss gleich wie in einem Betrieb schnell über die Bühne gehen können. Wenn hier ein Gesetz gemacht wird, dann kann man nicht hergehen und sagen: "Wir müssen jetzt ein Jahr lang diskutieren und dann sind nochmals Wahlen, da geht sich der Termin nicht aus, wir müssen zwei Jahre auf den Abstimmungstermin warten." Das geht nicht. Wir müssen in einer gewissen Zeit schnell zu Entscheidungen kommen. Aber wie gesagt, 5,9 Milliarden von unseren Betrieben erwirtschaftet, die ja Leute anstellen und die Wertschätzung haben wir gesehen.

Direkte Demokratie. Beispiel 1: Flughafen. Was gehört bei der direkten Demokratie noch alles zu bedenken? Wir haben nicht nur mit den Diskussionen zu tun, die wir sozusagen live in Bürgerversammlungen führen können, sondern auch mit dem sogenannten Online-Forum. Da wird es für die Leute sehr schwierig zu unterscheiden, was jetzt richtig oder falsch ist. Es wird immer von den sozialen Medien geschrieben oder geredet. Ich sage, das sind asoziale Medien. Ich heiße sie in Zukunft immer asoziale Medien und nicht mehr soziale Medien.

Das hat mit sozial nichts zu tun. Das sind die asozialen Medien. Wenn ich mir hier die Wortführer und Betreiber in verschiedenen Diskussionen anschau, dann sehe ich sie zum Beispiel im Südtiroler Frühling. Das müssen wahrscheinlich die Brüder, die Cousins vom arabischen Frühling sein, denn wenn man diese vom Südtiroler Frühling an die Regierung lassen würde, dann käme dasselbe wie beim arabischen Frühling heraus. Wenn man über die direkte Demokratie diskutiert, dann muss man sich dies auch noch einmal genau anschauen. Sonst haben wir in diesem Land den arabischen Frühling, der uns die Zukunft diktiert.

Zweites Thema direkte Demokratie. Wir haben es auch beim Südtirol Konvent gesehen. Der Südtirol Konvent ist ein sehr interessantes Experiment. Südtirol Konvent hat seine Arbeit aufgenommen. Im Südtirol Konvent gibt es das Konsensprinzip. Ich bin wirklich gespannt, zu welchem Ergebnis dieser Südtirol Konvent im Konsensprinzip nach einem Jahr, nach eineinhalb Jahren kommen wird und über welche Themen wir hier diskutieren werden. Das lasse ich mir offen, denn das wird für mich eine Überraschung sein. Im Konvent arbeitet man nach dem Konsensprinzip. Die Leute sind von verschiedenen Gremien gewählt worden. Jeder kann mittun, direkt demokratisch, jeder hat sich lieb und jeder duzt sich, das ist auch ganz nett, aber entschieden wird dann im Konsens. Über das, was dann herauskommt, lasse ich mich noch überraschen.

Noch ein Punkt, der mir auch wichtig ist. Im Zuge der Diskussion über das Krankenhaus in Sterzing ist mit Populismus argumentiert worden. Man macht sich als Politiker seine Gedanken, was ein Populist ist. Ist ein Populist das, wenn er was sagt und des Volkes Meinung ist? Ist er dann Populist oder nicht? Oder ist ein Populist derjenige, der sagt, dass er eigentlich eine andere Meinung hätte, aber die Mehrheit des Volkes diese Meinung hat, dann sage ich mal was anderes? Dieser Populismus hat wahrscheinlich kurze Beine, aber wenn jemand das sagt, was das Volk sagt und es auch seine Meinung ist, dann darf er das schon sagen. Dieser Meinung bin ich. Populist ist für mich etwas anderes, deswegen auch wegen der Geburtenstation in Sterzing.

Liebe Martha Stocker, in aller Kollegschaft oder auch in aller Freundschaft. Wenn ich einen Bereich habe, der gut funktioniert und der in Sterzing nachweislich gut funktioniert, das ist meine Überlegung, dann schließe ich diesen nicht. Kein Betrieb schließt eine Sparte, wenn sie gut funktioniert. Ich bin der Meinung, dass in Sterzing gute Arbeit geleistet wird und geleistet worden ist. Diesen Betrieb darf ich nicht schließen. Ich muss schauen, dass ich die Zeit, in der Nachhol- und Aufholbedarf ist, überbrücke und schaue, die Probleme zu lösen. Wenn ich sage, ich habe keine Ärzte und diese Sachen, dann muss ich diese Probleme so lösen und nicht, dass ich hergehe und einen solchen Betrieb schließe.

Was mich in diesem Zusammenhang interessieren würde, wäre Folgendes. Wir haben gehört, dass in Sterzing heuer über 500 Geburten sein werden, dass aber nur 150 Geburten aus dem Bereich Wipptal selbst kommen. Ich war selbst mehrere Wochen im Krankenhaus Sterzing und habe gesehen, dass durch diese Gänge auch viele Italiener gehen, die sich dort die Geburtenstation anschauen, weil sie dort ihre Kinder kriegen möchten. Mich würde interessieren, was es uns kostet, wenn die Italiener vom Trentino hinauffahren und in Sterzing ihre Kinder kriegen. Wird das bezahlt oder wird das nicht bezahlt oder fällt uns dies zu Lasten? Ich möchte hier nicht populistisch erscheinen, weil es meine Überzeugung ist, wenn ich sage, dass ein Betrieb, der gut funktioniert, aufrecht erhalten bleiben muss.

PRESIDENTE: Prima di dare la parola alla consigliera Artioli, comunico che l'ordine del giorno n. 6 è stato ritirato.

La parola alla consigliera Artioli, prego.

ARTIOLI (Team Autonomie): Gentile presidente, gentili colleghe e colleghi,

l'esercizio che sta per compiere il suo giro di boa pare non essere tra i più fortunati nella storia della nostra Provincia. L'ultimo atto si è compiuto con un taglio sostanziale dei servizi ai cittadini. L'esempio, un brutto esempio, è la scelta di chiudere il centro nascite di Vipiteno. Il modello di Vipiteno, lungi dall'essere "un problema", andrebbe riproposto in tutti i reparti di maternità d'Italia, per la cura, la sicurezza, la professionalità del personale e delle ostetriche, la filosofia del reparto. Era considerata un'eccellenza. Si è scelto di chiudere anziché investire su una promozione che poteva far diventare Vipiteno un polo di turismo sanitario, con benefici per tutto l'indotto. Il Governo aveva aperto alle deroghe, ma la Giunta ha preferito sacrificare il comprensorio dove la maggioranza politica non è più rappresentata, dove i cittadini hanno preferito – rispetto alla fedeltà al partito di raccolta sudtirolese – una scelta civica, e ora arriva il conto, tutto politico. Frutto di una politica del rancore, incapace di guardare lontano. Dovevamo esportare il modello, anziché distruggerlo. L'ultima speranza sarà veder trasferire il modello Vipiteno a Bolzano. Ma la domanda sorge spontanea: cosa si farà davvero, che fine faranno quei macchinari e

quegli impianti sanitari oggi messi in soffitta dalle scelte di questa Giunta. Sarà un altro spreco? Speriamo di avere risposte chiare.

Premesso che ogni cittadino della Provincia autonoma di Bolzano ha diritto a frequentare un ciclo scolastico completo nella propria madrelingua, non leggo tra le righe di questo assestamento la volontà di potenziare l'offerta di scuole materne plurilingui con una prevalenza dell'insegnamento delle lingue tedesca e inglese, ove richiesto dalle famiglie. Aspetto, questo, che ho sollecitato spesso in questa aula, come quello di produrre un'indagine conoscitiva presso le famiglie in tal senso, perché le scelte, una volta tanto, partano dal basso, da chi paga le tasse e garantisce il gettito a sostegno di questo bilancio. Continuerò a ripetere che la frequentazione di una scuola monolingue comporta una minor opportunità nel favorire il plurilinguismo, considerato che le famiglie plurilingui, come emerso dallo studio promosso dall'Astat provinciale, hanno maggiori possibilità economiche e sociali all'interno della società sudtirolese, considerato che ciò si trasforma anche in beneficio di maggior gettito a favore del bilancio provinciale, premesso che un plurilinguismo avanzato crea un migliore e diffuso progresso sociale in provincia di Bolzano, considerate le richieste delle famiglie, in particolare quelle del gruppo linguistico italiano di un bisogno di miglior apprendimento della lingua tedesca per i propri figli, alla quale aggiungerei la lingua inglese, premesso che si debba mantenere la specialità linguistica espressa dalla comunità ladina, nelle valli di riferimento. Tutte queste premesse e considerazioni non sono state colte dalla Giunta, se non negli annunci speranzosi della scuola di lingua italiana, costretta però a usare ancora il termine "sperimentazione" e a far fronte a tali innovazioni con lo stesso budget, quando invece servirebbe un notevole incremento di spesa in bilancio per la formazione e l'educazione scolastica.

Sempre in tema di formazione non vedo una volontà rivoluzionaria in questo assestamento. I giovani e la conoscenza sono due perni fondamentali su cui ruotano le scelte politiche delle regioni europee più avanzate. Lo studio a pagamento è stato bocciato nei Paesi confinanti. Austria e Germania hanno deciso da tempo di abolire le tasse universitarie. L'università di Bolzano, pur essendo libera, si è allineata alle scelte degli atenei italiani. Le tasse universitarie favoriscono l'abbandono senza peraltro creare una maggior competizione allo studio. Le tasse e le loro maggiorazioni colpiscono ancor più quando dalla formazione triennale si passa alla specializzazione e al dottorato di ricerca, in quanto si aggiungono ai costi "residenziali" a carico degli studenti e non giustificano il mantenimento dell'ateneo provinciale, che avviene quasi interamente per mano pubblica. L'università deve diventare un'opportunità per tutti coloro che intendono proseguire gli studi e un volano per l'economia della nostra provincia. Si pone quindi in gioco il sistema universitario provinciale, lo sviluppo della stessa Libera Università di Bolzano. Da una parte dobbiamo favorire un progresso locale di conoscenza di cui la nostra provincia ha ancora bisogno, dall'altra serve rendere più attrattiva e singolare la nostra università, ponendola in un contesto più vicino a quello di realtà europee che sui propri atenei hanno investito soprattutto con relazioni internazionali e raccolgono i frutti di un indotto che l'industria della conoscenza crea. Abolire le tasse a carico degli studenti LUB sarebbe rivoluzionario per l'Italia e normale amministrazione se vogliamo essere più vicini ai nostri partner del nord nella macroregione alpina europea.

Questo giro di boa doveva essere un'opportunità per definire meglio la gestione e il finanziamento del comparto cultura, iniziato con una buona legge senza però chiudere il cerchio nei rapporti con le associazioni.

Esiste tutto un mondo di bandi, sia di finanziamento diretto che di formazione, accelerazione, incubazione, che danno la possibilità alle associazioni culturali, in particolare ai soggetti più giovani, di sperimentarsi nell'organizzazione culturale. Particolarmente interessanti sono i bandi europei che hanno cambiato decisamente la loro natura negli ultimissimi anni e che ora mirano più all'efficacia del processo, piuttosto che alla soddisfazione di semplici criteri intesi come parole d'ordine o anche mode.

Le recenti disposizioni normative provinciali in tema di cultura hanno sostanzialmente accolto le direttive europee. Tali norme sono state oggetto di molte critiche da parte delle associazioni culturali locali e non solo a causa di singole situazioni di conflitto create con l'amministrazione provinciale ma, soprattutto, l'oggetto del contendere è stato il cambiamento. La Provincia ha quindi fatto un passo avanti, senza prevedere un salvagente per chi tende a rimanere ancorato a pratiche più tradizionali o all'abitudine del "si è sempre fatto così".

Viviamo in un mondo in velocissima trasformazione, in cui chi detiene le leve delle risorse è chiamato sempre più a dare obiettivi chiari e a far riconoscere alle associazioni le vie che stanno prendendo, rendendo chiare quali siano le conseguenze delle loro scelte. In questo senso sarebbero da agevolare le associazioni nei propri percorsi decisionali e strutturali. Associazioni che potrebbero essere in grado di osservare più facilmente le trasformazioni e poi essere in grado di reagire prontamente, non solo come singoli individui o associazioni ma anche in modo organizzato e con una logica di rete. In tal senso la logica di rete non può limitarsi all'imposizione burocratica di un'iscrizione all'albo provinciale (o comunale per quanto riguarda ad esempio il capoluogo Bolzano),

ma tale disposizione deve piuttosto essere la base per un piano di razionalizzazione per tutte le associazioni culturali attive in provincia. E penso a un ufficio dei servizi unico. Anche adesso noi lo imponiamo al revisore dei conti, la segreteria, l'Ufficio stampa potrebbe essere fatto in un unico edificio per tutte le associazioni. Occorre ripensare in modo articolato all'impatto delle attività culturali sulla nostra società. Molto spesso, però, si tende a vederlo esclusivamente sotto il profilo economico, ma sono altri indicatori a prevalere, come ad esempio la coesione sociale, oppure con la capacità di mettere i gruppi in condizione di immaginare qualcosa per se stessi o per la società che hanno intorno.

In un tale contesto, in cui deve rimanere libero lo spazio immaginario e creativo, si dovrebbe tener conto di un coordinamento sinergico tra gli individui e le associazioni che tuttora non sono spesso neppure disposte, tranne qualche eccezione, a convivere in una sede comune. Ancor più raro è trovare esempi di condivisione di progetti, quando non appare addirittura evidente la mancanza di conoscenza reciproca di cosa stia facendo un altro gruppo. L'innovazione culturale generalmente in atto in questi ultimi anni mette quindi in moto l'esigenza di aumentare le professionalità all'interno dei singoli gruppi, spesso così piccoli da non poter prevedere ruoli come quello di un project management, di un ufficio stampa o di un revisore dei conti. La parola d'ordine è quindi razionalizzazione, dove a fronte di un mantenimento della libertà creativa si creino sinergie e supporti specializzati a favore delle associazioni culturali attive in provincia di Bolzano, con un sistema in grado di rendere più fruttuose le risorse messe a bilancio dall'amministrazione provinciale, che tenga conto del tessuto intellettuale e creativo cresciuto fin qui nella nostra provincia.

Ci sono poi aspetti economici che devono diventare priorità e fatti concreti. Uno degli obiettivi primari di questa Provincia è abbattere la burocrazia con l'introduzione del metodo dei costi standard su tutto il territorio. I costi della burocrazia derivano da iter complessi, dalla compilazione di modelli o dalla certificazione di requisiti, ovvero da tutte quelle attività che comportano carte da compilare. Da tempo l'abbattimento della burocrazia è un tema che preoccupa i cittadini e le imprese, in quanto gli oneri burocratici risultano difficilmente comprensibili e spesso insostenibili. Per abbattere il carico burocratico, l'amministrazione provinciale ha cercato negli ultimi anni di introdurre, attraverso progetti pilota, il metodo dei costi standard. In particolare il Dipartimento all'economia si è impegnato, ma c'è ancora molto da fare. Secondo le imprese locali al momento si è riusciti solo in parte a ridurre gli oneri burocratici in provincia di Bolzano, come emerge anche da vari sondaggi. Con un'applicazione sistematica da parte dell'amministrazione provinciale del metodo dei costi standard su tutto il territorio si potrebbe ridurre sensibilmente l'onere a carico degli operatori economici e dei cittadini.

Il metodo dei costi standard è una procedura per rilevare i costi della burocrazia che pesano sulla popolazione e sull'economia a causa delle normative sull'informazione. L'obiettivo del metodo dei costi standard è liberare cittadini e imprese da inutili oneri burocratici, gestendo in modo più efficiente le procedure amministrative e riducendo al minimo gli oneri. A tal fine vengono rilevate le procedure dispendiose, obsolete, ripetitive o eccessive per poi ridurle o addirittura eliminarle. Queste razionalizzazioni permettono di risparmiare tempo e denaro. L'accorpamento dei Comuni è un ulteriore mezzo per migliorare la riorganizzazione e il risparmio.

Chiudo il cerchio ritornando da dove sono partita: alla centralità dei cittadini. L'aumento di conferimenti all'inceneritore di Bolzano provenienti da fuori provincia non convince chi ha a cuore la salute dei cittadini. In passato, a fronte di interrogazioni sulla volontà della Giunta di accogliere rifiuti da fuori provincia, era stato sempre data assicurazione che ciò non fosse previsto. Resta quindi il dubbio sull'aumento del carico di inquinanti nella città capoluogo, Bolzano, adagiata in una conca e considerata dai cittadini un forno estivo, dove la circolazione dei motocicli a due tempi è vietata da anni, tanto da considerare per il futuro un'ulteriore riduzione del traffico in ingresso in città, una scelta precauzionale a favore della sicurezza per la salute dei cittadini, che dovrebbe portare alla chiusura dell'inceneritore e alla riduzione della mobilità inquinante, ma ora la Provincia ha scelto di aumentare l'attività dell'inceneritore senza prima pianificare uno studio appropriato sulla salute dei bolzanini e degli stessi pendolari in relazione agli agenti inquinanti che ristagnano nella conca del capoluogo. Ciò che respiriamo ogni giorno, a scuola, a casa o al lavoro è fondamentale per la nostra salute. Uno studio appropriato sulla salute dei bolzanini è ora auspicabile. Gli stessi vogliono conoscere se davvero sono meno longevi di chi abita negli altri Comuni, quali siano le eventuali cause e quali provvedimenti servirà prendere. Se sarà necessario, si dovrà prendere atto che l'impianto di termovalorizzazione costruito con i soldi pubblici potrebbe subire uno stop decisivo. Basta fare un vero sondaggio nella zona Agruzzo per quanto riguarda la salute. Ci si chiede come mai lì abbiamo un aumento dei tumori del 40%, ci sarà un motivo per cui sta succedendo questo! Perché in zona industriale se si lascia la macchina parcheggiata per un'ora si ritrova una polverina sottile gialla, così sottile che devi metterci sopra il dito per accorgertene. E noi cosa facciamo invece che monitorare e andare a controllare? Ma lei sa, presidente, quanto ci costano tutti questi ammalati a Bolzano? Noi chiudiamo gli occhi facendo finta che questo pro-

blema non ci sia, diciamo che il nostro è l'inceneritore più moderno. Certo, le microparticelle sono talmente sottili che ci entrano direttamente nei polmoni e non abbiamo nemmeno la possibilità di tossire e difenderci: ci ammazzano immediatamente! Due mesi fa è stato scritto un piccolo trafiletto sul quotidiano "Alto Adige" in cui si diceva che è stato fatto un sondaggio e che in effetti i tumori erano aumentati in città del 40%. Mi chiedo come mai non siete saltati sulla sedia con un sondaggio del genere, e non vi siate chiesti come mai c'è questo aumento dei tumori. Basta guardare cosa è successo al sud, a forza di far finta di niente adesso si ritrovano i bambini che nascono già con i tumori, vogliamo arrivare a questo? Facciamo finta che sia l'impianto più moderno d'Italia e che non ci sta ammazzando? È questo il nostro concetto di politica? Bisogna avere il coraggio di ammettere i propri errori, bisogna dire che in effetti stiamo spendendo molto di più per curare i tumori e malattie croniche. Basta fare veramente un sondaggio di salute in quella zona, se non vogliamo concentrarci su tutta Bolzano, e le sorprese saranno tante! Io personalmente conosco quattro famiglie decimate ad Agruzzo!

Dobbiamo tener conto che la salute di oltre centomila cittadini è più importante e viene prima di un assestamento di bilancio che dovrebbe comunque tenere conto della voce di spesa per la cura di patologie importanti.

In definitiva, non accetterò mai la vostra proposta di portare nuovi rifiuti e non fare sondaggi. Sarò costretta a votare contro, e se voi non iniziate a fare i bilanci di salute su quella zona tenderò di farli da sola. Metteremo su un comitato di salute e chiederemo i controlli sui terreni e sull'aria, e ci saranno delle grosse sorprese, che sono già palesi.

Per quanto riguarda la nostra stampa locale, ci sono dei consiglieri in quest'aula che si permettono, come la collega Amhof, di rispondere ai giornalisti su tutte le "cavolate" che si vogliono inventare, addirittura sui voti. Cara collega, Le consiglio una cosa, se mi mettessi a contare quante volte Lei apre bocca in quest'aula, penso che il Suo voto sarebbe quasi 3, perché i cittadini non sanno che Lei lavora all'interno delle commissioni. Sono due anni e mezzo che Lei si permette di lavorare solo sul referendum e per il resto non riesco a ricordare esattamente che cosa sta facendo. Le chiedo quindi, quando un giornalista La chiama, di accendere anche il cervello, di pensare che se qualcun altro Le dà un voto anche Lei potrebbe offendersi. Prima di cadere nei giochetti dei giornalisti dovrebbe veramente pensare a quello che dice!

STEGER (SVP): In persönlicher Angelegenheit! Das sind persönliche Angriffe, die wir nicht dulden. Ich möchte, dass Sie diese unterbinden.

PRESIDENTE: Condivido!

ARTIOLI (Team Autonomie): Per fatto personale. La consigliera ha avuto il coraggio di fare un'intervista su come lavoro io, cosa faccio e come mi comporto. Mi sembra molto strano che lei viva nel mio ufficio e che sappia che cosa faccio. Ha addirittura avuto il coraggio di dire in questa intervista che io non sono presente in ufficio e che mi occupo di campagna elettorale. Credo che prima di dire che questi sono attacchi personali, debba pensare che è lei la prima che li ha fatti! Io ho solo detto alla mia collega che prima di parlare, pensi a quello che dice, e pensi che anch'io presenterò un'interrogazione chiedendo quante volte lei parla, così poi il cittadino può decidere che voto darle!

PRESIDENTE: Consigliera Artioli, l'esegesi giornalistica non attiene ai lavori d'aula. Le ricordo che espressioni quali "accendere il cervello prima di parlare" non sono idonee ad un comportamento rispettoso dei colleghi. Le suggerirei di porgere le Sue scuse per questo alla collega Amhof.

Consigliera Amhof, prego.

AMHOF (SVP): In persönlicher Angelegenheit. Liebe Kolleginnen und Kollegen, so etwas muss ich mir einfach nicht bieten lassen, dass hier über mich in dieser Art und Weise gesprochen wird. Wir werden immer wieder von Journalistinnen und Journalisten um Kommentare und Interviews gebeten und wir haben das gemacht. Nicht nur ich habe ein Zeugnis über meine Kolleginnen und Kollegen abgegeben, sondern viele andere auch. Ich möchte daran erinnern, dass im Vorfeld zu dieser Zeugnisvergabe zu den Kolleginnen und Kollegen der Opposition eine Zeugnisvergabe über die Regierung gemacht worden ist. Aus dieser Begründung heraus habe ich überhaupt diesem zugestimmt, auch über meine Kollegen der Opposition eine Bewertung abzugeben. Nachdem auch Mitglieder in diesem Raum sehr harsch über die Arbeit der Landesregierung hergefahren sind und dort in keinstem Maße und überhaupt nicht meine Kolleginnen aus der Südtiroler Volkspartei geschont haben, habe ich versucht, eine Bewertung abzugeben, die in meinem Sinne eine korrekte Bewertung war. Ich habe in keinsten Weise belei-

digend über meine Kollegin Elena Artioli gesprochen, sondern habe versucht, eine Bewertung abzugeben. Was dann Journalisten daraus machen, liegt nicht in meiner Kompetenz. Ich habe ein viel längeres Interview abgegeben als es schlussendlich in der Tageszeitung gestanden hat. In diesem Sinne fühle ich mich nicht verpflichtet, mich dafür zu entschuldigen, was in der Zeitung schlussendlich geschrieben worden ist. Aber ich möchte daran erinnern, dass nicht nur wir als Mehrheitspartei ein Zeugnis ausgestellt haben, das in erster Linie und bevor wir das getan haben vor allem die Minderheit in diesem Landtag ein sehr böses Zeugnis über die Arbeit der Landesregierung ausgestellt hat.

RENZLER (SVP): Sehr geehrter Herr Landeshauptmann, liebe Kolleginnen und Kollegen, zwischen gestern und heute wurde sehr viel über die Tätigkeit der Landesregierung in den letzten Jahren gesprochen bzw. es wurde die Tätigkeit der Landesregierung kritisiert. Ich möchte jetzt nicht mehr auf die Themen eingehen, die schon von den Kollegen vorgebracht wurden, sondern möchte mich dem anschließen, was der Kollege Steger in Zusammenhang mit den positiven Resultaten der Arbeit der Landesregierung gesagt hat. Gleichzeitig möchte ich die Einschätzung, die der Kollege Heiss im Zusammenhang mit dem Wipptal abgegeben hat, zum großen Teil übernehmen. Ich möchte aber auch etwas zum Kollegen Tinkhauser sagen, der beklagt, dass die Wirtschaft wenig Wertschätzung erfahren habe. Ich habe da einen ganz anderen Eindruck. Man liest tagtäglich in den Medien von Erfolgsmeldungen, dass es der Wirtschaft wieder besser geht, dass sie Rekordzahlen schreibt und die Arbeitslosenzahlen sinken usw. Das sind Zeichen der Wertschätzung, der Wertschätzung auch seitens der Landesregierung durch die IRAP-Reduzierung von sage und schreibe 81 Millionen Euro. Bei der IRAP handelt es sich nicht um eine normale Steuer, sondern um eine Steuer, die aus sechs verschiedenen ehemaligen Steuern besteht, darunter auch die sogenannte Gesundheitssteuer, die eigentlich dazu dienen sollte, den Gesundheitsdienst mitzufinanzieren. Nachdem man davon ausgehen muss, dass die Krisenzeiten vorbei sind, sollte man vielleicht für die Zukunft wieder daran denken, die IRAP in bestimmten Bereichen teilweise wieder zu erhöhen und nicht auch noch andere Sektoren, die immer Rekordzahlen schreiben - Gastgewerbe usw. -, von der IRAP zu befreien. Diese Steuerreduzierung ist nicht im Geringsten an die Mitarbeiter übertragen worden. Es stimmt zwar, dass die IRAP-Reduzierung dazu beigetragen hat, in Krisenzeiten Arbeitsplätze zu erhalten, aber das ist nicht allein der Reduzierung der IRAP geschuldet, sondern gekoppelt an die Maßnahmen, die der Staat erlassen hat, zu sehen.

Zum Flughafen. Ich kann die Einschätzung des Kollegen Tinkhauser nicht ganz teilen, sondern ersuche vielmehr die Landesregierung, dem Antrag auf Eintragung in den Bauleitplan der Gemeinde Leifers von Amts wegen stattzugeben und sie schnellstens durchzuführen, sodass der ursprüngliche Zustand wiederhergestellt wird. Dasselbe gilt für die Landebahn in ihrer ursprünglich vorgesehenen und im Bauleitplan der Gemeinde Leifers eingetragenen Form.

Die Arbeit der Landesregierung der letzten Jahre hat viel Positives bewirkt. Allerdings gibt es für die Zukunft noch sehr viel zu tun, und zwar nicht nur im Bereich der Wirtschaft. Wenn die Wirtschaft Rekordzahlen schreibt, so kann man das bezüglich der Lohnentwicklung leider nicht sagen. Die Löhne und Renten stagnieren und hinken der Steigerung der Lebenshaltungskosten gewaltig nach. Es ist unsere Aufgabe, Maßnahmen zu setzen, damit die Lohnentwicklung mit der Wirtschaftsentwicklung bzw. mit den Lebenshaltungskosten mithalten kann. Das gilt für die aktiven Arbeitnehmer, aber auch für die Rentner. Die Rentner sind das schwächste Glied der Bevölkerung; sie sind sehr bescheiden und trauen sich kaum, ihre finanzielle Not darzulegen. Da müssen wir unbedingt selbst aktiv werden und Initiativen ergreifen, um deren finanzielle Situation zu verbessern.

Ein weiterer Punkt, der in der ganzen Diskussion der letzten Jahre untergegangen ist, ist die Anpassung der Arbeitsplätze an die höhere Lebensarbeitszeit. Die Arbeitsplätze müssen so angepasst werden, dass auch ein älterer Arbeitnehmer seine Leistung erbringen kann, ohne dabei gesundheitliche Schäden davon zu tragen. Das ist eine Maßnahme, die einiges an Geld kostet und gemeinsam zwischen öffentlicher Hand und Wirtschaft bewältigt werden muss. Damit das geschehen kann, ist ein Anschub seitens des Gesetzgebers notwendig, denn leider passiert auf diesem Gebiet nur sehr selten etwas freiwillig.

Wir hören immer wieder, dass gespart werden muss, dass die Kosten steigen, aber leider höre ich nie ein Wort über die Steuergerechtigkeit. Man hört nichts davon, dass 60 Prozent der Selbständigen ein steuerliches Betriebseinkommen von weniger als 14.000 Euro im Jahr erklären. Auf der anderen Seite hört man aber dauernd von Erfolgsmeldungen und Rekordzahlen. Deshalb kann da etwas nicht stimmen. Es wäre vielleicht sinnvoll, wenn nicht gar notwendig, die Anzahl der Inspektoren in den verschiedenen Bereichen zu erhöhen und dem Sachverhalt nachzugehen. Es kann einfach nicht sein, dass wir, wenn wir durch das Land fahren, überall Villen sehen, die zum Großteil nicht im Eigentum von Lohnabhängigen und Arbeitnehmern sind. Auf der anderen Seite gibt es dann Betriebseinkommen von weniger als 14.000 Euro. Da muss die Caritas ja irgendwann einmal explodieren bzw. es

müssten alle um Sozialgeld ansuchen. Da stimmt etwas nicht! Wir müssen dieser Sache nachgehen, denn das sind wir unserer Bevölkerung schuldig.

Abschließend vielleicht noch eine Anregung. Wir haben zurzeit auch im öffentlichen Dienst Schwierigkeiten, bestimmte Dienste zu garantieren. Ich spreche nicht nur vom Landesdienst, sondern vor allem von halbstaatlichen und staatlichen Anstalten, die für die Bevölkerung wesentliche Dienste ausüben und unter Personalmangel leiden. Mittelfristig werden diese Dienste in dieser Form wahrscheinlich nicht mehr gewährleistet werden können, mit all den Nachteilen, die sich für die Bevölkerung ergeben. Ich spreche vom INPS, vom INAIL und einigen anderen.

Ich hätte noch eine Frage an die Landesregierung. In Artikel 1 Buchstabe d) des Landesgesetzentwurfes Nr. 89/16 geht es um die Grundstücksanierung bei Umweltverschmutzungen. Ich hoffe, dass man hier das Verursacherprinzip anwendet, das heißt, dass die Verursacher die Sanierungen selbst durchführen bzw. selbst bezahlen müssen. Es kann nicht sein, dass das zu Lasten der Allgemeinheit geht. In Buchstabe 3-bis von Artikel 4 desselben Landesgesetzentwurfes geht es um die Anpassung des Stellenkontingentes der Agentur für die Verfahren und Aufsicht im Bereich der öffentlichen Baudienstleistungs- und Lieferaufträge. Mich würde interessieren, wie viel diese 20 Stellen kosten und in welche Funktionsebene die Personen eingestuft werden. Es könnten ja 20 Stellen der IV. Funktionsebene sein, aber es könnten auch 20 Stellen der VIII. Funktionsebene sein. Da wären die Kosten sicher andere. Es gäbe noch viel zu sagen, wobei ich glaube, dass das meiste gesagt worden ist.

Noch etwas zum Kollegen Pöder: Die Arbeitnehmer der Südtiroler Volkspartei vertreten nicht nur die Interessen einzelner Bezirke oder einzelner Dörfer und Talschaften. Sie vertreten die gesamte Südtiroler Bevölkerung, Lohnabhängige, Rentner, Arbeitnehmer, kleine Unternehmen und Handwerker, also all jene, die sich nicht zu den oberen Zehntausend zählen, sondern deren Einkommenssituation nicht gerade die beste ist. Danke!

DELLO SBARBA (Grüne Fraktion - Gruppo verde - Grupa vërda): Visto che ieri ho parlato solo un quarto d'ora, penso di poter prendere ancora la parola per approfondire alcune cose che sono state equivocate.

Capisco, collega Tinkhauser, che la campagna elettorale per il referendum è durata sei mesi, è stata molto dura, ci sono stati anche toni a volte spiacevoli. Capisco che, da parte di chi aveva propagandato il sì appartenendo a partiti di opposizione, quindi perdendo il referendum insieme alla maggioranza, questa sconfitta possa bruciare e ci sia bisogno di un po' di tempo per elaborare il lutto, per cui questa discussione forse serve a questo. Però alcune cose che Lei ha detto, anche se La stimo moltissimo, non sono corrette neanche dal punto di vista della Giunta provinciale, perché io la delibera che ha stanziato 5.200.000 euro per il finanziamento di ABD l'ho letta con attenzione, dopo aver letto alcune cose scorrette che hanno scritto i giornali, perché poi anche i giornalisti sono in vacanza, hanno i turni, poi scrivono e magari hanno perso qualche tappa. I 5 milioni e 200 mila euro che la Giunta provinciale ha dato per finanziare ABD per il programma di gestione per l'anno 2016 erano stati decisi nel dicembre 2015 quando la Giunta provinciale ha firmato il contratto di servizio per l'anno 2016 di ABD, quindi quei soldi erano già preventivati, tanto è vero che la Giunta ha ripetuto lo stesso finanziamento dell'anno scorso e servono per il finanziamento ordinario dell'attuale situazione. Semmai, se fosse passato il sì, il nuovo regime sarebbe partito dal 2017; comunque, sì o no, quei soldi sarebbero stati stanziati per il 2016, l'unica differenza che nel 2016 verso l'autunno sarebbero partiti i lavori di allungamento della pista. Per l'anno prossimo vedremo che cosa succederà.

Non dico che la situazione sia facile e non dico neanche che non serve una fase di transizione, è ovvio che serve e qui dovremo buttarci un po' alle spalle la vicenda della campagna elettorale, e io l'ho fatto presente in tutti i dibattiti a cui ho partecipato, quando dicevo che cosa succede se vince il no, ci dovremo sedere a un tavolo e ragionare esattamente su quale sia la migliore soluzione. Questo non è successo, però c'è il tavolo del Consiglio provinciale e forse, a partire da questo primo confronto un po' difficile perché la campagna elettorale è passata da poco, forse si può cominciare.

È vero che ci sono stati diversi motivi per cui il 70% della popolazione ha votato no, è vero che anche a seconda delle zone della provincia questi motivi variavano, certo che non si può ridurre la preoccupazione per l'ambiente e la salute solo al circondario intorno all'aeroporto. Lei, collega Tinkhauser, come me ha partecipato a parecchie discussioni e sa che ovunque la questione del modello di turismo mordi e fuggi, dell'incidenza che il traffico aereo ha sul cambiamento climatico, della protezione della salute e dell'ambiente e della solidarietà di altre aree verso l'area interessata, questo era un punto. Io ho fatto dibattiti a San Lorenzo di Sebato, a Merano, ovunque e certamente non erano punti secondari. Bisogna prendere atto che comunque è stato un no a un piano di sviluppo dell'aeroporto, quindi all'ampliamento dell'aeroporto, non un no all'ABD, che è una società che ha gestito per diversi anni l'aeroporto, ma il no è stato al potenziamento dell'attività aeroportuale e non in prima linea un sì o un no ad ABD, che è una società di gestione.

Quali erano le priorità dopo il referendum, a mio parere? La prima cosa che bisognava fare da parte della Giunta provinciale era decidere che cosa fare dell'aeroporto, non di cosa fare di ABD. Per noi la risposta è ridurre il più possibile. Abbiamo parlato di declassificazione dell'aeroporto. Per esempio, sulla base di una nostra mozione, il Comune di Laives ha approvato il ripristino del vecchio Puc, cioè l'eliminazione del prolungamento della pista dal piano urbanistico comunale. Cioè per noi si risponde alla volontà popolare aprendo un dibattito su che cosa deve fare questo aeroporto nell'ottica di ridurre l'attività aeroportuale il più possibile. Per fare questa cosa, collega Tinkhauser, non serve uno studio pagato 250 mila euro, serve una decisione della politica. Noi non puntiamo sull'aeroporto di Bolzano – gli aeroporti sono altri, Verona, Innsbruck – puntiamo sul treno che ci porta lì, e per l'aeroporto di Bolzano si punta ad una riduzione il più possibile. Serviva una decisione politica della Giunta provinciale per poi mettere al lavoro tutti gli uffici competenti, sia nelle trattative con Roma sia nelle misure da fare qui.

Per noi quell'aeroporto può essere chiuso, parliamoci chiaro, però visto che ci viene detto continuamente che questo non sarà possibile perché c'è una parte militare, che comunque anche la parte civile totalmente non potrà essere chiusa, allora la prima cosa da fare per la politica era una decisione chiara su che cosa fare dell'aeroporto, che per noi voleva dire ridimensionare il più possibile. Per quanto resta di attività aeroportuale, seconda priorità, la Provincia deve definire i suoi poteri e le competenze. Su questo c'è un quadro costituzionale che ce lo permette, coniugato col piano nazionale degli aeroporti che dismette da parte dello Stato gli aeroporti di interesse regionale come l'aeroporto di Bolzano. Quindi noi abbiamo bisogno di una legge provinciale per consolidare le competenze della Provincia sull'aeroporto, e per fare quel testo che ringrazio il collega Tinkhauser di aver letto, quindi quando parla è documentato, abbiamo preso come modelli il decreto del presidente della Giunta provinciale del 2008. Non costa niente, perché è una legge che dà la gestione, dà poteri di indicare la gestione dell'aeroporto alla Provincia. La Provincia dice che chiunque gestisce l'aeroporto deve presentare un piano d'impresa, deve firmare un contratto di servizio, la Provincia decide gli orari, l'intensità dell'attività di volo, controlla i bilanci ecc. Non costa niente. Questa legge la Provincia la dovrà fare in ogni caso, noi abbiamo offerto uno stimolo, non pretendiamo che quel disegno di legge sia la soluzione definitiva, ma per cercare di incoraggiare la Giunta provinciale a darsi da fare abbiamo intanto presentato un nostro disegno di legge.

Primo, una volta deciso, cosa fare dell'aeroporto, che per noi è ridurlo il più possibile, secondo, una volta dati, attraverso legge provinciale, i poteri che spettano alla Provincia e regolato l'esercizio di questo potere verso chiunque faccia attività in quell'area, la terza cosa poteva essere che cosa fare di ABD, e arrivo a quello che diceva il collega. Intanto tutta la legge è impostata in questo senso, cioè dice che chiunque gestisca un'attività aeroportuale nel sedime dell'aeroporto di Bolzano deve firmare un contratto di servizio, presentare un piano d'impresa ecc. Questo può essere una società privata oppure si lascia aperta la possibilità che ci sia una società pubblica in house, come succede a Trento dove la società Caproni è una società in house della Provincia, che tra l'altro gestisce anche tutti i servizi di protezione civile nell'aeroporto. Il referendum, collega Tinkhauser non era: chiudiamo ABD. Questa balla l'avete raccontata voi, era su una legge e sul potenziamento dell'aeroporto. Non era su ABD sì, ABD no. ABD è uno strumento della politica, e se alla politica serve che lo strumento di gestione di quello che resterà dell'aeroporto sia una società di privati, la Provincia lo affiderà alla società di privati, se serve che sia una società pubblica, la Provincia costituirà una società pubblica per gestire un aeroporto più piccolo possibile, questa è la mia idea. Però una volta stabilito esattamente, con legge, il controllo della Provincia e le indicazioni che la Provincia può dare su quello che succede sull'aeroporto, io credo che ci possa essere anche una società privata. Voi fate l'errore di credere alla campagna che avete fatto durante la campagna elettorale, ma la campagna elettorale è finita e ha vinto il no. Vi dovete rassegnare.

Che cosa fare di ABD era il terzo passo, dopo aver deciso da parte della politica che cosa si faceva dell'aeroporto e dopo aver dato alla politica, alla Provincia, i poteri per poter decidere. Alla fine, problema secondario, era il destino di ABD. Invece si è fatto, da parte della Giunta provinciale, il primo passo sulla vendita di ABD e questa è una scelta. Il presidente Kompatscher l'aveva annunciata, non è il risultato automatico del referendum. La Giunta provinciale dice: non mi avete approvato il piano di sviluppo, quindi mi ritiro completamente dall'aeroporto. Quando abbiamo fatto i dibattiti, anche con il presidente Kompatscher che diceva questa cosa, ho detto in quel momento che mi sembra un po' come il bambino che gioca a calcio nel cortile, si prende un goal e, visto che la palla è sua, si prende la palla, scappa a casa e dice che adesso non gioca più nessuno, perché se l'è presa a male. Questa cosa a me suona un po' come la voglia di avere una rivincita sul referendum; c'è voglia di dimostrare che chiunque vincesse, l'aeroporto andava avanti lo stesso. Avete voglia di dimostrare che la propaganda che facevate è vera. Io vi sconsiglio questa strada, perché sarebbe continuare nell'errore che è stato fatto. C'è questa voglia di dire che tanto non è cambiato niente, o addirittura c'è questa idea che adesso la strada è la

privatizzazione dell'aeroporto, dicendo: adesso vedrete che un privato potrà fare quel che gli pare, un privato potrà fare quello che i cittadini hanno impedito, col loro voto, di fare alla Provincia, lo farà il privato. Vorrei dire ad Andreas Pöder, che non condivido quello che ha detto, che se un privato prende ABD per esempio, potrà fare gli investimenti che gli pare. No, perché un privato deve essere autorizzato a fare gli investimenti, deve presentare un piano d'impresa, deve presentare un piano di sviluppo e c'è un controllo pubblico, che per me deve essere della Provincia. Quindi basta comprare ABD e chiunque può fare quello che vuole. Ci sono autorizzazioni, normative urbanistiche ancorate alla norma di attuazione, competenze della Provincia sui trasporti pubblici, sulle linee di volo ecc. Per cui non è vero che un privato può fare quello che gli pare in quell'aeroporto, per questo è importante che la Provincia decida che cosa si deve fare e si dia gli strumenti per poterlo decidere, altrimenti c'è questa idea che tanto il referendum era solo sui soldi, basta che la Provincia non metta i soldi, poi in quell'aeroporto si può fare anche il raddoppio della pista e i boeing come era previsto nel piano di sviluppo. Il piano di sviluppo è stato bocciato, per cui ha ragione il collega Renzler: la prima cosa che la Giunta provinciale dovrebbe fare non è quella di pensare a ABD ma è quella di ripristinare il piano urbanistico di Laives così come era prima che fosse introdotto d'ufficio il prolungamento della pista, cioè riportare la pista a quella che è oggi e togliere da quel piano urbanistico la previsione dell'allungamento della pista. Questa sarebbe stata la vera prima risposta alla volontà espressa dai cittadini, invece che stare a discutere su cosa si fa della società ABD e prendere il pallone un po' impermaliti e scappare a casa, così non gioca più nessuno.

Poi il collega Tinkhauser ha parlato di una cosa molto interessante, che cosa si impara da questo referendum. C'è chi scrive, soprattutto dopo il referendum in Gran Bretagna, che siamo entrati nell'epoca della contrapposizione tra il popolo e le élite, dove ci sono due malattie: le élite sono prese dalla deriva della tecnocrazia e dall'altra il popolo è ammalato di populismo. Quindi élite contro popolo, cioè tecnocrazia contro populismo. Io domando se noi dobbiamo rassegnarci a questa cosa, perché questa è una lettura della realtà, anzi sono sicuro che ha dei fondamenti. È vero che c'è questa spaccatura fra le élite politiche e le popolazioni. Anch'io, quando ho visto il risultato del referendum in Gran Bretagna, ho pensato veramente alle similitudini con il referendum sull'aeroporto, ma non c'è solo questo. Posso pensare alla situazione della riforma sanitaria, alla contrapposizione tra la Wipptal e la politica. Stasera noi del gruppo Verde andremo per solidarietà alla manifestazione a Vipiteno, Penso anche alla bella idea che qualche tecnocrate si è inventato che per far funzionare l'inceneritore di Bolzano bisogna importare i rifiuti da fuori e caricarlo il più possibile. Funziona tutto nelle stanze pulite e insonorizzate della tecnocrazia a cui spesso la politica si affida, e dove si è convinti che la gente quando ti vota contro è perché non è informata, perché ha votato con la pancia, perché è populista, perché ha creduto alle balle. Ma è a questa visione che vi volete e ci vogliamo rassegnare, a questo degradamento della volontà popolare? E anche a un degradamento nostro, perché la politica è nata per rappresentare il popolo; se invece rappresenta i calcoli matematici di un paio di tecnocrati, di un paio di ingegneri, la politica ha fallito completamente nella sua missione democratica, che è quella di rappresentare la sovranità popolare. Io vedo moltissime occasioni in cui la politica invece si rifugia dal tecnocrate, si rifugia in una stanza insonorizzata, pensando così che riuscirà a portare avanti delle decisioni che sono troppo complesse. Io credo che se ci avviamo in questa spirale non ne usciamo più, e la politica viene travolta.

Un'altra cosa che ho pensato sulla similitudine fra il nostro referendum sull'aeroporto e il referendum sulla Brexit in Inghilterra, è che la classe politica non era stata in grado di prevedere l'esito, né qui né là. Siamo stati tutti sorpresi, io anche della misura della vittoria al referendum, perché questa iniziativa messa in piedi dall'HGV e dagli imprenditori, finanziata da loro per fare propaganda, aveva fatto un'ottima propaganda. Era spaventoso l'apparato di propaganda che era stato messo in campo per il sì all'aeroporto, ed è stato spaventoso l'apparato di propaganda che Cameron, che i laburisti in Inghilterra hanno messo in campo, con il corollario delle piccole minacce, "attenzione votate pure così, tanto si va avanti così oppure crollerà il mondo, crollerà l'economia". Le élite non hanno saputo prevedere né qui né là come andava il referendum, tanto è vero che siamo stati tutti stupefatti, noi positivamente, voi un po' meno, però tutti stupefatti. Se noi accettiamo che la politica si affida alla tecnocrazia, agli esperti, agli ingegneri, agli esperti di marketing che ci insegneranno a impaccare gli slogan politici come se fossero salamini e poi scopriamo che salamini non sono e che lo slogan politico, anche se patinato, deve colpire nel cuore le persone, non servono tutti questi numeri. Bisogna arrivare al cuore delle persone. Se noi accettiamo questa deriva tra élite + tecnocrazia, politica + tecnocrazia da un lato, e dall'altro un popolo visto come populismo, come una specie di massa incosciente che ci si rivolta contro, credo che noi ci condanniamo al fallimento. Invece credo che bisogna cambiare quadro interpretativo, prima che cambiare politiche. Poi le politiche diverse vengono dopo, ma bisogna chiedersi che ragioni hanno i cittadini, e bisogna partire dal fatto che la società è cambiata negli ultimi 20 anni. Bisogna sapere che i cittadini e le cittadine oggi non sono una massa informe, sono molto più in-

formati di un tempo. Chi è andato all'assemblea sull'aeroporto, e immagino che anche in Inghilterra ci siano state assemblee simili, ha visto che c'erano state, anche da parte di quelli che dicevano no, delle relazioni lunghissime con numeri, dati; gente semplice, che non è ingegnere, che si è informata, però c'erano anche gli ingegneri, i piloti, gli esperti che parlavano nel più assoluto silenzio in queste assemblee, che non erano un'arena tipo ghigliottina della rivoluzione francese. Che tra l'altro quel popolo brutto della rivoluzione francese è il popolo descritto da conservatori e dalla nobiltà. Andatevi a studiare un po' meglio la rivoluzione francese, il popolo e l'organizzazione della città di Parigi e quella visione del popolo così canaglia, belva, con le donne che fanno la calza all'inizio e gridano ogni tanto "a morte, a morte, sangue, sangue", che è la descrizione che fa la nobiltà di quel popolo. Non facciamo lo stesso errore. Oggi i cittadini sono molto più informati, hanno canali autonomi, anche la rete; in internet ci sono scritte un sacco di stupidaggini, ma se vuoi trovi anche canali autonomi di informazione. Oggi abbiamo una popolazione che ha una scolarità molto più elevata di un tempo. C'è una consapevolezza dei cittadini e delle cittadine molto più alta, e c'è un sapere che noi come politici e i tecnocrati non abbiamo, è il sapere concreto con l'esperienza vissuta. Cioè coniugano il sapere astratto, scientifico, delle informazioni in tutto il mondo, perché giravano tabelle su come funziona l'aeroporto di Los Angeles, come funziona quello di Londra. Ma i cittadini hanno anche un sapere, che è quello della loro esperienza quotidiana, quando quelli raccontavano cosa succede intorno all'aeroporto di Bolzano, quando i loro figli dormono e quando non dormono, quello è un sapere che nessuno può contraddire. E anche il sapere dell'equipe medica e delle ostetriche dell'ospedale di Vipiteno, voi potete anche sparare cannonate di numeri, argomentazioni e pareri, fatti tra l'altro da gente che ha qualche interesse nel settore, ma il sapere di quell'unità medica, delle donne e dei padri che sono andati a partorire in quell'unità medica, voi non lo batterete mai. Il sapere dei tecnocrati è riproducibile e anche falsificabile. Il sapere concreto anche dell'esperienza, che nella società moderna è un sapere molto raffinato, non lo potete battere.

Concludo dicendo che non bisogna rassegnarsi alla deriva della contrapposizione tra élite e popolo. Il popolo non è populismo, le élite politiche devono ritrovare la propria vocazione, la propria funzione, che non è quella di affidarsi a quattro esperti, ma è quella di affidarsi al sapere diffuso, colto e impegnato di migliaia di cittadine e cittadini. Se facciamo questo la politica ritrova il suo cammino, se non facciamo questo, la politica avrà dei giorni molto duri davanti a sé.

ATZ TAMMERLE (SÜD-TIROLER FREIHEIT): Danke, Herr Präsident! Wir haben jetzt sehr vieles in Bezug auf das Referendum zum Flughafen gehört. Eine Möglichkeit wäre vor zwei Wochen gewesen. Wir haben einen Beschlussantrag über ökologisch nachhaltige Erreichbarkeit eingereicht. Auch diesem hätte man zustimmen können, wenn man diese Wege einschlagen möchte. Diese Möglichkeit wurde leider nicht wahrgenommen. Auch hier hat es eine Abstimmung gegeben und die Mehrheit hat entschieden.

In Bezug auf die Betriebe ist es zwar erfreulich, dass hier das Land versucht, den Betrieben entgegenzukommen, und zwar in Bezug auf die IRAP einen Teil zu übernehmen, die Betriebe ein wenig zu entlasten und dass den Mitarbeitern, den Angestellten einerseits ein bisschen mehr Geld in der Tasche bleibt. Auf der anderen Seite kommt immer wieder der Staat daher und zieht ihnen dieses Geld wieder aus der Tasche. Es ist dasselbe wie wenn man einen Ziegel aus dieser Wand nehmen würde, um das Loch auf dieser Seite zu stopfen, das Loch bleibt aber immer da. Genau dieses System muss man mittlerweile durchmachen.

Es sind die Unternehmer sowie die Mitarbeiter, die in unserem Land ganz stark zu kämpfen haben und sich gar nichts ersparen können. Sie arbeiten, sie rackern sich ab, die Rente ist unsicher, die Situation um die Krankenhäuser ist unsicher. Sie müssen, wenn sie bestimmte Visiten schnell brauchen, Privatvisiten in Kauf nehmen und diese müssen sie teuer zahlen. Viele Familien, aber auch junge Menschen, die sich eine Zukunft aufbauen wollen, müssen schauen, wie sie tun. Sie haben im Moment keine guten Zukunftsperspektiven. Sie wissen nicht, wie es in Bezug auf die Banken, auf die Darlehen, auf die hohen Zinsen weitergeht. Im Moment sind sie nieder, aber es ist ungewiss, wie lange noch und wie lange die Banken überhaupt noch bestehen, ob es hier nicht wirklich einen schlimmen Zusammenbruch geben wird. Man wird natürlich alles daran setzen, dass es nicht dazu kommen wird, jedoch bleibt unter dem Strich die Ungewissheit und diese bekommen unsere jungen Menschen und unsere Familien tagtäglich zu spüren. Sie bangen um ihre Arbeit, es ist nicht so sicher, wie es scheint, auch wenn im Moment die Zahlen etwas besser ausschauen, die Statistiken etwas positiver ausfallen, doch die Ungewissheit bleibt dennoch, weil man nicht weiß, wie es weitergeht, aber nicht nur hier, sondern in ganz Europa.

An Großbritannien hat man es gesehen: Brexit. Meiner Meinung nach ist es zu dieser Entscheidung, zu diesem Endergebnis gekommen, weil die Menschen keine Lust mehr haben, sich von so vielen Gremien bevormunden zu lassen. Sie sind es leid. In der Gemeinde ist es die Gemeindeverwaltung, die einem gewisse Sachen aufbürgt, dann ist es die Landesverwaltung, die Vorgaben macht, die über die Köpfe hinweg entscheidet. Dann ist

es noch die EU, die über die Köpfe hinweg entscheidet. Ich glaube, auch hier hat sich die Mehrheit dieser Menschen dafür entschlossen, sich eine Bevormundung vom Hals zu schaffen. Sie sind einfach müde, sich bevormunden zu lassen oftmals von Bestimmungen, von Gesetzen, von Vorgaben, die wenig mit der Realität zu tun haben, wenig damit zu tun haben, was draußen im wirklichen Leben von diesen fleißigen einzelnen Arbeitern getan wird, von den Unternehmern, die 16 Stunden am Tag in ihrem Betrieb sind, wie ich es schon oft gesagt habe, nebenbei schlafen gehen, sich mit Unmengen an Bürokratie und an Bestimmungen herumschlagen müssen. So sieht die Realität aus, aber die Gesetze, die im Moment gemacht werden, sind alles andere als entgegenkommend. Das Land versucht zwar, wie gesagt, unseren Betrieben, unseren Unternehmen, unseren Arbeitern etwas entgegenzukommen, jedoch steht alles immer unter dem Schirm der Ungewissheit.

Ich möchte jetzt auf den Gesetzentwurf eingehen, in dem es im Artikel 2 darum geht, wieder Kleinkinderbetreuungsdienste anzubieten, diese zu verbessern. Es werden Investitionen gemacht. Wenn man das zusammenrechnet, dann sind es 45 Millionen Euro, die in diesem Kapitel drinnen sind, nicht nur für die Kinderhorte, sondern im gesamten Kapitel. Es ist das Programm für Kleinkinder und Kinderhorte. Ich möchte hier nur anregen, dass es zahlreiche Mütter sind, ich spreche jetzt hauptsächlich von Müttern, die den Wunsch haben, länger bei ihren Kindern bleiben zu können. Von all diesen wird hier eigentlich selten und wenig gesprochen. Man vermerkt nicht irgendwelche Anzeichen, dass etwas gemacht wird, was hier den Eltern, den Müttern angeboten wird, dass ihnen in Bezug auf die Zukunft die Erziehungsjahre für ihre Rente angerechnet werden. Ich weiß, in Rom wurde ein Antrag eingereicht, jedoch hören tut man darüber nicht viel, es ist Stillstand da, man weiß nicht, kommt es, kommt es nicht, erneut Ungewissheit. Die Situation ist aber jene, dass Mütter immer nur gezwungen werden, in diese Richtung zu gehen, ihre Kinder abzugeben, in andere Hände zu geben. Vielleicht haben sie das Glück, eine Oma oder einen Opa oder einen anderen Vertrauten in nächster Umgebung zu haben. Zum Glück wurde jetzt die Möglichkeit der Kleinkindbetreuung auf dem Bauernhof oder bei Privaten zu Hause geschaffen, damit sie ein Umfeld haben, das ihrem zu Hause so ähnlich wie möglich kommt.

Der Artikel 2 ähnelt eigentlich einer Werbeannonce. Im ersten Teil geht es um Folgendes: *"Tagesmütterdienst/Tagesväterdienst ist die Tätigkeit von Personen, die in Verbindung mit den in Absatz 1 angeführten Körperschaften berufsmäßig in der eigenen Wohnung ein Kind oder mehrere Kinder anderer Familien im Alter von 3 Monaten bis 3 Jahren betreuen."* Soweit sachlich. Danach lautet es: *"Sie bieten einen Dienst an, der durch familiäre Atmosphäre und einen erzieherisch sinnvoll strukturierten Tagesablauf gekennzeichnet ist, um flexibel den Bedürfnissen der Familien entgegenzukommen und auf die individuellen Gewohnheiten und Zeiten eines jeden Kindes gemäß seinem Entwicklungsstand einzugehen."* Dieser Artikel klingt fast so, als möchte man eine Annonce aufgeben, dass die Familien ihre Kinder in diese Betreuung geben. Ich frage mich hier ein wenig, ob diese Bezeichnung, dieser Satz in diesem Artikel notwendig ist. Es ist die Aufgabe, dies soll das Ziel sein, wie die Umsetzung stattfinden soll, aber ich frage mich, ob man so etwas in ein Gesetz hineinschreiben muss. Ist es nicht gerade das, genau das, was hier in einem Gesetz drinnen steht? Genau diese Bedürfnisse können eine Familie, eine Mutter geben. Ich beziehe mich jetzt hauptsächlich auf eine Mutter.

Wir haben in unserer Fraktion der Südtiroler Freiheit einen Vater zum Beispiel, der diese Rolle übernommen hat und bei seinen Kindern zu Hause bleibt und die Mutter arbeiten geht. Sie ziehen es vor, bei den Kindern zu bleiben, sodass jemand bei den Kindern bleibt. Es gibt sehr viele Familien, die diesen Wunsch, aber nicht die Möglichkeit haben. Es gibt im Moment keine Möglichkeiten für die Familien, diesen Weg einzuschlagen. Es werden Gesetze, Bestimmungen, finanzielle Unterstützungen gemacht, aber alles nur in die Richtung, dass man die Kinder aus der Familie herausnimmt und in eine andere Familie, in einen Kinderhort steckt und dass sie von jemand anderem erzogen, betreut, begleitet werden. Es sind nicht diese Familien selbst, die mitkriegen wie das Kind das erste Mal vielleicht auf die Toilette geht oder selbst das Messer und die Gabel in die Hand nimmt, nein, es sind Fremde. Das Kind hat zwar die Möglichkeit von diesen Betreuern in familiärer Umgebung aufzuwachsen, betreut zu werden, jedoch die eigenen Eltern erleben es nicht. Dem Kind wird zwar alles geboten, was es in einer familiären Umgebung bekommen kann, aber hier ist es die Familie, die dieses familiäre Umfeld bieten kann. Dann kann man gemeinsam diesen Weg gehen und diese Zeit mit dem Kind erleben, nämlich die Eltern mit dem Kind und das Kind mit den Eltern.

Dafür müssen auch Voraussetzungen geschaffen werden. In anderen Ländern finden wir zum Beispiel das Rentensplitting, wo ein Teil der Rente des Mannes in den Rententopf der Frau einfließt, damit sie zumindest einen kleinen Teil der Rentenabsicherung so abbekommt, und zwar in der Zeit, in der sie beim Kind zu Hause bleibt. Es könnte auch ein Fonds eingerichtet werden dahingehend, dass man ein wenig von der Arbeitszeit zuerst von diesen Abgaben, die man hat, hernimmt und sie in diesen Fonds gibt. Vielleicht gibt es die Möglichkeit, die gesetzlichen Voraussetzungen dafür zu schaffen. Wenn man im Moment der Familiengründung ist, dann kann man das

Angesparte verwenden. Jene Personen, die sich vielleicht nicht entschließen, eine Familie zu gründen, können dies als Startkapital zum Ankauf einer Wohnung verwenden, denn auch hier sind wir wieder bei den jungen Menschen. Sie müssen Miete zahlen, Wohnung und Raten abzahlen. Auch Familien müssen das machen. Deshalb ist es wichtig, dass wir das Angebot haben, dass sie ihre Kinder in solche Betreuungsstätten geben können, weil manche wirklich gezwungen sind, arbeiten zu gehen, aber nicht alle wollen es. Ich komme hier noch einmal auf diesen Punkt zurück: Nicht alle wollen es, sondern es gilt, dass wir von der Politik aus Möglichkeiten schaffen, dass die Bevölkerung, die Eltern die Wahlmöglichkeit haben. Der Wunsch ist da, einen anderen Weg zu gehen als jenen der Betreuung. Sie wollen nämlich selber bei ihren Kindern bleiben.

Gerade unser Landeshauptmann hat eine Stube von Kindern zu Hause. Er selbst weiß bestimmt auch, wie viel Arbeit dahinter ist. Ich meine jetzt nicht das Wäschewaschen, das Bügeln, das Putzen, nein, es geht um die Betreuung. Es gilt da zu sein für die Kinder, es gilt ein offenes Ohr für die Kinder zu haben. Es geht darum, sie zu begleiten, wenn sie ihre Entwicklungsphasen durchmachen, wenn sie schwierige Phasen durchmachen. Es gibt nichts Wichtigeres als ein Elternteil an seiner Seite zu haben. Diese kennen die Kinder von klein auf. Eigentlich ist es schade, wenn man überlegt, dass eine fremde Person genau diese Position einnimmt und mein Kind besser kennt als ich selbst als Elternteil, weil diese Personen mehr Stunden mit dem Kind verbringen als ich selbst als Elternteil. Das kann sicher nicht zukunfts führend sein.

Was wollen wir für unsere Kinder? Wir wollen starke Kinder, wir wollen selbstbewusste Kinder, wir wollen aber auch irgendwann, wenn wir alt sind, dass unsere Kinder für uns da sind, dass sie sich an die Eltern erinnern, dass sie sie im Altersheim vielleicht besuchen oder gar zu Hause betreuen. Genau deshalb braucht es zuerst eine Verbindung. Ich kann mit 80 Jahre nicht plötzlich eine Bindung aufbauen, wenn es vorher keine gegeben hat. Besonders die ersten Jahre sind ausschlaggebend, die eine Familie zusammenschweißen und nicht nur, wenn es darum geht zu sagen: "Ich kann jetzt nicht, ich muss arbeiten gehen, ich muss um 8 Uhr in der Arbeit sein, beeile dich mit dem Anziehen, beeile dich mit dem Zähneputzen, der Kinderhort wartet, wir müssen pünktlich dort sein." Nein, das kann nicht die Zukunft sein, denn dann bekommen wir mit 80 Jahren von den Kindern – ich will nicht alle in einen Topf werfen, wohlgemerkt, aber es könnte passieren - Folgendes zu hören: "Ich habe jetzt nicht Zeit für dich, ich muss in die Arbeit, ich muss um 8 Uhr einen Termin wahrnehmen." Dann vereinsamt man und stirbt alleine. Soll das das Ziel der Zukunft sein? Deshalb möchte ich nochmals sagen, dass sich in diesem Gesetz kein Laut findet für die Zukunft in Bezug auf finanzieller Unterstützung für Familien, dass sie bei ihren Kindern bleiben können. Es soll eine Anmerkung, eine Anregung an die Landesregierung sein, einen Weg einzuschlagen, um den Familien diese Wahlmöglichkeit zu bieten, und zwar zum einen, dass sie ihre Kinder in die Betreuungsstätten geben können und zum anderen, dass sie bei ihren Kindern bleiben können. Danke schön!

FOPPA (Grüne Fraktion - Gruppo verde - Grupa vërda): Nachdem schon sehr vieles gesagt worden ist, möchte ich nur noch einen Blick auf die Prozesse der letzten zweieinhalb Jahre werfen. Wir haben uns als Grüne Fraktion auch zu einer Halbzeitklausur getroffen und haben uns an unseren Wahlprogrammen nochmals gemessen. Ich möchte dem Kollegen Steger gerne antworten und sagen, dass es in der Opposition ganz und gar nicht leichter ist, denn wenn man seriöse Opposition machen will, dann muss man sich auch die Fragen stellen, wie man es besser machen würde und was man anders machen würde. Es ist ein wenig wie in einem Flugsimulator diese Jahre zu verbringen oder ein Trockenschwimmen und das macht nicht unbedingt immer Spaß. Die Tatsache, dass man davon ausgeht, dass es die Opposition leichter hat, möchte ich vehement dementieren. Gerade deshalb hatten wir uns angeboten, gemeinsam auf der anderen Seite zu sein. Ich habe mir deshalb noch einmal das SVP-Wahlprogramm angeschaut und einige Punkte herausgesucht, mit denen wir uns auch sehr gut identifizieren konnten und auch können. Gerade deshalb wäre uns eine Zusammenarbeit in der Regierung möglich erschienen. Ich möchte Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen, einladen, noch einmal gerade die aktuellen Geschehnisse vor dem Hintergrund dieses Wahlprogramms zu betrachten und dann auch eine klare Evaluation des eigenen Tuns vorzunehmen.

Wir beginnen nicht mit der Selbstbestimmung, sondern mit dem Titel des Wahlprogramms. Das hieß "Gutes bewahren und Neues wagen". Denken Sie sich mal, wie dieser Titel "Gutes wagen" aufgefasst wird. Wir können auf Seite 15 schauen: Da ging es nämlich um eine neue Art der Politik. Dort steht: *"In ganz Europa spüren wir, dass viele Menschen das Vertrauen in die Politik verloren haben. Unsere Antwort darauf ist, die Bürgerinnen und Bürger noch stärker mitzunehmen und zu informieren. Politisches Gestalten darf nicht auf einige Wenige beschränkt sein. Politik geht uns alle an. Wir wollen und fördern ein kritisches Auseinandersetzen mit den Problemen unserer Zeit in unserer Partei wie in der Gesellschaft."* Das sind gute Worte. Ich hoffe, dass sie auch gerade in den Prozessen der letzten Zeit tatsächlich lebender Buchstabe geworden sind.

Seite 40: Demokratie. *"Je besser und umfassender die Bevölkerung im Vorfeld politischer Entscheidungen miteinbezogen wird, desto breiter ist die Mehrheit, die Beschlüsse mitträgt."* Wenn ich jetzt an das Morgentelefon denke, wo ich vor kurzem den Bezirksobmann der SVP gehört habe, dann scheint es, als ob hier von einer anderen Partei die Rede wäre. In Eurem Wahlprogramm ging es auch um die Gesundheit: *"Daher haben die Aufrechterhaltung und die Weiterentwicklung von Strukturen und Diensten im Gesundheitsbereich weiterhin Priorität. Flächendeckende Versorgung mit allen wesentlichen Diensten ist zu gewährleisten."* Nur einige Punkte, um zu sagen, dass mein persönliches Fazit von der ersten Halbzeit der Landesregierung von der Zwischenbilanz, die zu ziehen ist, eines ist, dass es der Landesregierung hauptsächlich gelungen ist, sich selber so unbeliebt zu machen. Mich wundert, dass man das zustande gebracht hat, denn die Voraussetzungen waren gut. Die Voraussetzungen, wirklich etwas Neues zu machen mit einer neuen Mannschaft, mit einem neuen Stil waren tatsächlich gut, entsprechend groß waren auch die Hoffnungen. Jetzt sind wir momentan an einem Punkt angelangt, wo es scheint, dass diese Regierung, meiner Wahrnehmung nach - ich lese nur die Medien und höre nur den Leuten zu, wie sie in den öffentlichen Verkehrsmitteln erzählen und wie sie uns erzählen - ganz stark angeschlagen und ganz stark auch weit von den eigenen Wahlzielen entfernt ist. Diesen Spiegel möchte ich Euch vorhalten. Es ist Aufgabe der Opposition, Kollege Steger, den Spiegel auch so vorzuhalten, weil man das vielleicht nicht sieht, nämlich die blinden Flecken, die man selbst nicht hat, im Alltagsgeschäft. Das ist kein Vorwurf, das passiert uns allen. Das ist unsere Aufgabe. Deshalb hier dieser Spiegel.

Ich glaube, dass die Landesregierung momentan mit einer unpopulären Position, auch mit unpopulären Entscheidungen zu kämpfen hat, aber sie geht damit nicht um, indem sie sich selbst hinterfragt und indem sie auch ihren eigenen Versprechungen nach mit der Bevölkerung den Kontakt aufnimmt, um hier zu fragen, warum das, was wir machen, unpopulär ist, sondern indem sie es mit dem Populismus aufrechnet. Dazwischen gibt es aber sehr viele verschiedene Zwischenpositionen. Ich möchte auch darauf hinweisen, dass gutes Management und Führungsstärke nicht zwingend unpopulär sein müssen, im Gegenteil. Gerade in der Politik ergibt sich Führungsstärke dann, wenn man Popularität hat, wenn man die Bevölkerung hinter sich hat und nicht gegen sich hat. Diese Stellung, die die Landesregierung momentan einnimmt - Kollege Dello Sbarba hat sehr, sehr gut auf diesen Elitendiskurs verwiesen - muss gut hinterfragt und gut nachgegangen werden, um diese Kluft, die sich aufgetan hat, die sich in den letzten Jahren so geweitet hat, nicht noch weiter zu verbreitern.

Kollege Tinkhauser ist jetzt auch nicht da, meine Adressatinnen und Adressaten sind, glaube ich, nicht da. Er hat vorhin über die direkte Demokratie und über die Volksvertretung ziemlich gewettert. Ich möchte dem, was Kollege Dello Sbarba gesagt hat, wenig hinzufügen. Das, was mich so beeindruckt auch in der ganzen Auslegung der letzten Volksabstimmungen von unserer kleinen Provinz bis hin auf die europäische Ebene ist immer wieder eines: Eine Kluft, die ich in der Exegese nicht verstehe. Einerseits ist es die gleiche Bevölkerung, die die politischen Repräsentanten wählt und da gehen sie gut, da sind sie intelligent und da wählen sie richtig. Sie wählen uns. In dem Moment, in dem die gleiche Bevölkerung nicht die Repräsentanten wählt, sondern die Entscheidungen selber trifft, muten wir ihnen das einfach nicht mehr zu. Da sind sie auf einmal beschränkt und haben keine Einsicht. Wenn vor allem das Ergebnis falsch ausfällt, also falsch im Sinne der Repräsentanten, dann hat es an Information gefehlt, dann hat man mit dem Bauch gewählt usw., aber die Tatsache, dass hier der Transmissionsriemen ausgelassen wird ... Wir als Volksvertreterinnen sind nur ein Extrakt von diesem gleichen Volk, das diese Entscheidung trifft. Es sind wie Zahnräder, die ineinander greifen, aber wenn das hier anders läuft als wir es uns vorstellen, dass wir vielleicht eine Fehleinschätzung haben könnten - Kollege Dello Sbarba hat es sehr schön gesagt -, daran wird nicht einmal gedacht, dann geht man nur davon aus. Ich habe es so oft gelesen und habe mich bei jeder einzelnen Überlegung darüber geärgert, wie hier die Volksvertreter so oft zu Volksverächtern werden. Das darf nicht passieren. Das fällt ganz sicher irgendwann wieder auf die Repräsentanz zurück. Bitte immer wieder Vorsicht an uns alle, die vielleicht dieser Versuchung nicht widerstehen können, Vorsicht, hier dürfen wir das Volk, die Bevölkerung, die ja uns gewählt hat, nicht unterschätzen.

Es ist eine Zwischenbilanz, die wir heute im Zusammenhang mit einem Nachtragshaushalt machen. Mir gefällt hier immer der italienische Begriff von Nachtragshaushalt, nämlich "bilancio di assestamento". "Assestarsi" ist wie ein Rüttler, bevor es dann geradesteht. Diese Rüttler sind in letzter Zeit natürlich auch durch dieses Land gegangen. Wenn heute die Landesregierung hier so dasteht, wie sie dasteht, wie gesagt, in meinen Augen angeschlagen und unbeliebt, dann hat das auch mit diesen Rüttlern zu tun, die in den letzten Jahren durch dieses Land gegangen sind. Da waren große Brocken zu bewältigen, da haben sich große Baustellen aufgetan, einige als Erbe von den vorherigen Regierungen, einige allerdings auch selbst geöffnet und selbst gesucht und vor allem selbst gemanagt.

Die Flüchtlingsfrage war und ist zu bewältigen. Mit dem römischen Zentralismus von renzianischer Prägung ist umzugehen. Wir alle hier haben immer noch Nachwehen vom Rentenskandal zu spüren. Der Flughafen war eine Entscheidung, die von der Landesregierung selbst gekommen ist und von uns allen mitgetragen wurde. Diese hat natürlich auch eine gewisse Wunde hinterlassen. Wir haben es gerade in dieser Haushaltsdebatte immer noch gemerkt. Ich habe vorhin gesehen wie Kollege Tschurtschenthaler schon den Bleistift gespitzt hat. Ich glaube, das werden wir noch eine ganze Weile weiter abarbeiten. Die Sanität ist eine offene Baustelle und zum Teil auch eine offene Wunde. An all diesen Baustellen wird gearbeitet, da muss gearbeitet werden. Ich hoffe, dass sich der Ansatz auch tatsächlich noch neu dem eigenen Wahlprogramm wirklich verpflichtet. Ich glaube, dass dies der einzige Weg ist.

Ich denke eben auch, dass das, was wir hier erleben, eine lokale Krise der Politik ist, die wir auch alle zu spüren bekommen. Es gibt noch kein gutes Nachfolgemodell für das, was gewesen ist. Es ist ein Konflikt auch zwischen Führungsanspruch, der da ist, Demokratiewille, aber dann wieder die Erwartungen vielleicht an Durchsetzungsvermögen. Das alles hat noch nicht in ein Rezept gemündet, wo der Wille der Mitsprache und der Miteinbeziehung der Bevölkerung auch in ein gutes politisches Management gemündet ist. Es klappt noch nicht mit der Partizipation, dabei ist aber das Bedürfnis da. Achtet bitte darauf, wie Leute, die Bevölkerung angefangen hat – vielleicht hat sie es immer schon getan, aber ich erlebe es jetzt ganz besonders – auch mitzurechnen und aufzurechnen und selbst Prioritäten ganz klar zu artikulieren. Ob zwei oder drei Millionen jährlich in den Flughafen fließen sollen, hat man nein gesagt. Man hat das nicht als Priorität festgelegt. Indessen empfinde ich, dass momentan ganz stark artikuliert wird, dass diese ungefähr gleiche Summe in eine Geburtsstation in einem eh schon eher benachteiligten Tal, die tatsächlich ein Exzellenzmodell ist, gut angelegt ist. Das ist momentan ein Ruf, der aus der Bevölkerung dringt. Ob man dann der Bevölkerung sagen soll, wo es lang geht oder aber als Vertretung des Volkes agieren soll, in diesem Spannungsfeld bewegen wir uns momentan. Es sind jeweils nur Spitzen der Eisberge, ganz klar, aber hier geht es um ein neues Verständnis auch von Politik, Führung und Demokratie. Das ist dieser eigentlich sehr interessante und herausfordernde Moment, den wir hier momentan erleben.

Ich möchte damit schließen, indem ich sage, dass diese Herausforderung, wie wir Demokratie und Politik neu gestalten sollen, eine ist, die nicht nur bei der Landesregierung liegt, sondern etwas ist, wo wir alle gefragt sind. Ich würde mir wünschen, dass wir hier gute neue Prozesse tatsächlich auch anfangen können. Denken wir jetzt, wie wir das vielleicht gut in Zukunft machen können, wenn so große Herausforderungen, Veränderungen vor uns stehen. Wenn wir gerade das Beispiel Sanitätsreform ansehen, dann ist dies ein Beispiel, das wir alle in der Analyse gut bearbeitet haben. Wir hätten, glaube ich, erstmals damit anfangen müssen, einen Konsens darüber zu schaffen, wo das Problem ist. Das ist nicht passiert. Es gibt keinen Konsens in der Bevölkerung darin, auch nicht in der Politik. Wo ist das Problem des Ganzen, das wir beheben müssen? Es wird mit Schlagwörtern gearbeitet, es wird ein Schlingerkurs gefahren. Es gibt immer wieder neue Auswege aus einem Problem, das so nicht geteilt ist. Ich glaube, das ist der Ursprung dieser ganzen Zerreißprobe, die hier seit zwei Jahren geführt wird. Vielleicht hätte man das gemeinsam klarer analysieren und auch klarer kommunizieren müssen. So hat man versucht, etwas zu beheben, das nicht verstanden wurde. Beim Flughafen war es übrigens umgekehrt. Da hatte man, glaube ich, das Gefühl, dass die Politik das Problem nicht verstanden hat, aber auch da sind wir wieder dort, wo Politik und Bevölkerung sich zum Teil nicht verstehen.

Man hätte, zweitens, eine Lösung oder Lösungen mit den Betroffenen erarbeiten sollen. Da gab und gibt es normalerweise die besten Lösungen. Die besten Lösungen liegen immer dort, wo das Projekt ist, wo Menschen am Projekt arbeiten, am Projekt interessiert sind, Expertisen erarbeitet haben. Man muss vom ersten bis zum letzten Moment kommunizieren. Ich glaube, da gab es gravierende Mängel. Wenn man im Krankenhaus aus der Zeitung oder aus den Medien hat erfahren müssen, dass bald geschlossen wird, dann ist das ein gravierender, ein menschlicher, aber auch ein betrieblicher Mangel. Das darf einfach nicht passieren. Es muss dann eine Entscheidung getroffen werden. Diese kann vielleicht auch früher getroffen werden, bevor die Nerven zerrüttet sind, bevor Ängste entstehen und nochmals das Problem dadurch verschärfen, dass es emotional immer stärker auch besetzt ist. Schließlich muss dann möglichst auch noch gemeinsam eine Alternative erarbeitet und vorgelegt und auch hier gut kommuniziert werden.

Das sind jetzt rein vom Prozess her die Mängel, die ich als Beobachterin festgestellt habe und die sich immer noch weiterziehen. Das ist der eigentliche Vorwurf, den ich an die Landesregierung richte, die das eigene Selbstbild sehr wesentlich auf einem guten Management und auf einer guten Prozesssteuerung aufgebaut hat.

Für die zweite Hälfte möchte ich mit einem Glückwunsch schließen, nämlich, dass es in der zweiten Hälfte nochmals besser geht, insbesondere wünsche ich wirklich uns allen – von unserer Seite werden wir ganz sicher daran mitarbeiten –, dass sich die Kluft zwischen Politik und Bevölkerung nicht verbreitert, sondern sich ein Stück

weit verringert. Ansonsten werden wir nicht nur Politik neu denken müssen, sondern irgendwann auch Demokratie. Diese Herausforderung ist, glaube ich, auch für uns zu groß.

BLAAS (Die Freiheitlichen): Danke, Herr Präsident! Einiges habe ich bis jetzt gehört, und zwar viel Altbekanntes, aber auch durchaus neue Aspekte. Einiges fordert aber geradezu meinen Widerspruch heraus.

Beginnen wir bei der Schließung der Geburtenstation in Sterzing, derzeit das aktuellste Thema. Es ist schon bedenklich, dass immer wieder neue Argumente in den ganzen Jahren der Diskussion mit eingeflossen sind. Zuerst war es eine Geldfrage, dann eine Mindestanzahl, die eingehalten werden musste. Dann waren es vier professionelle Figuren, die 24 Stunden anwesend sein müssen. Alles Dinge, die durchaus stimmen können, aber besorgniserregend und vor allen Dingen nachdenklich stimmt mich schon die Tatsache, dass bei den Vorbereitungsgesprächen und bei den Staat-Regionen-Konferenzen niemand aus Südtirol anwesend war. Das heißt jetzt nicht, dass man das Ganze auf immer und ewig hätte verhindern können, aber man hätte Einspruch erheben können. Wenn man anwesend gewesen wäre, dann hätte man sich dagegen stemmen können, dass dieser Tagesordnungspunkt überhaupt behandelt wird, weil er ursprünglich nicht auf der Tagesordnung stand. Das finden wir doch irgendwie beschämend. Wir werden diesbezüglich weiterhin Anfragen stellen, die dann gegebenenfalls für Sie auch ungemütlich sein können, denn es ist nicht ein gutes Zeugnis, wenn ich bei Konferenzen eingeladen bin, diese dann nicht besuche und dann in diesen Konferenzen solche weitreichende Dinge für Südtirol beschlossen werden.

Heute wurde teilweise von der Wirtschaft gesprochen, die zu wenig oder zu viel erhält. Hier gehen die Meinungen auseinander. Meiner Meinung nach hat die Wirtschaft das bekommen, was ihr zusteht. Bei den Lohnabhängigen besteht durchaus noch Nachholbedarf, wir haben das gesehen. Bisher sind die Entlastungen nicht in dem Maße geschehen, wie wir sie eigentlich alle erwarten und erhoffen.

Das Thema Flughafen wurde auch diskutiert. Ich stehe für die 71 Prozent auch aus Überzeugung. Andere sehen das naturgemäß anders. Dass es durch die Parteien durchgeht, haben wir auch gesehen. Wir haben es auch bei den Arbeitnehmern gesehen, deren Vertreter seine Klientel eigentlich vernachlässigt und die Stellvertreterin dafür eingesetzt hat, die konträrer Meinung zu diesem Thema ist. Auch das haben wir gesehen und auch das ist Teil dieser Diskussion. Der Wähler ist mündig. Diesbezüglich gebe ich Ihnen, Frau Foppa, völlig recht, auch für die Abstimmungen. Es geht nicht an, dass man sagt, wie Sie richtig sagen, für die Wahlen als Wähler ist der Wähler in Ordnung. Da trifft er gottlob immer die richtige Entscheidung, bei Referenden nicht. Allerdings muss ich dann sagen, dann für alle Referenden, wenn es um Zuwanderung, um den Bau von Moscheen und dergleichen geht. Auch dann muss man dem Wähler, dem Bürger zugestehen, dass er darüber abstimmt. Es kann nicht sein, dass man sich immer nur Teilbereiche herauspickt und sagt, dass für diese Abstimmung der Wähler gerade noch mündig ist, da kann er gerade noch abstimmen, für andere können wir das nicht machen. Wenn konsequent, dann voll und ganz.

Der Gesetzentwurf, den wir heute behandeln, hat auch die Abfallbewirtschaftung zum Inhalt. Ich möchte wissen, um was es hier konkret geht, denn wenn ich den Gesetzentwurf lese, dann steht dort Folgendes: *"Zur rationellen Bewirtschaftung der Abfälle wird die Landesregierung unter anderem zum Ankauf der Maschinen, Fahrzeuge und aller sonstigen Ausrüstungen für die Abfallbewirtschaftung ermächtigt."* Das wird wohl auch bisher so gewesen sein. Ich sehe hier nichts Neues in diesem Sinne. Dann steht hier, dass die Landesregierung zur Ausarbeitung von gemeindeübergreifenden Studien und Konzepten für die Abfallbewirtschaftung ermächtigt ist. Da der Abfallwirtschaftsplan derzeit unter Begutachtung und kurz vor der Veröffentlichung steht, müssten die Studien und dergleichen abgeschlossen sein. Diesbezüglich werden Sie mir sicher eine Antwort geben.

Was das Müllkonzept und dergleichen anbelangt, bin ich schon etwas überrascht, dass es nach den vielen Versicherungen, die Landesrat Theiner in diesem Raum abgegeben hat, und zwar alles, was Müllimport und dergleichen anbelangt, eine gesetzliche Regelung gibt, die das verbietet. Ich habe von der neuen Bozner Stadtregierung aus dem Munde des Bürgermeisters und seiner SVP, des PD und auch der Grünen gehört, dass man durchaus gewillt sei, Müll aus dem Trentino zuzukaufen und zu verbrennen. Wir haben hier immer wieder vom Landesrat gefordert - er hat es auch immer bestätigt -, dass es den Import so in dieser Form nicht gibt. Plötzlich wird von Bozner Seite, die immer die Opferrolle hatte, ein Zukauf gefordert. Das kann es auch nicht sein. Hier ist Widerspruch total. Es wundert mich, dass ausgerechnet die Grünen - bisher habe ich nichts davon gehört oder keinen großen Aufschrei von dieser Seite gehört - diesem Vorgehen zustimmen können. Das ist für mich neu und das ist alles zusammen sehr verwirrend. Bozen hat in dieser Angelegenheit nicht unbedingt die Zuständigkeit, wünscht sich das aber von der Landesregierung, was hier in diesem Raum immer vehement gefordert wird, nämlich es nicht zu machen und nicht Tür und Tor für Müllimporte zu öffnen.

Zur Zeugnisverteilung und zur Benotung der Halbzeitbilanz. Die Halbzeitbilanz wurde von der Landesregierung und vom Landeshauptmann professionell durchgeführt. Man hat verschiedene symbolträchtige Orte gesucht. Wieso? Weil wahrscheinlich die Inhalte nur mager waren oder die Suppe zu dünn war, musste man das mit den Gegebenheiten, mit den Ortschaften aufpäppeln. Wenn Vertreter der Mehrheit dann noch eine Zeugnisverteilung der Oppositionspolitiker vornehmen, dann muss ich mich eigentlich bei Landesrat Schuler beschweren dahingehend, wieso er mir eine 6 und nicht eine 4+ gegeben hat, wie sie vielleicht Kollege Pöder erhalten hat. Es ist sehr, sehr schmeichelhaft, dass Sie mir eine 6 gegeben haben, aber immerhin. Es ist nie gut, wenn Benotungen vorgenommen werden, aber Bewertungen zur Arbeit durchaus.

Wir haben im Land - das sollten wir auch nicht vergessen, denn das kommt immer erst zu einem späteren Moment zum Vorschein - einen angespannten Wohnungsmarkt. Wir müssen leider feststellen, dass die Gemeinden und die Bürgermeister einen geduldeten Beitragsschwindel leichtfertig hinnehmen. Wieso? Bei den Kontrollen zu den konventionierten Wohnungen wurde festgestellt, dass in durchschnittlich 40 Prozent der Kontrollen in den Gemeinden draußen Unregelmäßigkeiten vorhanden sind, dass nur die Hälfte der Gemeinden dieser Konvention mit der Landesagentur zugestimmt haben. Man will diese Kontrollen nicht, man fürchtet sie wie der Teufel das Weihwasser. Das ist wirklich bedenklich. Ursprünglich hat es immer geheißsen, dass die Gemeinden nicht imstande wären, diese Kontrollen durchzuführen. Das ist durchaus plausibel, aber jetzt, wo es diese Landesagentur gibt und die Landesverwaltung den Großteil dieser Kosten übernimmt, müsste es doch im Sinne der Gemeinden sein, den Mietpreis, den Wohnungsmarkt zu entlasten, denjenigen weiterzuhelfen, die diese Notwendigkeit haben, also die sogenannte soziale Treffsicherheit zu erhöhen.

Mit dem Generationenpakt sind wir eigentlich nicht weitergekommen. 2013 im Wahlkampf groß angekündigt. Mittlerweile sind die Ersten, die sich damals Hoffnung gemacht haben, schon in Pension gegangen. Wir hören hier immer wieder sporadisch die großen Ankündigungen der Landesrätin. Das ist bis jetzt eigentlich nichts als warme Luft gewesen.

Was das schnelle Internet anbelangt, haben wir auch noch einen riesigen Nachholbedarf. Wir setzen mittlerweile das dritte Mal zu diesem Sprung an, das Land endlich mit schnellem Internet zu versorgen. Ursprünglich war es eine Aufgabe der Brennercom. Wir wissen, dass sich diese Firma verabschiedet hat. Mittlerweile steht sie nicht mehr unter der Kontrolle des Landes. Dann waren es die Richtfunkanlagen und zum Schluss war es die Glasfaserkabelverlegung.

Wenn wir jetzt die ganzen Sachen gehört haben, und ich schließe damit ab, dann kann ich nur Folgendes sagen. Wenn Sie, Herr Landeshauptmann sagen, dass Sie den Populismus anderen überlassen, dann sind wir froh, dass Sie uns dieses riesige Betätigungsfeld überlassen.

URZì (L'Alto Adige nel cuore): Farò alcune osservazioni di carattere generale, considerato che questo è un assestamento di bilancio minimalista che può essere valutato come un passo in senso positivo o in senso negativo. In senso positivo per rendere tutto più chiaro, in senso negativo perché non si hanno molte idee o molte cose da aggiustare in corso d'opera rispetto alle necessità di cui invece questa provincia dimostra di avere ampio bisogno. Detto questo, questo è il documento su cui ci tocca discutere. Le misure nel dettaglio saranno trattate nel corso della discussione articolata, ma già nel dibattito generale qualche riferimento è stato fatto alle misure più significative. Ce ne sono alcune che meritano un'attenta considerazione, penso per esempio alla possibilità di esaurire i mutui dei Comuni come quello di Bolzano per poter investire risorse che verranno liberate. Questo è un fatto positivo, forse ci si poteva pensare prima, ma d'altronde era un vulnus della legge che nel tempo è stato evidenziato e sicuramente costituisce un indirizzo importante per il futuro. Ci sono interventi sulla famiglia di ambigua portata, ci sono interventi sui rifiuti rispetto ai quali vanno poste alcune domande, in relazione per esempio a quanto previsto dalla legge sulla possibilità di elaborare studi e concetti sovracomunali per la gestione dei rifiuti. Si deve fare una volta per tutte chiarezza, e questa potrebbe essere la sede giusta per poterlo fare, su due questioni fondamentali. La prima è quella dell'importazione dei rifiuti; sappiamo quanto questo tema si connetta alla capacità di attività dell'impianto bolzanino, e dall'altra parte anche degli interventi – questo tema mi sta particolarmente a cuore – per i quali questo Consiglio provinciale sul finire della scorsa legislatura si era impegnato approvando un ordine del giorno, gli interventi tesi a riconoscere, non che questo sia un sollievo, ma dovrebbe essere considerato un passo dovuto, un intervento economico di alleggerimento della pressione delle tariffe sull'asporto dei rifiuti per i cittadini del Comune di Bolzano, sul quale insiste l'impianto termovalorizzatore, e dei Comuni vicini che si affacciano sull'impianto. Questo tenendo conto di due fattori diversi, il primo quello psicologico, legato al fatto che questa area di prossimità vero il confine meridionale del Comune di Bolzano, che coinvolge anche il comune di Vadena, è una delle aree maggiormente appesantite da strutture di forte, se non impatto ambientale, per lo meno

percezione di impatto ambientale. Pensiamo al termovalorizzatore, la discarica di Ischia-Frizzi, l'impianto per la guida sicura, il depuratore. Quindi esiste la necessità di aprire un ragionamento, e auspico che questo possa accadere prima o poi, in rapporto a quale può essere l'investimento della Provincia a sostegno, a compensazione del disagio subito dal Comune di Bolzano e Comuni vicini Vadena, Laives, Appiano, per citare i principali – di alleggerimento del costo dei servizi connessi all'utilizzo di questi impianti. Se esiste un impianto termovalorizzatore a Bolzano – altri hanno fatto riferimento ai fumi – esistono i filtri; sappiamo che attingiamo a tecnologie di eccellenza, però sappiamo anche che questi rifiuti passano attraverso il traffico veicolare, x numero di camion che quotidianamente portano i rifiuti all'inceneritore di Bolzano, sia che provengano dalla provincia, sia che provengano da quel "napoletano" a cui è tanto affezionato il collega Blaas. Qualunque sia l'origine di quei rifiuti, questi arrivano su gomma, e le gomme passano attraverso le strade del comune capoluogo. Già questo sarebbe sufficiente per dire che c'è bisogno di una politica che tenga conto della necessità di un intervento a sostegno dei Comuni che si accollano l'onere di tenere impianti di interesse provinciale. È possibile avviare questo ragionamento? Io ho presentato un emendamento all'articolo, spero che quella possa essere l'occasione per cominciare a discuterne.

Poi c'è il grande tema che riguarda i rifiuti da fuori provincia di Bolzano. Qui si è giocato molto con l'opinione pubblica, perché si poteva essere chiari fin dal primo momento: facciamo un grande impianto che è sovradimensionato rispetto al bisogno locale, anche perché si va nella direzione di un potenziamento progressivo della raccolta differenziata, quindi della riduzione di scarto da portare o in discarica – questo non avviene più – o al termovalorizzatore, questa è la politica, quindi si è stati poco chiari fin da principio nel non dire che era evidente che quell'impianto avrebbe dovuto servire anche per bruciare rifiuti da fuori provincia. Allora si può essere maledegnamente contrari rispetto a questa ipotesi oppure si può fare un calcolo economico e dire che si può considerare questa ipotesi, rimane il vulnus di informazione verso l'opinione pubblica quando non si è stati chiari fin dal primo momento che questo sarebbe accaduto.

Ritroviamo il tema dell'aeroporto. È inutile che adesso mi metta a fare il vate e con la palla di cristallo indicare quello che sarà in futuro. Sulla base di una serie di percezioni chiare, che traggono riferimento dal percorso che è stato seguito fino ad oggi, sono dell'avviso di poter intravedere un futuro consolidato di un aeroporto vivo, attivo, un aeroporto che comunque continuerà a esercitare la sua funzione. Allora anche su questo dovremmo essere molto chiari: su quanto è stata imbrogliata l'opinione pubblica nel percorso che ha portato al referendum, quando si è voluto spacciare il risultato come il voto a favore del no all'aeroporto quando invece è stato un voto ristretto a quello che era il quesito, quindi sui finanziamenti da parte della Provincia sul piano di sviluppo dell'aeroporto. Quello è stato il voto, non è stato un voto contro l'aeroporto. Certo lo si può leggere anche in questa maniera, certo non escludo che una parte dell'opinione pubblica lo abbia interpretato in questo modo, certo è che oggi, nella previsione degli scenari futuri dobbiamo far riferimento a quello che è stato il voto del referendum, contro un piano di sviluppo ben definito e chiaro della Provincia in un processo di accompagnamento della struttura verso un suo obiettivo che oggi deve essere ridefinito. Quale sarà quindi la destinazione finale di quell'area? Mi pare scontato di poter affermare quello che altri mettevano in dubbio in questa sede, ossia che l'aeroporto non chiuderà, perché oltre a svolgere una sua funzione civile per quanto riguarda il volo turistico, il volo minore in termini generali, è una struttura su cui insistono aree di interesse di pertinenza militare, peraltro strategicamente significative, e che non possono essere in questo momento riconsiderate. L'aeroporto di per sé rimarrà, e su questo dovremo essere molto chiari non solo di fronte a noi stessi e alla nostra coscienza, ma anche di fronte all'opinione pubblica. Possiamo dire con chiarezza che il voto non è stato e non può essere interpretato come un voto contro l'aeroporto, e quindi contro il futuro, contro la mobilità, ma è stato un voto contro un certo progetto politico. E su questo apro una piccola parentesi: è stato un errore da parte della Provincia non assumersi l'onere e la responsabilità di una scelta chiara, perché peraltro questa decisione è avvenuta all'indomani di un turno elettorale dove una maggioranza politica si è costituita sulla base di un proprio programma politico e aveva quindi tutte le condizioni per poter fare scelte altrettanto chiare verso l'opinione pubblica, di responsabilità. Qui andiamo a toccare il grande tema della democrazia diretta, dei suoi limiti o delle opportunità che essa può portare. Ma invece che toccare questo tema della democrazia diretta, mi soffermo sulla responsabilità della democrazia rappresentativa, cioè della capacità di una classe politica dirigente di assumersi delle scelte e la responsabilità di alcune scelte per poi farsi giudicare. E invece questo non è accaduto. Io ovviamente mi schiero nel partito di coloro che sostengono la democrazia rappresentativa prima di ogni altra cosa. Ci sono dei turni elettorali, i cittadini possono andare a votare, possono scegliere i propri rappresentanti, fin tanto che ce lo concederanno anche in sede locale – questo è un riferimento implicito – ma questo accade normalmente nelle democrazie, ci si assume la responsabilità di fare delle scelte mettendoci la faccia. Non si gioca invece la partita scrivendo un progetto di sviluppo e individuando obiettivi per poi, di fatto, non assumersi la responsabilità della scelta e nascondendosi dietro un referen-

dum sul quale c'è stata una speculazione volgare, perché alla fine non si è capito più cosa si stava votando. Si è votato tutto e il contrario di tutto. Se io faccio un sondaggio al di fuori di questo Consiglio, ebbene, da 10 cittadini sono sicuro che riceverò 10 risposte diverse, perché nessuno ha capito ciò di cui si stava votando. Non si è votato contro l'aeroporto. Questo possiamo metterlo come punto di riferimento chiaro. Allora negli scenari futuri io vedo o un aeroporto funzionante con una speculazione di privati che continuerà a farlo funzionare e godrà di questa irresponsabile incapacità di decisione da parte della politica provinciale, quindi godrà di questo percorso che è stato seguito, referendum compreso. Quindi ci saranno speculatori economici che ringrazieranno magari coloro che con grande convinzione hanno sostenuto la campagna per il no, perché avranno fatto un'ottima speculazione economica, oppure avremo una Provincia, come indicato peraltro nelle possibilità di autorevoli colleghi che si stanno impegnando in questo momento sul fronte dell'individuazione degli scenari possibili, una Provincia che tornerà a gestire una società nella quale è parte attiva, e quindi torneremo al punto di partenza, perché più o meno le cose non dovranno modificarsi nella sostanza. È stato bocciato un progetto, non è stato bocciato l'aeroporto, quindi chissà che cosa potrà accadere. Lo vedremo! Io sono convinto che alla fine questa grande nube si diraderà e emergeranno tutte queste contraddizioni. Auspico che tutto questo percorso abbia a completarsi prima delle elezioni provinciali, così almeno potremo dire a cosa è servito tutto questo dispendio di energie, di risorse, di soldi e di ambizioni di tanti cittadini, associazioni, movimenti che si sono messi in gioco convinti di giocare una partita di calcio e invece ne stavano giocando una di baseball.

Certo è un momento di grande transizione quello che stiamo vivendo, tanto che non merita un grande assessment di bilancio come ne abbiamo conosciuti nel passato, ma su questo hanno speso parole importanti i colleghi che mi hanno preceduto, che sono anche membri della terza commissione legislativa, che hanno raccontato i tempi stringenti in cui si è stati costretti a intervenire, tre giorni per presentare la relazione di minoranza, impossibilità di verificare gli atti. C'era stato un impegno serio, una promessa solenne di un cambio, di un rinnovamento all'inizio di questa legislatura. Oggi sono stato anche intervistato su questo, ho avuto molta difficoltà a dare una risposta, perché non vorrei ancora esprimere un giudizio negativo su questa amministrazione, pur essendo io all'opposizione, vorrei ancora auspicare che quel cambiamento promesso in definitiva qualche segno lo dia. C'è stato un profondo rinnovamento con un presidente, Arno Kompatscher, generazionalmente molto diverso rispetto a chi lo ha preceduto, Luis Durnwalder, per questioni di anagrafica, per questioni di percorso politico. C'è un Obmann del partito della Volkspartei, il principale partito di questo nostro territorio, che è giovanissimo, che sta dimostrando capacità, intelligenza, molta energia, ho citato le punte, non voglio far torto a tutti gli altri colleghi che compongono la maggioranza, ma da cui ci aspetteremmo quel cambio generazionale autentico che era stato annunciato come uno dei capisaldi di questa legislatura. Quando durante l'intervista mi è stato chiesto cosa ne penso, non ho detto "peste e corna", che sembra che il ruolo dell'opposizione che deve dire sempre il peggio. Ha ragione il collega Steger quando dice che l'opposizione sia quello di dire sempre il peggio, mentre dovrebbe apprezzare qualcosa. È vero, io ho apprezzato qualcosa, ho citato come esempio un intervento contenuto in questa legge, ma ne apprezzo tante di cose presentate dalla maggioranza, sostengo per quello che posso. Il mio voto, anche se è uno, lo metto a disposizione dell'Alto Adige quando serve ad aiutarlo, però qualcosa manca, qualcosa sfugge di mano, e se ne ha la percezione preoccupante non solo dai grandi temi. Penso, collega Deeg, alla riduzione della spesa pubblica. Il comitato è stato costituito il 25 marzo 2015, si è saputo da un comunicato stampa con foto e intervista, se ricordo bene costerà 400 mila euro, quindi un comitato per tagliare la spesa che costerà 400 mila euro, mettiamolo già in chiaro. Adesso è passato oltre un anno, e stiamo aspettando, se intanto le premesse sono quelle che abbiamo visto, il percorso che sta portando la sanità verso un taglio di servizi avvertiti come essenziali, credo che ci sia da preoccuparsi. I punti nascita sono avvertiti come servizi essenziali, perché è il luogo dove ha inizio la vita e quindi non riguardano terapie di lungo corso, interventi, possibilità di scelta organizzativa, riguardano l'approccio del futuro con la nostra valle di lacrime. Allora dobbiamo avere la necessità di capire queste cose, e quando non si capiscono questi aspetti si dimostra, e questo è quello che temo, uno scollamento forte di una classe politica dal mondo reale. Ha ragione chi prima di me ha detto: evocate il voto popolare sull'aeroporto come l'elemento di riferimento. Basta, non se ne parla più di aeroporto, poi però quando ci sono le piazze delle città come quella di Vipiteno che si riempiranno stasera di gente, chi se ne frega della gente! Allora ci sono voti buoni e voti cattivi, ci sono piazze buone e piazze cattive, quelle che evocano cose importanti, quelle che sono avanti, quelle evocate in quella arringa di forte valore sociologico del collega Dello Sbarba, che cita la rivoluzione francese del passato, e poi ci sono le piazze che contano poco o nulla, quelle che è meglio stiano zitte perché comunque ha ragione la maggioranza. E questo non va bene. C'è un popolo che vale sempre, in ogni caso, a prescindere da ogni decisione.

Ho detto che mi sento molto preoccupato, perché c'è stata un'accelerazione in questo periodo su temi sensibili e gravi che dovrebbe preoccupare chiunque abbia a cuore e abbia la responsabilità di scrivere un futuro per la nostra terra, perché quando solo in poche settimane – e faccio un riferimento che a molti colleghi suonerà indifferente o di nessun tipo di evocazione – ma quando in poche settimane si approva un ordine del giorno che prevede, in un clima di goliardia, che si possa immaginare un percorso per costruire una nazionale di calcio dell'Alto Adige al di fuori della nazionale, quando si prevede, sempre in un clima di simpatica goliardia e con battutine del tutto generiche, senza comprendere la portata delle cose politiche, che si possa tranquillamente cancellare dai testi di legge della Provincia la parola “altoatesino” e che questa debba essere trasformata in “della provincia di Bolzano”, quindi si lascia percepire con grande chiarezza che c'è una sorta di censura verso una identità. Via “altoatesino”, sì “Südtiroler”, quando nell'arco di poche settimane si viene ad apprendere che quella Convenzione che la maggioranza politica ha così fortemente voluto come luogo di partecipazione per la riscrittura dello Statuto di autonomia, poi di fatto se non si occupa della toponomastica che la mandiamo in commissione dei sei, è lo stesso, perché tanto è lo stesso se non va a completamento il percorso di partecipazione sui temi che ci stanno a cuore, lasceremo decidere il sig. Delrio, il sig. Renzi, lasceremo decidere il sig. Bressa di Belluno, che considera l'Alto Adige esclusivamente come il suo pascolo elettorale e null'altro, che ha un solo numero di telefono dell'Alto Adige, quello di via Brennero! Se lasceremo decidere agli altri, decidiamo che è lo stesso, la Convenzione – che deve occuparsi di tutti – però decidiamo che di questo non debba occuparsi, se ne occuperanno in sei, quasi tutti non di Bolzano, e quelli che lo sono forse hanno dimenticato di esserlo. Oppure quando si dice che possiamo avviare un processo di riforma della legge elettorale che prevede di ridurre la forza delle opposizioni per potenziare il valore e la forza della maggioranza, c'è un problema democratico grave. Questo lo dico a quella classe dirigente che voleva rappresentare il nuovo e che invece in questa fase politica sta interpretando una parte che abbiamo già visto nel passato, che è la vecchia parte di una politica portata all'estremizzazione, alla radicalizzazione, alla provocazione, alla riduzione al silenzio di chi non la pensa esattamente come te, di chi non è in maggioranza.

Su questo aspetto intendevo dare questa mia testimonianza. Volevo parlare della democrazia diretta, ma alla fine credo che ci possa rinunciare tranquillamente, perché un accenno l'ho già fatto e non vorrei fare ulteriori danni. Auspico che ci sia la presa di coscienza e di consapevolezza da parte di questa nuova classe dirigente, che voleva rappresentare un salto di qualità della politica in Alto Adige, di come i passaggi che ho citato non sono passaggi ordinari, sono sberle, pugni nello stomaco, sono momenti di provocazione, e io auspico che questa nuova classe dirigente abbia la consapevolezza di capire che le provocazioni sulla cancellazione del nome “altoatesino”, che la trasformazione del tema della toponomastica in un tema da discutere nelle segrete stanze, che il prevedere la provocazione sui temi etnici attingendo come ispirazione a un partito secessionista e profondamente radicale non è la strada giusta per dare un segno di novità in questa terra. C'è veramente bisogno di discontinuità. Siete ancora in tempo per poterlo fare, siamo a metà della legislatura, ma se questi sono i segnali, compresa l'ipotesi della riforma della legge elettorale come se questa provincia non fosse nelle condizioni di avere sufficiente stabilità, se ne avesse la voglia. La collega Artioli una cosa, fra le tante sbagliate, l'ha detta di giusta, ha detto che un partito forte e responsabile la fiducia e la collaborazione deve conquistarsela; non deve, con una legge elettorale, modificare le regole per cancellare coloro che non la pensano allo stesso modo.

Questa è la riflessione profonda che vi invito a fare, perché c'è anche un tema di rappresentanza della comunità linguistica italiana, della minoranza. È ovvio che non mi rivolgo al Partito Democratico, che mi pare da tempo abbia esaurito il suo ruolo di rappresentanza di questa comunità.

ORE 13.01 UHR

ORE 14.30 UHR

Namensaufruf – appello nominale

PRESIDENTE: La seduta riprende.

Continuiamo con la trattazione congiunta dei disegni di legge n. 89/16 e n. 90/16. Do la parola al Presidente della Provincia Kompatscher per la replica.

KOMPATSCHER (Landeshauptmann - SVP): Danke, Herr Präsident! Ich bedanke mich für die vielen Wortmeldungen und Redebeiträge. Im Besonderen bedanke ich mich dafür, dass es in einigen Wortmeldungen

doch eine gewisse Anerkennung für die positive Wirtschaftsentwicklung gegeben hat. Ich sage nicht, dass das nur der Arbeit der Landesregierung geschuldet ist, aber darüber freuen wir uns alle. Wichtig ist es, festzustellen, dass das Ganze kein Selbstzweck ist. Das ist eine Voraussetzung für vieles, auch dafür, dass wir im vergangenen Jahr einen guten Haushalt hatten. Aufgrund dieser Tatsache haben wir auch die Möglichkeit, einen Verwaltungsüberschuss zuzuteilen und neu zu verwenden. Das ist aber auch die Voraussetzung dafür, dass wir im kommenden Jahr wieder einen guten Haushalt haben werden. Das hängt nicht nur mit der positiven Wirtschaftsentwicklung zusammen, sondern auch damit, dass wir das Ganze durch den Sicherungspakt abgesichert haben. Es hat nicht, wie in den vergangenen Jahren, die Situation gegeben, dass man bei dieser Gelegenheit Mindereinnahmen feststellen musste, weil der Staat in die Kassen gegriffen hat. Das kommt nicht mehr vor und das ist von der Rechtsprechung des Verfassungsgerichtes klar dargelegt worden. Wir haben eine positive Wirtschaftsentwicklung und wir haben die Rechtssicherheit. Das sind gute Voraussetzungen, die uns die Möglichkeit geben, noch mehr zu gestalten. Das werden wir dann sehen, wenn wir über den Haushaltsvoranschlag für das Jahr 2017 und über die Maßnahmen, die wir damit finanzieren wollen, diskutieren werden.

Heute diskutieren wir aber über die Rechnungslegung des Jahres 2015. In diesem Zusammenhang sind natürlich jede Menge an Themen erörtert worden, auf die ich jetzt eingehen möchte.

Ein Themenschwerpunkt war das Thema Flughafen. An dieser Stelle möchte ich schon etwas feststellen. Ich habe früher relativ viel Wettkampfsport betrieben, und da lernt man eines, nämlich, dass man mit vollem Einsatz kämpfen muss. Wenn man die Partie aber nicht gewinnt, dann sollte man nicht dem Schiedsrichter, dem Gegenspieler oder irgendwelchen Vorkommnissen die Schuld geben, sondern sich als guter Verlierer erweisen und das Ergebnis akzeptieren. Umgekehrt ist es normalerweise nicht notwendig, eine gute Schule zu haben, dass man sich als guter Gewinner darstellt. Ich habe manchmal schon den Eindruck, dass es eigenartige Interpretationen des Resultats für das Ja gibt. Plötzlich beginnt man von dieser Seite, das Spiel neu zu interpretieren. Das ist eigentlich eine Besonderheit, denn normalerweise machen das die schlechten Verlierer. Ich habe es vermieden, noch einmal die Argumente zu bringen. Ich habe lediglich gesagt, dass es mich wurmt, dass es mir nicht gelungen ist, zu überzeugen. Das ist aber keine Schelte für diejenigen, die gewählt haben. Ich habe nicht überzeugt - das muss ich ganz einfach feststellen -, denn die Mehrheit war vom Gegenteil überzeugt. Jetzt herzuzugehen und zu sagen, dass man das Ergebnis so oder anders interpretieren kann ... Ich glaube schon, dass wir relativ klare Aussagen getroffen haben, und zwar sowohl was das Ja, als auch was das Nein bedeutet. In der Broschüre des Landtages ist klar gesagt worden, dass ein Nein bedeutet, dass sich die öffentliche Verwaltung vom Flughafen zurückzieht. Wenn jetzt also gesagt wird, dass es doch besser wäre, den Flughafen öffentlich weiter zu betreiben, dann ist das für mich schon etwas überraschend, besonders, wenn man dann jene Argumente auf den Tisch bringt, die ich immer genannt habe. Ich lese es so: Wir wollen am liebsten einen nicht funktionierenden öffentlichen Flughafen. Es soll wenig geschehen, aber er soll öffentlich geführt werden. Dann darf er auch etwas kosten. Der Kollege Tinkhauser hat gesagt, dass man dann aber der Ehrlichkeit halber sagen sollte, wie viel er kosten darf. Man wird darüber diskutieren, aber auf alle Fälle ist es schon etwas eigenartig, dass man jetzt damit kommt, denn das war genau die Position der Landesregierung. Wir haben gesagt, dass der Flughafen funktionieren muss, denn sonst lassen sich die Ausgaben nicht rechtfertigen. Das vorgelegte Konzept hat nicht überzeugt. Wir haben immer angekündigt, dass die Konsequenz dann jene sein wird, dass sich die öffentliche Hand zurückzieht, denn öffentlich führen und keine Funktionstüchtigkeit bedeutet Geld verbraten. Das eine oder das andere. Man hat dem Flughafen nicht die Möglichkeit gegeben, sich zu entwickeln. Das sogenannte Mediationsergebnis war das Ergebnis einer Seite. Die andere Seite hat den Verhandlungstisch ja verlassen. Es hat sich dann herausgestellt, dass sich der Flughafen unter diesen Voraussetzungen nicht wirtschaftlich führen lässt.

Der Kollege Knoll hat gefragt, was mit dem Immobilienvermögen geschieht. Das gehört der Flughafengesellschaft, die zu 100 Prozent dem Land gehört. Bei einer Veräußerung der Gesellschaft wird es mitveräußert und muss natürlich auch entsprechend bezahlt werden. Wenn es niemand erwirbt, dann wird die Gesellschaft liquidiert und das Vermögen fällt in Landeshand zurück. Dafür gibt es zurzeit aber keine Pläne, weil man von der Abtretung und davon, dass jemand diesen Flughafen weiterführen wird, ausgegangen ist. Auch wenn das Nein bei der Volksbefragung gewonnen hat, ist der Flughafen nicht plötzlich weg.

Zur Frage des Kollegen Dello Sbarba bezüglich der ausgeschriebenen Arbeiten. Der Ausschreibungsbetrag am 30.8.2013 betrug 13,4 Millionen Euro, ohne technische Spesen und Sicherheitskosten. Es hat einen 40-prozentigen Abschlag gegeben, wobei man dann auf 7,5 Millionen Euro gekommen ist, zuzüglich sämtlicher der Sicherheitskosten, technischer Spesen usw. Insgesamt waren es 20,9 Millionen Euro. Diese Beträge sind in den Jahren 2013 und 2014 von der Bilanz zurückgestellt worden. Ich glaube, dass ich zum Flughafen alles gesagt

habe. Der Artikel ist mehr oder weniger selbsterklärend und schafft die Voraussetzungen dafür, das Ergebnis umzusetzen.

Ein weiterer Themenkreis, über den auch sehr viel gesagt worden ist, ist das Thema Gesundheitsreform, in diesem Zusammenhang im Besonderen das Thema der sieben Krankenhäuser bzw. der Geburtshäuser. Das war selbstverständlich gestern und heute ein zentrales Thema. Ich war übrigens ein bisschen überrascht, dass der Vorwurf des Populismus so sensibel aufgeworfen worden ist, auch in dem Sinne, dass man normalerweise immer der Landesregierung eine gewisse Dünnhäutigkeit vorgeworfen hat. Mich hat also überrascht, dass dieser Vorwurf so getroffen hat. Ich darf aber noch einmal den Zusammenhang erwähnen, in dem er genannt worden ist. Die Opposition hat gesagt, dass die Landesregierung schlecht sei und nichts richtig machen würde. Daraufhin habe ich gesagt, dass mich solche Pauschalurteile nicht besonders berühren und dass ich sie für populistisch halten würde. In Zusammenhang mit dem Krankenhaus ist das Thema noch einmal gekommen, und dass diese Maßnahme unpopulär ist, ist allen klar, auch den Mitgliedern der Landesregierung. Die Argumentation war zum Teil aber sehr populistisch. Man kann natürlich Argumente für das eine und andere finden, aber man sollte nicht nur mit Stimmungen argumentieren, sondern man soll sich an die Fakten halten. Ich versuche nun, diese noch einmal darzulegen. Vielleicht hat es tatsächlich ein Informationsdefizit gegeben, obwohl wir das nicht einfach so salopp entscheiden haben, denn darüber wurde seit zwei Jahren diskutiert.

Zunächst zur Gesamtbetrachtung. Worum geht es bei der Gesundheitspolitik des Landes, bei den Diensten, die wir zur Verfügung stellen wollen und somit beim Ziel der Gesundheitsreform? Es sind die Bereiche der Prävention, der klinischen Betreuung - die Krankenhausedienste - und der wohnortnahen Versorgung im Territorium. In Bezug auf die Krankenhäuser haben wir im Koalitionsprogramm festgeschrieben, dass wir die sieben Krankenhäuser nicht nur erhalten, sondern dahin bringen wollen, dass sie die effektiv notwendigen und wichtigen Leistungen für das Einzugsgebiet qualitativ hochwertig erbringen. Wir wollen sie also weiterentwickeln und sicherstellen, dass sie auch in Zukunft ihre Kunden haben. Die Menschen gehen dort hin, wo die beste Leistung erbracht wird und nicht dort, wo es am nächsten ist. Das ist das Gesamtziel. Es braucht eine Grundversorgung, aber auch Spezialisierungen. Wir haben also erstmals Leistungsprofile für die Grundversorgungskrankenhäuser definiert, indem wir ganz klar festgelegt haben, welche Leistungen in den Grundversorgungskrankenhäusern erbracht werden sollen. Das ist ein ambitioniertes Leistungsprofil, denn wir haben in einigen unserer Strukturen derzeit noch nicht die Voraussetzungen, die Leistungen künftig auf hoher, langfristiger und nachhaltiger Qualität zu garantieren. Das hängt mit dem allgemeinen Ärztemangel, mit dem Mangel an Personal im Pflegebereich usw. zusammen. Darauf aufbauend haben wir dann gesagt, was zusätzlich kommen soll, und wir haben das Ganze auch dadurch gestärkt, indem wir gesagt haben: "Diese operieren nicht mehr einzeln, denn dafür werden sie keine Ärzte finden. Das kann nur in Zusammenarbeit mit dem jeweiligen Schwerpunktkrankenhaus geschehen." Dann kann sich ein junger Arzt/eine junge Ärztin entsprechend weiterentwickeln. Blicken Sie bitte nach Tirol, wo zurzeit dieselbe Diskussion stattfindet. Ich habe vorgestern mit einem Mitglied der Tiroler Landesregierung darüber gesprochen. Ein Krankenhaus, zwei Standorte: Das ist die Diskussion in der Tiroler Landesregierung. Dort wird auch über die Zusammenlegung von Geburtshäusern gesprochen, darunter auch jene von Hall und Schwaz mit großen Geburtzahlen. Ich ersuche also darum, auch das zu berücksichtigen. Dann haben wir noch ein zweites Thema, nämlich die Voraussetzungen für die Prävention und für die wohnortnahe Versorgung zu schaffen. Da geht es vor allem um die Basisärzte, vor allem um die vertragliche Regelung, die zu Fall gekommen ist, nicht weil das Land das gewollt hat, sondern weil eine Gewerkschaft rekurriert hat. Man muss das jetzt wieder Schritt für Schritt aufbauen, wobei fünf verschiedene Gewerkschaften nicht immer an einem Strang ziehen. Der einen passt etwas, der anderen passt es nicht bzw. die will genau das Gegenteil. Deshalb gibt es Schwierigkeiten. Wir arbeiten auf alle Fälle daran und haben inzwischen auch schon wichtige Fortschritte erzielt. Inzwischen gibt es auch eine Neuigkeit, nämlich die neue EU-Arbeitszeitregelung. Die Diskussion in Tirol und in anderen österreichischen Bundesländern hängt ganz stark damit zusammen, weil man dort die Reduzierung auf die 48 Stunden zunächst nicht wahrhaben wollte, ähnlich wie in den römischen Ministerien. Da gab es noch kurz vorher eine Mitteilung an uns, dass das für uns nicht gelten würde. Wien hat es gleich gemacht, aber mittlerweile sind beide Staaten doch ziemlich kalt erwischt worden. Die EU-Arbeitszeitregelung ist einzuhalten. In ganz Europa ist man übrigens auf der Suche nach Ärzten. In Bezug auf die Geburtshäuser gibt es andere Sicherheitsvorschriften, wie es sie bisher gegeben hat, übrigens nicht aufgrund einer politischen Entscheidung in der Staat-Regionen-Konferenz, sondern aufgrund eines Expertenpapiers, das Jahre zuvor erarbeitet worden ist. Wir betrachten das, was wir gemacht haben. Wir haben nicht ganz einfach nach Rom geblickt und in blindem Gehorsam einen Kniefall gemacht, sondern wir haben ein eigenes Komitee eingesetzt, in dem Vertreter aller medizinischen Fachkräfte vertreten sind, die mit dem Thema Geburt zu tun haben. Dieses Komitee hat nicht einmal getagt, sondern hat sich mehrmals getroffen,

um über diese Thematik zu diskutieren. Schon vor Monaten ist die Rückmeldung in Bezug auf diese vier ärztlichen Figuren gekommen, wobei es niemanden gab, der bereit war zu sagen: "Ich unterschreibe ein Gutachten, das besagt, dass wir auf den Pädiater oder auf den Anästhesisten verzichten können." Im Problemfall kommt es auf die ersten zehn Minuten an. Das kommt zum Glück relativ selten vor. Wir reden von etwa einem Prozent der Geburten. Ich sage einmal salopp, dass 90 Prozent die Geburt wahrscheinlich ohne Probleme zu Hause vollziehen könnten, in einem angenehmen Ambiente, mit einer Hebamme. Dann gibt es eben diesen einen Prozentsatz, bei dem es wirklich darum, das Leben der Mutter und des Säuglings zu retten.

STOCKER M. (Landesrätin für Wohlfahrt - SVP): Zwei Prozent.

KOMPATSCHER (Landeshauptmann - SVP): Zwei Prozent sind die Fälle und wenn diese vier Ärzte anwesend sind, dann gibt es eine gute Chance dass es gut ausgeht. Das ist das Ergebnis dieser wissenschaftlichen Studie. So funktionieren die Medizin und die medizinische Forschung. Das ganz einfach von der Hand zu weisen und zu sagen, dass das aus Rom komme, weshalb es ein Blödsinn sei, ... Es kommt natürlich das Argument: "Wir sind ja auch alle auf die Welt gekommen, und dabei ist möglicherweise nur die Hebamme anwesend gewesen." Ich bin der Sohn einer Hebamme, die mich im ehemaligen Altersheim von Völs auf die Welt gebracht hat. Aus dem Gutachten geht nicht hervor, dass wir die Geburtsabteilung von Sterzing schließen sollen. Es ist betont worden, dass auch die Experten in Südtirol der Auffassung sind, dass das Sinn macht. Wir haben in Bezug auf den Gesundheitsschutz keine primäre Gesetzgebungsbefugnis und können nicht sagen, dass wir andere Standards haben. Wir haben schon maßgebliche Personen mit diesem Gutachten betraut, darunter auch einen Primar, der in Sachen Neonatologie die Verantwortung für das ganze Land hat. Wir haben dann eine Entscheidung treffen müssen, und zwar in einer Situation, in der wir einen generellen Ärztemangel haben, so wie ihn andere Länder auch haben. In Bezug auf die Verfügbarkeit des ärztlichen Personals in der Geburtsstation haben wir in Bruneck, Brixen, Sterzing und Schlanders Probleme, während die Krankenhäuser Bozen und Meran die notwendigen Voraussetzungen erbringen können. Die Berechnungen sind unter Berücksichtigung des ärztlichen Personals für die Leistungsprofile gemacht worden. Natürlich kann man in den nächsten Monaten die Standards überall erfüllen und das wird auch gemacht. Das hat auch Sterzing gemacht und muss jetzt auch Brixen, Bruneck und Schlanders machen. Es müssen zusätzliche Werkverträge für die sogenannten "gettonisti" abgeschlossen werden, die für einen oder zwei Monate kommen. Die einen sagen, sie kommen am Wochenende von Innsbruck. Andere sagen, sie kommen für diese oder jene Nachtstunden. Wir müssen es also so zusammenschustern. Das ist kein Vorwurf an irgendjemanden, schon gar nicht an das Krankenhaus Sterzing, das sich hier wirklich sehr bemüht hat und sehr aktiv war. Das alleine reicht aber noch nicht. Man muss dann auch noch Einschränkungen bei der Erbringung der anderen Dienste machen. Dann ist eben der ambulatorische Dienst für einen bestimmten Bereich nur zwei Tage in der Woche offen, weil die Ruhezeiten einzuhalten sind, beispielsweise dann, wenn der Pädiater Nachtdienst gemacht hat. Das ist nicht unser Ziel. Wir haben versucht zu bewerten, welche Dienste wirklich wichtig sind. Wie oft gehen die Menschen in die Krankenhäuser? Was ist wohnortnah unbedingt notwendig? Da geht es vor allem um die Betreuung der werdenden und gewordenen Mütter. Die Geburt ist eine Geschichte, die sich einen Augenblick später einreihet. Da mag es das Bauchgefühl, die Sensibilität und Verbindung mit dem Ort, an dem man seine Kinder auf die Welt gebracht hat oder an dem man selbst geboren sind, geben, aber die nüchterne Betrachtung sagt, dass die Leistungsprofile zu erfüllen sind. Diese sind gemeinschaftlich erstellt worden und werden auch nicht in Frage gestellt. Wir haben also große Schwierigkeiten, das langfristig aufrecht zu erhalten. Sterzing hat jetzt Pläne vorgelegt, dass sie den Dienstplan mit Werkverträgen für drei Monate erstellen können. Das kann aber kein Dauerzustand sein, vor allem, weil man gleichzeitig vom Ziel, die anderen Dienste voll ausgelastet zur Verfügung zu stellen, abgehen muss. Wo haben wir ein großes Problem im Gesundheitswesen? Hinsichtlich der Wartezeiten, die wir mit einer solchen Politik nicht verkürzen. Das Thema ist sehr gefühlt und populär, aber ich ersuche darum, einmal eine Gesamtbetrachtung vorzunehmen. Dann kommt die Aussage, warum die Geburtsabteilung von Sterzing geschlossen werden müsse, nachdem man dort besser dran sei als in Brixen. Man muss schon auch sagen, wie viele Geburten es in Brixen gibt – aktuell 800, wenn ich mich nicht täusche - und wie viele in Sterzing, wie groß das Einzugsgebiet und die Erreichbarkeit ist. Bezüglich Schlanders wurde von den Experten in Anbetracht der Tatsache, dass man vom hintersten Langtaufferer Tal bis Meran ziemlich lange fahren muss, eine Ausnahmegewilligung in Erwägung gezogen. Die ärztlichen Figuren müssen aber immer gestellt werden. Bezogen auf das Einzugsgebiet hat Schlanders mehr Geburten als Sterzing. Sterzing hat auch Geburten von Müttern aus den restlichen Landesteilen gehabt, was mit dem Angebot zusammenhängt. Das geht soweit, dass auch der Partner bzw. Ehemann dort übernachten kann. Das sagt aber nichts über die Qualität des medizinischen

Dienstes aus. Die Beliebtheit ist ein anderer Wert. Die Geburtsstation in Sterzing war und ist beliebt, aber das ist keine Aussage über die Qualität. Wir wollen fünf Geburtsstationen aufrecht erhalten, und zwar so aufgeteilt, dass es für niemanden lange Fahrzeiten gibt. Die maximal zugemutete Fahrzeit für die Wipptaler nach Brixen ist nicht länger als für jene, die viele in anderen Bereichen zurückzulegen haben. Wenn man die Stadt Bozen mit dem Auto durchqueren muss, dann hat man fast gleich lang Arbeit wie andere für die gesamte Anreise, aber das ist ein Verkehrsproblem der Stadt Bozen. Deshalb haben wir uns für Sterzing entschieden. In Sterzing hat es 153 Geburten von Müttern aus dem Wipptal gegeben. Die restlichen stammen übrigens nicht alle aus Südtirol, sondern von auswärts, bei denen wir als Land Südtirol dann auch ordentlich draufzahlen, weil wir nicht die Kosten rückerstattet bekommen, die wir pro Geburt haben. Wir haben das also in dieser Optik gemacht, wobei uns der Wunsch der Bevölkerung im Wipptal natürlich nicht egal ist. Warum sonst haben wir jetzt zwei Jahre darüber diskutiert? Der Wunsch manifestiert sich ganz offen an der Geburtsstation, aber ich wage zu behaupten, dass im Wipptal eine Grundsorge mit dabei ist, die wir sehr ernst nehmen. Diese Grundsorge hat der Kollege Heiss angesprochen, nämlich die Sorge, in der Peripherie abgehängt zu werden und den Identifikationspunkt Krankenhaus zu verlieren. Wir stärken das Krankenhaus Wipptal durch diese Reform, weil wir all die Dinge festschreiben, die wir auch langfristig garantieren können. Die Orthopädie im Krankenhaus Sterzing wird auch in Zukunft nicht jener eines Grundversorgungskrankenhauses entsprechen, sondern sie wird nahezu Schwerpunkt-Krankenhaus-Niveau haben. Wir wollen dort Kompetenzen halten und sehen dadurch das Wipptal gestärkt. Ganz nebenbei gibt es auch die Entscheidung zur Neuro-Reha, für die zusätzliche Betten und entsprechendes Personal zur Verfügung gestellt werden. Bei den Geburtsstationen stellt es sich eben anders dar.

Es ist dann auch nach der Alternative gefragt worden. Es gibt eine Arbeitsgruppe des Landes, die sich schon seit einer gewissen Zeit mit der Fürsorge und dem Thema "Mutter/Kind vor, während und nach der Geburt" beschäftigt. Vor und nach der Geburt gibt es zurzeit Dienste mit unterschiedlicher Qualität. In Bozen gibt es diesbezüglich einiges an Diensten, während es in anderen Landesteilen relativ wenig gibt. In Innichen hat man das jetzt aufgebaut, wobei aber noch einige Entscheidungen zu treffen sind. Wir wollen die Standards überall sehr hoch halten. Sie haben keine Ahnung über den Shitstorm, der mich zurzeit via Internet erreicht. Der bezieht sich ganz stark auf meine Kinder und auf meine Frau. Wir waren nie in der Marien-Klinik, sondern in einem ganz normalen Stationsbett im Krankenhaus Bozen. In Bozen befindet sich die Toilette übrigens noch auf der Etage, im Unterschied zu allen anderen Krankenhäusern. Wie gesagt, wir haben das Ziel, diesen Dienst in den Krankenhäusern anzubieten. Wer das begleitet hat – ich habe es ein paar Mal getan –, der weiß, wie oft man zu Vorsorgeuntersuchungen gehen muss, insbesondere dann, wenn es Probleme gibt oder Probleme geben könnte. Es geht um Ultraschall-, Blutuntersuchungen und weiteres mehr. Das wird es in Sterzing auch in Zukunft geben, genauso wie auch in den anderen Grundversorgungs-Krankenhäusern geben. Dasselbe gilt für die Nachbetreuung, und das ist besonders wichtig. Das andere wird sehr stark gefühlt, und das muss man ernst nehmen, aber wir sind als Regierung und als Mitglieder des Landtages aufgefordert, das Ganze nüchterner zu betrachten. Das heißt nicht, dass man die Menschen nicht ernst nimmt. Das würde ich mir nie erlauben. Ich mache mir die Mühe und versuche zu erklären, warum wir gewisse Entscheidungen treffen, die letztendlich in einer Gesamtbetrachtung die richtigen sind.

Zur Aussage, dass die Peripherie ausgehöhlt würde, möchte ich noch ein Datum erwähnen. Es hat geheißen, dass alles zentralisiert würde. Ich lade Sie ein, sich den Vorschlag des Landesgesundheitsplanes anzuschauen. Dort gibt es eine Zahl, die sich auf die Betten pro Einwohner des Einzugsgebietes bezieht. Wo stehen die Betten in Zukunft? In der Peripherie. Am wenigsten Betten pro Einwohner werden auch in Zukunft in Bozen stehen, dann folgen Meran, Brixen und die anderen. Das ist also keine Aushungerung der Peripherie. Betten stehen immer in Zusammenhang mit ärztlichem Personal und mit Pflegepersonal. Wir haben die Betten so kalkuliert, dass sie nicht nur für die dort ansässige Bevölkerung reichen, sondern auch für Leute, die aus anderen Landesteilen dorthin gehen. Das wollen wir beibehalten. Wenn schon, dann müssten sich also Bozen und Meran aufregen. Wir hoffen, dass sie es nicht tun. Das ist die Politik, die wir für die Peripherie machen, und dazu stehen wir. Das ist eine gezielte Politik für den ländlichen Raum.

Ich komme nun zu den anderen Themen. Europa, Europaregion Tirol, Brexit und Renationalisierung habe ich mir aufgeschrieben. Da brauche ich keinen großen Vortrag zu halten. Wir alle stellen mit Sorge fest, dass in Europa zurzeit nicht alles rund läuft. Es gibt vielleicht unterschiedliche Betrachtungsweisen, wer oder was daran Schuld und was zu tun sei, aber auf jeden Fall ist das keine gute Entwicklung. Die EU ist gefühltermaßen weit weg von den Bürgerinnen und Bürgern und wird als etwas empfunden, was mehr Probleme schafft, als Lösungen bringt. Es gelingt nicht mehr zu vermitteln, dass es doch auch dieser EU zu verdanken ist, dass wir in Europa Frieden, Wohlstand und Sicherheit haben. Es ist nicht alles perfekt, aber ohne sähe es schlimmer aus. Die Dis-

kussion in Europa läuft, wobei ich davon überzeugt bin, dass das Thema Europa der Regionen, das in den 90-er Jahren sehr viel Wind in den Segeln hatte, dann aber doch durch eine andere Vision von Europa zurückgedrängt worden ist, jetzt wieder in die Debatte zu werfen ist. Wir sollten die ersten sein, die das tun, wobei ich hoffe, hier im Saal viele Mitstreiter zu haben.

An das Thema Europa schließt sich natürlich das Thema der Flüchtlinge an. Der Kollege Heiss hat angesprochen, dass das das Thema des 21. Jahrhunderts bzw. zumindest einmal der ersten Hälfte davon ist. Weiter hinauszublicken, ist vielleicht doch etwas wagemutig. Deshalb gilt es, jetzt Lösungen für die aktuelle Situation zu finden und gleichzeitig daran zu arbeiten, wie man das Phänomen insgesamt halbwegs bewältigen kann. Ich beginne mit dem längerfristigen Ziel, wo es gilt, Flüchtlingsursachen zu bekämpfen, denn nur das kann langfristige Lösungen bringen. Da geht es nicht nur um Kriege, die irgendwann enden, sondern auch um Ungleichheit, Armut und um den Klimawandel, der das Ganze befeuert. Das sind große Herausforderungen. Wir tun unseren kleinen Teil dazu und haben im letzten Jahr die Mittel für die Entwicklungszusammenarbeit verdoppelt. In der letzten Woche haben wir in der Landesregierung entsprechende Ausschreibungen genehmigt, bei denen es um Projekte im Bereich der Sahel-Zone im Bereich Trinkwasser- und Landwirtschaftsversorgung geht. Wir haben zumindest einen Schritt gemacht, wobei wir natürlich nicht sagen können, dass wir damit unsere Schuldigkeit getan haben.

Etwas anderes ist die kurzfristige Situation. Zurzeit herrscht eine relative Ruhe, wenngleich man sagen könnte, dass es die Ruhe im Auges Orkans sein könnte. Es ist gelungen, dem Problem mit Zäunen Herr zu werden. Kein Zaun hält Menschen auf, die die Wüste überquert haben. An den Routen in der Wüste gibt es inzwischen Berge von Leichen von Menschen, die dort elend zugrunde gegangen sind. Diejenigen, die es schaffen, lassen sich teilweise von den Schleppern versklaven, um das abzahlen zu können und nehmen dann die lebensgefährliche Fahrt in einem Boot im Kauf, um dann in Süditalien zu landen und nach Norden weiter zu gehen. Es wäre ein bisschen eigenartig, wenn sie dann vor einem Maschendrahtzaun stehen würden und sie wieder umkehren müssten. Das ist eine Symbolik, die vielleicht zur Beruhigung der Bevölkerung dient, aber es ist kein Lösungsansatz für das Problem. Ich betone noch einmal, dass ich vollstes Verständnis für die Haltung der Republik Österreich habe, die sagt, dass es nicht sein könne, dass zwei, drei Staaten letztlich alleine die Last tragen. Das Rezept habe ich allerdings für das falsche gehalten, wenngleich es bewirkt hat, dass diskutiert worden ist. Zum Glück ist es am Ende aber gelungen, zu sagen, dass es eine Zusammenarbeit braucht. Die nächste Herausforderung ist jene, Italien nicht alleine zu lassen, denn es kann auch nicht sein, dass Italien die Last alleine trägt. Die Ost-Route ist zwar nicht zu, aber Anzahl der Flüchtlinge, die über sie kommen, ist doch wesentlich zurückgegangen. Die Mittelmeer-Route ist zwar auch nicht explodiert, wie manche befürchtet haben, aber sie ist aktiv. Italien wird das nicht ewig aushalten können, denn es wird sehr bald in der Situation, wie es Deutschland und Österreich war. Italien hat zudem das Problem, dass es am Mittelmeer liegt. Hier ist die internationale Staatengemeinschaft gefragt.

Die Kollegin Martha Stocker ist mit der Aufgabe betraut, die Personen, die sich bei uns im Land aufhalten, vorzunehmen und Unterkünfte zu suchen. Ich muss schon feststellen, dass die Zivilcourage unserer Leute in den Gemeinden draußen manchmal schon etwas zu wünschen übrig lässt. Es ist verdammt noch mal unsere Pflicht, dass wir unsere Aufgaben bewältigen. Es gibt Menschen, die das gut machen und auch gut damit fahren. Das ist nicht eine Politik des "Kommet alles zu uns", sondern wir müssen das tun, was jetzt zu tun ist. Wir müssen zusätzliche Unterkünfte finden und die Integrationsleistung für jene erbringen, die das Asylrecht anerkannt bekommen. Für die anderen ist eine entsprechende Rückführung vorgesehen. Bevor es mit der Rückführung aber funktioniert, gehen in der Tat viele in die Illegalität. Zunächst gibt es eine Rekursmöglichkeit gegen die erstinstanzliche Entscheidung, aber gegen die letztinstanzliche Entscheidung ... Jene, die in die Illegalität gehen, gehen in die Städte, und zwar nicht so sehr nach Bozen, sondern in die großen Städte vor allem Norditaliens. Das ist eine Photographie der Situation ohne Bewertung. Auch dieses Thema ist in den Griff zu bekommen, aber dafür braucht es Abkommen mit den Herkunftsstaaten. Auf die Frage, ob sich nicht Kollege Achammer darum kümmern sollte, muss ich mit einer Gegenfrage kommen, nämlich mit welcher Struktur? Für die Integration ist richtigerweise Landesrat Achammer zuständig, der auch für Bildung und Kultur zuständig ist. Zunächst geht es aber um die Betreuung von Menschen, und dieser Teil ist im ersten Moment wesentlich herausfordernder. Für die Aufnahme der Menschen braucht es entsprechende Strukturen des Sozialressorts. Wenn schon, dann müsste man dem Kollegen Achammer das Soziale übertragen. Sonst würde das nicht funktionieren. Der Vorschlag ist gut gemeint, aber wir haben zunächst diese Geschichte zu bewältigen.

Zur Mülldeponie. Kollege Knoll, ich habe mich beim Kollegen Theiner erkundigt. Bei anstehenden Sanierungen wird überprüft werden, inwieweit der von Ihnen gemachte Vorschlag zum Tragen kommen kann. Das ist theoretisch und praktisch durchaus möglich, aber das muss von Fall zu Fall festgelegt werden. Es ist Teil der ge-

setzlichen Grundlage, die entsprechenden Prüfungen vorzunehmen. Der Kollege Blaas hat in diesem Zusammenhang nicht ganz zu Unrecht gesagt, dass wir das wohl auch in Vergangenheit so gemacht haben werden. Sie haben vollkommen Recht. Wir haben es jetzt nur mit einer sauberen gesetzlichen Grundlage unterlegt. Selbstverständlich müssen wir weitere Studien machen und Gesamtkonzepte entwickeln. Das Konsumverhalten der Menschen ändert sich, Technologien und Transportwege ändern sich usw. Deshalb muss man schauen, wie die Maßnahmen greifen.

Das Thema Eisenbahn und Befreiung von der GIS wurde von mehreren Abgeordneten angesprochen. Einmal geht es um das Gleichgewicht dieser Operation, wobei es auch eine Frage davon ist, wie viel die Grundstücke und wie viel der Bahnhof wert ist. Der neu gebaute Bahnhof hat einen bestimmten Wert, aber auch die Grundstücke. Das aus dem Gleichgewicht zu bringen, würde bedeuten, dass es von Seiten eines wichtigen Vertragspartners kein Interesse mehr geben könnte. Der Kollege Heiss hat gemeint: "Es könnte ja sein, dass jemand den Schlaun spielen will und sagt, dass das Eigentum die Eisenbahn behalten soll und dafür GIS-befreit ist!" Das ist legitim, aber Sie haben gesehen, dass ein doppelter Sachverhalt drinnen ist, der die Geschichte ändert. Entweder es gibt eine Umwidmung oder eine Fertigstellung. Wenn das Datum der Fertigstellung um ein Jahr überschritten wird, dann ist die GIS sowieso zu bezahlen. Dann kann auch RFI Eigentümer bleiben.

Der Kollege Leitner hat nach der Stiftung Vital gefragt. Wir haben seinerzeit einen praktischen Fehler gemacht. Die Stiftung Vital ist geschlossen worden, aber man hatte die offenen Rechnungen noch gar nicht bezahlt. Natürlich hatte man auch keinen Abfertigungsfonds zur Verfügung. Das sind in Summe diese 430.000 Euro. Wir haben jetzt nur so lange gebraucht, das auch in den Haushalt einzubauen.

Post und Bahn. Hier sind die Bemühungen ganz konkret, auch in Bezug auf die vom Kollegen Leitner angesprochenen Sachverhalte. Bezüglich der Post habe ich erst jüngst erläutert, wie wir dort vorgehen wollen. Dasselbe gilt natürlich für die Bahn. Ich habe mich vorgestern mit dem Geschäftsführer der italienischen Staatsbahnen unterhalten. Wir haben nämlich letzthin das Problem, dass es für die Ausbildung der Eisenbahner keine deutschsprachigen Bewerber gab, weil die Matura verlangt wird. Ich habe jetzt aber die konkrete Zusage, dass man hier eine Sonderregelung erlassen will und auch andere Qualifikationen reichen. Das ist ein Punkt, aber wir sind an diesem Thema dran.

Forschung und Entwicklung. Kollege Tinkhauser, ich kann Ihnen nur zustimmen, wenn Sie sagen, dass wir diesbezüglich immer noch Nachholbedarf haben. Wir werden aber nicht mit Geld um uns werfen. Wir haben das Budget und die Privaten sollten es auch haben. Man muss aber die Voraussetzungen schaffen, um das Geld ausgeben zu können. Da sind wir im Rückstand. Man braucht Menschen dafür, aber auch die Disposition. Hier geht es auch darum, die Unternehmen insgesamt weiterzubilden, und wir werden auch dafür Mittel einsetzen, damit die Bereitschaft für Forschung und Entwicklung vorhanden ist. Sonst wird uns der Markt abhängen. Wie gesagt, die Mittel wären vorhanden. Allerdings können manche unserer Forschungsinstitute die Mittel zurzeit nicht ausgeben, was uns auch lieber ist, als sie für minderwertige Projekte hinauszuschmeißen. Es gelingt nicht, die entsprechenden Personen zu finden, um das umzusetzen. Wir müssen eine kritische Masse erreichen, und bis dahin ist es sehr schwerfällig.

INPS und INAIL. Kollege Renzler, das ist ein äußerst komplexes Thema. Es geht um die Übernahme dieser Bereiche.

Der Kollege Renzler hat nach den Kosten für die 20 Stellen gefragt. Im Abänderungsantrag ist die finanzielle Deckung ausdrücklich vorgesehen. Es sind 941.000 Euro, was bei 20 Personen durchschnittlich 47.000 Euro – brutto – pro Person bedeuten. Das sind doch einige Mitarbeiter in höheren Führungsfunktionen, aber nicht alle.

Kollegin Atz Tammerle, die Aussage, dass wir die Mütter dazu zwingen würden, ihre Kinder in Fremdbetreuung zu bringen, ist mit aller Vehemenz zurückzuweisen. Es wird immer von Wahlmöglichkeit gesprochen, und wir schaffen die Voraussetzungen, dass man auch diese Wahl treffen kann. Meistens ist es keine Wahl, sondern eine Notwendigkeit. Ich stimme der Kollegin Atz Tammerle zu, wenn sie sagt, dass die allermeisten Menschen ihre Kinder gerne selbst betreuen würden, aber viele schaffen das nicht, weil sie die finanziellen, familiären und persönlichen Voraussetzungen nicht haben. Deshalb ist es unsere Pflicht, die entsprechenden Strukturen zur Verfügung zu stellen. Das ist nicht eine EU-Geschichte, denn dort sind es 33 Prozent. Wir gehen in Richtung 15 Prozent als Angebot. Wir zwingen niemanden, sondern wünschen uns, möglichst viele Menschen in die Lage zu bringen, Zeit mit ihren Kindern zu Hause zu verbringen. Dann muss aber noch sehr vieles besser funktionieren, auch im familiären Verbund, auf der sozialen Ebene und in der Nachbarschaftshilfe. Wir dürfen die Augen nicht vor der Realität verschließen, sondern müssen Hilfestellungen leisten.

Kollege Blaas, nur ein Hinweis. Die Brennercom ist in Landeskontrolle, immer noch. Der Versuch des Rausschmisses hat ja nicht funktioniert. Wir haben immer noch die Mehrheit und diskutieren zurzeit über die Teilung. Wir haben uns aber noch nicht geeinigt. Wir haben definiert, was uns an der Brennercom interessiert und haben entschieden, nicht langfristig Telekommunikationsdienstleister sein zu wollen bzw. zu können. Öffentliche Verwaltungen können das nicht tun. Deshalb müssen wir also heraus.

Die Verfassungsreform ist mehrmals angesprochen worden. Über diese werden wir uns hier unterhalten, aber auch auf anderen Ebenen. Wir werden uns auch in den Parteien der Regierungsmehrheit darüber unterhalten. Ich ersuche nur darum, eine sachliche und nüchterne Herangehensweise zu wählen. Was ist unsere Position, unsere Situation, unsere Rechtssicherheit und unser Entwicklungspotential für den Ausbau der Autonomie? Das sind die Fragen, die uns interessieren. Es kann unsolidarisch klingen, aber uns hat in diesem Zusammenhang nur nachgereicht zu interessieren, was mit den anderen Regionen geschieht. Natürlich ist das Thema Zentralismus mit den anderen Regionen vorhanden. Das ist in der Betrachtung unserer Situation mit einzubeziehen. Was bedeutet es, wenn das Umfeld zentralistischer wird? Ich lade sich ein, sich die Rechtsprechung seit dem Jahr 2001 anzuschauen und wie in dieser föderalistischen Reform 2001 mit den Regionen umgegangen worden ist. Schauen Sie sich auch die Rechtsprechung bis zum Jahr 2001 an, wie damals mit uns umgegangen worden ist. Sie können sich natürlich Ihre Meinung bilden, aber das ist für uns die bessere Variante. Status Quo oder Perspektive? Bei der Perspektive brauchen wir nichts schön zu reden, sondern wir müssen sie genauso nüchtern betrachten. Wir haben die Aufgabe, noch weitere Voraussetzungen zu erarbeiten, damit sowohl die Status-Quo-Variante, als auch die Perspektive für uns gut sind. Das hat ganz besonderes mit Österreich, mit der Streitbeilegungserklärung und mit unseren verbrieften Rechten zu tun, die sowieso nicht angerührt werden dürfen. Wir müssen sicherstellen, dass es nicht nur potentiell einklagbar ist, denn das ist uns zu wenig. Die berühmte Käseglocke, die man darüberstülpt, um etwas so zu bewahren, wie es ist, wird so oder anders nicht funktionieren. Es braucht auf jeden Fall eine Strategie, die in die Offensive geht und nicht aus der Defensive heraus agiert, unabhängig davon, ob mit der Verfassungsreform aus dem Jahr 2001 oder mit der Verfassungsreform Renzi/Boschi. Derzeit stellt es sich so dar, dass eine Offensive mit der Verfassungsreform Renzi/Boschi eher möglich ist, und zwar im Sinne von kein Risiko nach hinten zu fallen, um nach vorne zu kommen, als mit der Verfassungsreform aus dem Jahr 2001. Das bitte ich, ganz einfach nüchtern verfassungsrechtlich zu bedenken.

Schlussbemerkung. Wir sind bei den Haushaltsdaten, die positiv sind. Es geht darum, die richtigen Entscheidungen zu treffen. Der Kollege Renzler hat gemeint, dass es Zeit wäre umzuverteilen, was ich aus seiner Position heraus verstehe, aber man muss zunächst schon sehen, welches im Sinne der Bürgerinnen und Bürger die richtigen effizienten Maßnahmen sind. Wir werden im nächsten Jahr für den Bereich Gesundheit wahrscheinlich 40 Millionen Euro mehr ausgeben. Es wurden zusätzliche Stellen geschaffen, die Kosten für die Medikamente steigen usw. Wir werden im Bereich der Bildung keine sinkenden Kosten haben. Es wird auch dort zusätzliches Personal brauchen. Wir haben in der öffentlichen Verwaltung mehr Kosten, da wir einige Einigung in Bezug auf den wirtschaftlichen Teil des bereichsübergreifenden Kollektivvertrages erzielt haben. Natürlich haben wir noch Spielräume, wobei wir auch einige Investitionen tätigen werden. Da geht es um Schulbauten, Sanitätsbauten, Bauten im Sozialbereich usw. Es sind einige Strukturen fertig zu stellen. Wenn wir über Steuern reden, so haben wir ja einen Beschlussantrag angenommen, der die Abschaffung des IRPEF-Zuschlages zum Inhalt hatte. Wir kassieren dort noch 14 Millionen Euro, haben ihn im Prinzip also schon abgeschafft. Wer zahlt den IRPEF-Zuschlag noch? Zu einem großen Teil Besserverdiener. Familien mit geringen und mittleren Einkommen sind inzwischen vom IRPEF-Zuschlag befreit. Vielleicht sollten wir uns gemeinsam überlegen, ob es sozialer ist, wenn wir die Mittel im Bereich von Leistungen oder im Bereich von anderen steuerlichen Situationen einsetzen. Darüber werden wir noch zu diskutieren haben.

Ich bedanke mich für Ihre Geduld beim Zuhören, für die konstruktive Kritik und auch dafür, dass Sie doch nicht so dünnhäutig sind und auch einmal das Umgekehrte erleben, nämlich, dass die Regierung die Opposition kritisieren darf.

PRESIDENTE: Passiamo ora alla trattazione degli ordini del giorno.
Consigliere Steger, prego.

STEGER (SVP): Herr Präsident, ich ersuche Sie um eine Unterbrechung der Sitzung für eine halbe Stunde, um die Tagesordnungen zu überprüfen.

PRESIDENTE: Va bene. La seduta è interrotta.

ORE 15.35 UHR

ORE 16.00 UHR

PRESIDENTE: La seduta riprende.

Comunico che l'ordine del giorno n. 3 è stato sostituito e che l'ordine del giorno n. 6 è stato ritirato.

Ordine del giorno n. 1 dell'8/7/2016, presentato dal consigliere Zimmerhofer, riguardante autonomia impositiva per la Provincia di Bolzano.

Tagesordnung Nr. 1 vom 8.7.2016, eingebracht vom Abgeordneten Zimmerhofer, betreffend Steuerhoheit für Süd-Tirol.

Dato che la Provincia di Bolzano tramite diversi accordi finanziari (accordo di Milano, accordo Kompatscher/Renzi) ha definito i margini di manovra della Provincia nei confronti dello Stato per quanto riguarda i rapporti reciproci in materia di entrate fiscali e partecipazione al risanamento del debito pubblico, ora è tempo di chiedere una vera autonomia impositiva per la nostra Provincia, e dovrebbe anche essere possibile ottenerla. In seguito al patto di garanzia tra Roma e Bolzano rimangono in Provincia non più di 8/10 del gettito fiscale contro i 9/10 di un tempo.

L'autonomia impositiva riguarderebbe tutti i settori rientranti nell'ambito fiscale.

Un'autonomia di questo tipo significherebbe più certezza nella programmazione e più stabilità. Inoltre ne uscirebbe rafforzata anche la competitività delle nostre aziende rispetto a quelle dei Paesi vicini, almeno per quanto riguarda il carico fiscale e i costi dell'energia.

Ma autonomia impositiva per la Provincia di Bolzano significa anche più qualità nell'amministrazione, più trasparenza e più attenzione per le esigenze dei cittadini in virtù sia del decentramento sia del maggiore rispetto del bilinguismo.

Lo stesso partito di maggioranza ha chiesto l'autonomia impositiva per la Provincia di Bolzano nel contesto della piena autonomia. Si tratta di una rivendicazione che è anche al centro della Convenzione per l'autonomia, il consesso che si occupa attualmente del futuro di questa terra.

Ciò premesso,

*il Consiglio della Provincia autonoma di Bolzano
sollecita la Giunta provinciale*

a creare i presupposti necessari affinché la Provincia di Bolzano ottenga l'autonomia impositiva (competenza in materia di riscossione di imposte e tributi inclusa la sovranità per quanto riguarda la legislazione, le entrate, l'amministrazione e la giurisprudenza;

a relazionare entro un anno il Consiglio provinciale sullo stato di attuazione di quanto sopra.

Nachdem Süd-Tirol über die verschiedenen Finanzabkommen (Mailänder Abkommen, Finanzabkommen Kompatscher/Renzi) jene finanziellen Grenzen des Landes mit dem Staat abgesteckt hat, innerhalb derer die beiderseitigen Beziehungen hinsichtlich Steuereinnahmen und Beteiligung am Abbau der Staatsschulden geregelt sind, gilt es nun, eine echte Steuerhoheit für Süd-Tirol einzufordern, und es sollte auch möglich sein, diese umzusetzen. Mit dem Sicherheitspakt zwischen Rom und Bozen bleiben nur noch maximal 8/10 von den ehemals 9/10 des Steueraufkommens im Land.

Mit der Steuerhoheit sind alle jene Bereiche gemeint, die in das Kapitel Steuern hineinfallen.

Eine Steuerhoheit für Süd-Tirol würde mehr Planungssicherheit und Stabilität bedeuten. Außerdem würde dadurch die Konkurrenzfähigkeit unserer Betriebe gegenüber den unmittelbaren Nachbarn gestärkt werden, zumindest was die Steuerbelastung oder die Energiekosten anbelangt.

Eine Steuerhoheit für Süd-Tirol bedeutet aber auch eine Qualitätssteigerung in der Verwaltung, mehr Transparenz, mehr Bürgerfreundlichkeit, weil die Verwaltung dezentraler abgewickelt werden kann und weil dann die Verpflichtung zur Zweisprachigkeit gewährleistet wird.

Eine Steuerhoheit für Süd-Tirol wurde, im Zusammenhang mit der Vollautonomie, stets auch von der Regierungspartei gefordert. Dieses Anliegen ist auch ein zentraler Punkt im Süd-Tirol-Konvent, der sich z. Z. mit der Zukunft Süd-Tirols befasst.

Dies vorausgeschickt,

*fordert
der Südtiroler Landtag*

die Landesregierung auf,

alle Voraussetzungen dafür zu schaffen, damit Süd-Tirol die Steuerhoheit (Zuständigkeit für die Erhebung von Steuern und Abgaben inkl. Gesetzgebungshoheit, Ertragshoheit, Verwaltungshoheit und Rechtsprechungshoheit) übertragen bekommt;

dem Landtag innerhalb eines Jahres Bericht zu erstatten über den Stand der Umsetzung.

La parola al consigliere Zimmerhofer per l'illustrazione dell'ordine del giorno.

ZIMMERHOFER (SÜD-TIROLER FREIHEIT): Danke, Herr Präsident! Es ist ein interessanter Zufall, dass mein Antrag an erster Stelle steht. Demzufolge ist er wohl einer der wichtigsten. Wenn er umgesetzt würde, dann würden sich sämtliche der nachfolgenden Anträge, die Rationalisierungen und Einsparungen anbelangen, erübrigen.

Nachdem es inzwischen alle möglichen Abkommen gibt – Finanzabkommen, Mailänder-Abkommen, Kompatscher-Renzi-Abkommen – haben wir die finanziellen Grenzen eigentlich schon soweit abgedeckt, weshalb es eigentlich möglich sein sollte, eine echte Steuer- und Finanzautonomie zu bekommen, um unsere Angelegenheiten besser regeln zu können. Wir wissen ja inzwischen, was des Staates und was des Landes ist. Wir hätten Planungssicherheit, mehr Stabilität, Konkurrenzfähigkeit unserer Betriebe, eine Qualitätssteigerung, was die Verwaltung anbelangt, mehr Transparenz und Bürgerfreundlichkeit, weil man die ganze Bürokratie dezentral abwickeln könnte. Dasselbe gilt für die Verpflichtung zur Zweisprachigkeit. Das ist ja nichts Neues, was wir hier fordern. Auch die Mehrheitspartei propagiert das vor Wahlen immer wieder. Im Südtirol-Konvent wird auch darüber gesprochen. Angesichts der Krisen, die auf uns zukommen, wäre das sehr wichtig. Wie geht es mit der EU weiter, wie sieht die Zusammenarbeit in Zukunft aus? Das Thema Brexit ist ja auch ein großes Fragezeichen. Die Nettozahler werden jetzt natürlich weniger, was allein für Österreich jährlich 150 Millionen Euro an Mehrausgaben bedeuten würde. Hier kommen sehr große Fragezeichen auf uns zu. Auch die Bankenkrise in Italien – 360 Milliarden Euro an faulen Krediten – ist zur Zeit ein aktuelles Thema. Wer muss das stemmen? Die Steuerzahler oder müssen auch Südtirols Banken gerade stehen? Ich frage mich schon, wo hier die Bankenaufsicht all die Jahre geblieben ist. Es gibt schon sehr viele Möglichkeiten. Renzi hat letzthin auch eine Reform des Steuersystems insgesamt angekündigt, darunter auch die Abschaffung von Equitalia. Hier gäbe es einige Bereiche, die wir besetzen könnten.

Es sollte wirklich darauf hingearbeitet werden, eine echte Steuerhoheit zu bekommen, mit allem Drum und Dran, was die Erhebung der Steuern und Abgaben inklusive Gesetzgebungshoheit, Ertrags- und Verwaltungshoheit und Rechtsprechungshoheit anbelangt. Dann könnte man alles abdecken, was diesen Bereich anbelangt. Der Kollege Steger hat gestern eine Lobeshymne auf die wirtschaftliche Entwicklung gesungen, aber ich glaube, dass das auf die fleißigen und arbeitenden Menschen zurückzuführen ist, trotz der vielen Unzulänglichkeiten, die aus Rom und Brüssel kommen. Zusätzlich haben wir den Vorteil, dass wir das Sprungbrett der deutschen, österreichischen und Schweizer Firmen für den italienischen Markt sind. Andererseits ist der Staat nicht imstande oder nicht gewillt, eine wirklich grundlegende Änderung seiner Verwaltung durchzuführen. Ich habe Ihnen gestern ja die Eurostat-Daten ein bisschen erläutert. Wenn man sich allein die Ausgaben des Staatspräsidenten anschaut – 224 Millionen Euro -, so ist das ein Wahnsinn. Die Queen in England braucht gerade einmal die Hälfte davon. Dass man hier nicht endlich einmal ansetzt und Einsparungen vornimmt, ist wirklich unglaublich. Wir tragen mit unseren 476 Millionen Euro nicht einmal zur Zinsabdeckung der gesamten Zinsbelastung des Staates bei. Diese Daten sind sehr besorgniserregend. Die einzige Rettung für Südtirol ist, dass wir uns abkoppeln, auch in finanzieller Hinsicht. Alles andere wird in uns in eine Situation bringen, die wir nicht mehr stemmen können.

In diesem Sinne bitte ich um Zustimmung zu diesem Tagesordnungsantrag.

PÖDER (BürgerUnion – Südtirol - Ladinien): Im Prinzip kann man sagen, dass die Steuerhoheit natürlich erstrebenswert ist, aber sie ist nur ein Teil der Finanzhoheit. Deshalb bräuchten wir, wenn schon, die Finanzhoheit. Die Steuerhoheit betrifft nur die Einnahmenhoheit, aber die nicht die Ausgabenhoheit. Solange uns der Staat bei den Ausgaben dreinredet, wie wir ja auch in Zusammenhang mit der Rechnungslegung sehen – der Staat geht über den Rechnungshof her und sagt, dass diese oder jene Ausgaben nicht so getätigt werden dürfen -, hätten wir mit der Steuerhoheit nur einen Teil der Finanzhoheit. Die Steuerhoheit mit der Ertragshoheit, der Rechtspre-

chungshoheit und allem Drum und Dran bedeutet eigentlich nur die Aufteilung der hoheitlichen Funktionen auf den verschiedenen Steuereinhebungsebenen, Staat, Region, Gemeinden. Die Finanzhoheit beinhaltet allerdings tatsächlich die Einnahmen- und Ausgabenseite. Wennschon, dann müssten wir die gesamte Struktur haben. Da müssten wir uns bei der Begrifflichkeit etwas erweitern. Die Einnahmenseite ist ganz nett und gut, aber wenn uns der Staat bei den Ausgaben immer wieder dreinreden kann, ... Wir erleben es ja bei der Haushaltsgestaltung. Wir müssen über jedes Detail im Landtag abstimmen und alle möglichen Bereiche zusätzlich berücksichtigen. Finanzhoheit haben wir keine; wir haben nicht einmal mehr eine Finanzautonomie. Wir haben Stabilitätsabkommen und was sonst noch alles, aber wir haben keine Finanzautonomie mehr, weil uns der Staat überall dreinredet, auch dort, wo wir eigentlich per Autonomiestatut abgesichert wären. Wir haben keine Steuerautonomie, weil wir ja nur 14 Prozent der Steuern einheben. Bei der IRAP dürfen wir ja nur innerhalb eines bestimmten Bereiches nach oben oder unten schrauben. Bei der Autosteuer dürfen wir auch nur innerhalb eines bestimmten Rahmens schrauben. Bei jenen Steuern, die wir per Landesgesetz beschließen, haben wir also auch nur begrenzte Möglichkeiten. Beim IRPEF-Zuschlag können wir natürlich etwas weiter gehen, aber das ist auch nur der IRPEF-Zuschlag und nicht die IRPEF. Insofern wäre es ja schon viel, wenn wir die Steuerhoheit hätten, aber das hieße, dass wir die Einnahmen beschließen dürfen, während uns der Staat bei den Ausgaben aber dreinreden darf. In föderalistischen Systemen gibt es bestimmte Strukturen. Bei uns ist es immer noch sehr zentralistisch organisiert. Insofern Ja zu diesem Antrag, wenngleich ich noch einmal unterstreichen möchte, dass das nur ein Schritt in Richtung Finanzhoheit sein kann.

LEITNER (Die Freiheitlichen): Ich will nicht wiederholen, was der Kollege Pöder gesagt hat. Ich weiß nicht, wie oft wir in den letzten zwanzig Jahren über einen Antrag abgestimmt haben, dass Südtirol die Steuer- und Finanzhoheit bekommen soll. Es gibt jetzt eine neue Landesregierung, die vielleicht ja eine andere diesbezügliche Ausrichtung hat. In Vergangenheit wurden diese Anträge immer abgelehnt. Meine Argumentation war immer jene, dass man sie deshalb nicht will, weil der böse Steuereintreiber ja der Staat ist und wir anteilmäßig das Geld bekommen. Wenn der Staat die Steuern erhöht, verdienen wir ja mit. Der Böse ist immer der Staat und nicht Südtirol. Es wäre sicher richtig, die Verantwortung hier voll und ganz wahrzunehmen, aber sie kann nur dann wahrgenommen werden, wenn wir die Steuer- und Finanzhoheit, wie es Kollege Pöder richtig gesagt hat, übertragen bekommen. Ich würde für diesen Antrag stimmen, wenn die Forderung lautet, die Voraussetzungen zu schaffen, damit Südtirol die Steuer- und Finanzhoheit übertragen bekommen. So, wie der Antrag jetzt formuliert ist, würde der Staat sagen: "Macht das nur!" Dann wären wir diejenigen, die vor der eigenen Bevölkerung Rechenschaft für die Einhebung der Steuern ablegen müssten und der Staat würde uns dann sagen, wie wir die Gelder ausgeben dürfen. Das wäre also das Gegenteil von dem, Kollege Zimmerhofer, was Du verlangst.

HEISS (Grüne Fraktion - Gruppo verde - Grupa vërda): Aus unserer Sicht ist es eine interessante Option, in diese Richtung zu denken, aber damit befasst sich ja auch der Konvent. Es ist ein Themenschwerpunkt, der wesentliche Grundlagen der Autonomien und zentrale Artikel des Autonomiestatuts berührt. Aus diesem Grund würden wir dafür plädieren, diese Materie doch dem Konvent zu überlassen. Es bedarf einer eingehenden Diskussion in diesem Zusammenhang. Es ist so, dass unsere Finanzautonomie in vielerlei Hinsicht eine gewisse Sicherung erfahren hat, zumindest für die nächsten Jahre. In diesem Bereich gibt es natürlich noch wichtige Freiräume, die es zu sichern gilt. Es gilt natürlich auch, eine gewisse Solidarität mit dem Staatsganzen zu beweisen. Im Bereich der Steuerhoheit wird natürlich daran gedacht, sämtliche Steuereinnahmen unmittelbar Südtirol zuzuführen. Wir plädieren dafür, dies dem Konvent zu überlassen und können dem Antrag deshalb nicht zustimmen.

KNOLL (SÜD-TIROLER FREIHEIT): Dies ist eine Diskussion, die interessanterweise nicht nur in Südtirol, sondern in ganz Europa stattfindet. Der Kollege Heiss weiß das sicher. Das Institut für Föderalismus in Innsbruck hat erst vor kurzem bei Christoph Keuschnik, der auch Professor an der Universität St. Gallen ist und früher Chef des Instituts für höhere Studien war, eine Studie genau zum Thema Steuerföderalismus ausarbeiten lassen, die als großes Beispiel die Schweiz hernimmt. Dabei wird vor allem der steuerrechtliche Wettbewerb der Kantone innerhalb der Schweiz hergenommen, wo man zunächst befürchtet hat, dass dieser negativ wäre und sogar dazu führen könnte, dass es innerhalb der Schweiz zu einem Umzug von Bevölkerungsschichten in Kantone kommt, in denen es steuerrechtlich günstigere Voraussetzungen gibt. Diese Studie ist zum Schluss gekommen, dass diese Art der Steuerhoheit in allen Bereichen positive Resonanzen mit sich bringt und sogar die Verwaltungsausgaben sinken. Ich glaube also, dass das schon ein Modell ist, das wir uns in Südtirol anschauen sollten. Wir reden ja immer davon, dass Südtirol aufgrund der steuerlichen Rahmenbedingungen einen Wettbewerbsnachteil habe,

gerade im Vergleich zu den benachbarten Regionen. Wenn man die Möglichkeiten hätte, selbst gestalterisch tätig zu sein und nicht nur die Steuern einzuheben, dann wäre das für Südtirol ein Meilenstein, auch was die Autonomiepolitik anbelangt. Deshalb haben wir diesen Antrag in Zusammenhang mit dem Nachtragshaushalt gestellt. Das ist kein Widerspruch zum Autonomiekonvent. Im Gegenteil, wir sehen es als einen Impuls für den Autonomiekonvent, dass der Südtiroler Landtag den Willen bekundet, dahingehend tätig zu werden. Es kann doch nur in unserem Interesse sein, dass Südtirol im Bereich der Steuern so viel Eigenständigkeit wie möglich hat.

Herr Präsident, wir würden den Vorschlag des Kollegen Leitner aufnehmen und im beschließenden Teil Folgendes schreiben: "alle Voraussetzungen dafür zu schaffen, damit Südtirol die Steuer- und Finanzhoheit übertragen bekommt."

STEGER (SVP): Das ist wieder ein typischer Antrag der Süd-Tiroler Freiheit, die so tut, wie wenn sich in Südtirol niemand bemühen würde, dass es mehr Eigenständigkeit, Steuer- und Finanzverantwortung erhält. Die Südtiroler Volkspartei versucht seit 70 Jahren, die Autonomie zu erweitern und steuerlich eigene Kompetenzen zu schaffen. Herr Knoll, Sie wissen, dass es in den letzten Jahren diesbezügliche Erfolge gegeben hat. Wir haben in einigen Bereichen neue Zuständigkeiten erhalten. Fakt ist, dass wir uns seit 70 Jahren bemühen, die Autonomie zu erweitern, vor allem bezüglich der Finanzen. Kollege Zimmerhofer, an Ihrem Antrag sieht man, dass Sie noch nie Regierungsverantwortung gehabt haben. Sie wollen innerhalb eines Jahres die Steuerhoheit einfordern.

ZIMMERHOFER (SÜD-TIROLER FREIHEIT): *(unterbricht)*

STEGER (SVP): Ich habe schon verstanden, aber schauen Sie, wie Sie es geschrieben haben. Das ist ja absolut lächerlich, was Sie da fordern. Das ist eine komplexe Angelegenheit! Wir haben uns 70 Jahre lang bemüht, die Entwicklung zu verbessern, und mir geht es auf die Nerven, dass Sie das nicht zur Kenntnis nehmen. Wo sind wir denn? Wenn wir solche Dinge machen, dann machen wir sie gemeinsam. Die Landesregierung und der Landeshauptmann teilen Ihnen permanent mit, wie der Verhandlungsstand ist. Ich bin der Erste, der sagt, dass es umso besser für unser Land ist, je mehr Eigenständigkeit wir haben, aber kommen Sie doch nicht mit so populistischen Anträgen, mit denen Sie der Südtiroler Volkspartei sagen, was sie zu tun hat. Das lassen wir uns nicht sagen! Wir bemühen uns um eine Erweiterung der Zuständigkeiten, und deshalb werden wir so einen Antrag sicher nicht unterstützen.

KOMPATSCHER (Landeshauptmann - SVP): Im Grunde genommen hat der Kollege Steger schon alles gesagt. Sie hätten auch fordern können, dass wir für die Autonomie kämpfen sollen. Ich glaube nicht, dass wir darüber abstimmen müssen. Deshalb werden wir einen solchen Antrag nicht annehmen, denn das ist das, was wir seit 70 Jahren tun.

PRESIDENTE: Apro la votazione sull'ordine del giorno, con la modifica nel dispositivo, inserendo nel testo italiano dopo la parola "impositiva" le parole "e finanziaria" e nel testo tedesco dopo le parole "die Steuerhoheit" le parole "die Finanzhoheit": respinto con 8 voti favorevoli e 21 voti contrari.

Ordine del giorno n. 2 dell'11/7/2016, presentato dal consigliere Pöder, riguardante no alla riforma costituzionale del Governo Renzi – no all'indebolimento dell'autonomia – no al rafforzamento del centralismo – opuscolo informativo.

Tagesordnung Nr. 2 vom 11.7.2016, eingebracht vom Abgeordneten Pöder, betreffend Nein zur Verfassungsreform der Regierung Renzi – Nein zur Schwächung der Autonomie – Nein zur Stärkung des Zentralstaates.

La riforma della Costituzione voluta dal presidente del Consiglio Renzi porterà a un rafforzamento del centralismo statale a discapito delle Regioni, comprese le Regioni e Province a statuto speciale. Lo Stato si appropria di quasi tutte le competenze che non sono state trasferite in modo chiaro e inequivocabile alla Regione ovvero alla Provincia mediante legge costituzionale.

In Italia il Governo Renzi sta – anche grazie al sostegno di Silvio Berlusconi che è alle prese con la Giustizia – introducendo una riforma imposta dall'alto che indebolirà le Regioni e rafforzerà in tutto e per tutto il Governo e lo Stato.

Con questa riforma costituzionale, la potestà di indirizzo e coordinamento, che finora aveva il rango di semplice legge statale, viene elevata praticamente a facoltà di rango costituzionale, diventando uno strumento che finirà per uccidere l'autonomia. In questo modo, invocando l'interesse nazionale, lo Stato potrà varare delle leggi e attivarsi in tutti i settori che non rientrano espressamente nelle competenze dell'Alto Adige, vale a dire in tutti i settori che non sono definiti nello Statuto di autonomia come competenza esclusiva della Provincia di Bolzano.

Quindi lo Stato si riprende sia la potestà legislativa concorrente sia le competenze ampliate con apposita clausola in occasione dell'ultima riforma costituzionale del 2001.

La clausola di tutela che verrebbe ancorata nella Costituzione garantisce unicamente ciò che lo Statuto di autonomia già prevede e che quindi non può essere modificato. In tutti gli altri settori la Provincia autonoma di Bolzano rischia di perdere e finirà per perdere competenze.

Ad esempio, le competenze nel settore energetico o la regolamentazione delle pensioni integrative tornano nuovamente allo Stato, e l'Alto Adige potrà adottare misure in questi settori solo con il beneplacito del Governo.

In autunno avrà luogo un referendum costituzionale che permetterà ai cittadini e alle cittadine di esprimersi sulla riforma costituzionale.

Sarebbe opportuno che il Consiglio provinciale sollecitasse i cittadini a votare "no" al referendum costituzionale, al fine di scongiurare i danni che ne deriverebbero per la provincia di Bolzano e per la democrazia.

Ciò premesso,

il Consiglio della Provincia autonoma di Bolzano delibera

di respingere la riforma costituzionale discussa in Parlamento e il rafforzamento del centralismo statale a discapito delle Regioni e delle Province autonome, e raccomanda ai cittadini e alle cittadine di opporsi alla riforma costituzionale per tutelare il regionalismo e le autonomie speciali, e quindi di votare "no" al referendum costituzionale.

Die italienische Verfassungsreform von Ministerpräsident Renzi bringt eine zentralistische Staatsreform zum Schaden der Regionen, auch der Regionen und Provinzen mit Sonderstatut mit sich. Der Staat eignet sich fast alle Zuständigkeiten an, die nicht eindeutig per Verfassungsgesetz der Region oder dem Land übertragen wurden.

In Italien ist die Regierung Renzi mit Unterstützung des unter Druck der Justiz stehenden Silvio Berlusconi dabei, eine Art Reform-Diktatur aufzubauen, mit der die Regionen geschwächt und der Staat und die Regierung in jeder Hinsicht gestärkt werden.

Durch die Verfassungsreform wird die bisherige mit einfachem Staatsgesetz geltende Ausrichtungs- und Koordinierungsbefugnis quasi in den Verfassungsrang erhoben und somit zu einem Autonomie-Killerwerkzeug. Der Staat kann damit in allen Bereichen im nationalen Interesse Gesetze beschließen und aktiv werden, die nicht ausdrücklich Südtirol vorbehalten sind, im Falle Südtirol in all jene Bereiche, die nicht ausdrücklich im Autonomiestatut als ausschließliche Befugnis Südtirols festgeschrieben sind.

Sowohl die konkurrierende Gesetzgebung als auch all jene Bereiche, die mit der letzten Verfassungsreform 2001 mit der Besserstellungsklausel automatisch zu Autonomiebefugnissen wurden, reißt der Staat künftig wieder an sich.

Die Schutzklausel, welche in der Verfassung verankert werden soll, sichert nur das ab, was ohnehin Niet- und Nagelfest im Autonomiestatut verankert ist. Alle anderen Bereiche kann und wird Südtirol verlieren.

In Energiefragen und in der Zusatzrentenregelung beispielsweise fallen die Zuständigkeiten wieder an den Staat, das Land Südtirol darf hier nur mehr von Roms Gnaden operieren.

Im Herbst soll dazu ein Verfassungsreferendum stattfinden, mit dem das Volk über die Verfassungsreform abstimmen kann.

Der Südtiroler Landtag sollte den Bürgern ein Nein beim Verfassungsreferendum empfehlen, um Schaden von Südtirol und für die Demokratie abzuwenden.

Dies vorausgeschickt,

*beschließt
der Südtiroler Landtag:*

der Südtiroler Landtag lehnt die vom italienischen Parlament diskutierte Verfassungsreform und die Stärkung des Zentralstaates zum Schaden der Regionen und auch der autonomen Provinzen ab und empfiehlt den Bürgerinnen und Bürgern beim bevorstehenden Verfassungsreferendum zum Schutze des Regionalismus und der Sonderautonomien die Ablehnung der Verfassungsreform mit Nein zu stimmen.

La parola al consigliere Pöder.

PÖDER (BürgerUnion – Südtirol - Ladinien): Danke, Herr Präsident, zunächst zum Fortgang der Arbeiten. Ich ziehe die Tagesordnung Nr. 4 zurück und wandle sie in einen Beschlussantrag um. Auch die Tagesordnung Nr. 5 ziehe ich zurück, weil Landesrätin Stocker erklärt hat, dass die angesprochene Maßnahme nicht mehr durchgeführt wird.

Nun zum vorliegenden Antrag. Bei der Verfassungsreform geht es darum, dass wir ein Referendum haben werden, das im Oktober oder November stattfinden wird. Spätestens bis 15. Dezember muss es stattfinden. Ministerpräsident Renzi hat jetzt ja Angst, dass er es verlieren könnte. Oktober scheint nicht mehr ganz sein Lieblingstermin zu sein. Er denkt ja darüber nach, das Verfassungsreferendum auf einen Termin nach der Behandlung des Stabilitätsgesetzes zu verschieben, vielleicht um vorher noch ein bisschen gute Stimmung zu verbreiten oder noch irgendeinen Bonus einzuführen. Aufgrund der letzten Umfrageergebnisse muss er fürchten, dass das Verfassungsreferendum scheitert. Nachdem er es an seine Person geknüpft hat, wird er dann auch zurücktreten müssen. Wir wissen also noch nicht genau, wann das Referendum stattfinden wird. Nichtsdestotrotz erscheint es wichtig, dass wir als autonome Provinz nein zur Verfassungsreform sagen. Wir haben ja schon einmal den Versuch gestartet, den Parlamentariern in Rom zu empfehlen, dagegen zu sein, aber sie waren nicht dagegen, zumindest nicht alle. Damals war das noch nicht beschlossene Sache, aber nachdem es jetzt um das Referendum geht, sollte der Landtag sagen: "So nicht, diesen Zentralisten unterstützen wir nicht." Nachdem wir mittlerweile wissen, dass die sogenannte Sicherungsklausel im Prinzip kein echtes Einvernehmen abverlangt, sondern eine Übereinkunft zwischen Land und Staat sein wird und sie jederzeit umgangen werden kann ...

ABGEORDNETER: *(unterbricht)*

PÖDER (BürgerUnion – Südtirol - Ladinien): Selbstverständlich, das Parlament hat sich keine solche Sicherungsklausel zu halten. Das ist keine Übergangsbestimmung und kein echtes Einvernehmen. Wenn das Land dieses schwache Einvernehmen nicht herstellt, dann kann sich das Parlament auch jederzeit darüber hinwegsetzen, indem es diese Klausel, die nicht Bestandteil der Verfassung ist, abändert. Es ist kein Einvernehmen, das als Veto-Recht gilt. Sonst wäre es ja auch als solches formuliert worden. In der Verfassungsreform Berlusconi gab es im Übrigen ein Veto-Recht des Südtiroler Landtages. Ich mache keine Werbung für Berlusconi, aber die damalige Verfassungsreform hatte eine klare Klausel zum Inhalt, nämlich, dass der Südtiroler Landtag mit einer Mehrheit von zwei Dritteln nach erster Lesung im Parlament ein Reformgesetz blockieren konnte. Die Sicherungsklausel, die jetzt als Übergangsbestimmung drinnen ist, ist kein Veto-Recht. Wir haben mit Sicherheit kein Einspruchsrecht gegen eine Änderung des Autonomiestatutes. Letztlich geht es allerdings darum, dass wir uns als autonomes Land nicht für eine zentralistische Verfassung aussprechen können, die nichts anderes tut, als gemeinsam mit dem Italicum-Wahlgesetz alle Macht in die Hand einer Partei zu legen, des Partito Democratico in diesem Fall, und einen Zentralismus erzeugt, der in dieser Form nicht funktionieren kann und zusätzlich keine echte Weiterentwicklung mit sich bringt. Diese Verfassungsreform schafft das Zwei-Kammern-System ab, aber zieht gleichzeitig Kompetenzen und Zuständigkeiten nach Rom, schafft also keinen Ausgleich, in dem Sinne, dass der Regionalismus und Föderalismus gestärkt würde. Außerdem werden eine Oberhoheitsklausel für den Staat geschaffen und die Ausrichtungs- und Koordinierungsbefugnis und die Möglichkeit, per Dekret zu regieren, gestärkt. Wenn man das Zwei-Kammern-System abschafft, das tatsächlich eine schwerfällige Geschichte ist, dann müsste man die Möglichkeit der Regierung, per Dekret zu regieren, einschränken, da die Gesetzgebung bei einer Kammer ja schneller gehen müsste. Italien wird ja seit Jahrzehnten per Dekret regiert. Sogar das Wahlgesetz wollte man per Dekret einführen. Die Regierung erlässt ein gesetzesvertretendes Dekret, das innerhalb einer bestimmten Zeitspanne von Parlament genehmigt werden muss. Dann stellt die Regierung die Vertrauensfrage, und das grenzt schon an diktatorische Systeme. Das sollten einmal andere Regierungen in Europa versuchen. Dort gibt es auch die Notverordnungsmöglichkeit, aber diese ist dann auch tatsächlich eine Notverordnung und wird in jedem Fall vom Verfassungsgericht gekippt, wenn es sich nur um eine reguläre Gesetzgebungsschiene handelt. In Italien hat

das Verfassungsgericht diese Notverordnungsdekrete nie unterbunden. Der Präsident hat sie immer abgesegnet. Südtirol steht eine sehr bedrohliche Zukunft bevor, wenn diese Verfassungsreform genehmigt wird. Für eine Minderheit in einem Staat wäre es sicher nicht angebracht, diesem Staat das Vertrauen auszusprechen. Für uns ist diese Volksabstimmung über diese Verfassungsreform auch eine Vertrauensabstimmung. Ich glaube kaum, dass wir mit einem Ja dem Staat Italien das Vertrauen aussprechen können, denn das wäre fatal und würde die gesamte Autonomiegeschichte auf den Kopf stellen. Wenn man dem Staat nicht vertraut, dann kann man nicht Ja zu einer Verfassungsreform für einen zentralistischen Staat sagen, denn dann würde man diesem Staat das Vertrauen für die Zukunft aussprechen. Ich glaube, dass der Landtag klar Nein zu dieser Verfassungsreform sagen sollte. Als Minderheit sollten wir diesem Staat nicht das Vertrauen, sondern das Misstrauen aussprechen.

LEITNER (Die Freiheitlichen): Ich teile die inhaltliche Kritik des Kollegen Pöder voll und ganz, aber über die Vorgangsweise bin ich mir nicht ganz im Klaren. Ich weiß nämlich nicht, ob der Südtiroler Landtag einen Aufruf an die Wählerschaft machen kann, denn die Ausrichtung ist doch sehr unterschiedlich. Wenn wir die Abstimmung verlieren, dann kommt es bei der Bevölkerung so hinüber, als ob die Mehrheit des Landtages für die Verfassungsreform ist, was er möglicherweise nicht ist. Hier wird natürlich auch die Diskussion bezüglich der Fraktionsdisziplin ins Spiel kommen. Die Südtiroler Volkspartei will offensichtlich eine Landesversammlung abhalten, um über die Verfassungsreform zu reden. Ihre Vertreter in Rom haben ja schon dafür gestimmt. Ich schaue mir also an, wie das ausgehen wird, aber das ist ein Problem der Südtiroler Volkspartei. Es geht hier um eine Änderung der Verfassung und somit um eine sehr große Geschichte. Wie gesagt, inhaltlich bin ich mit dem Antrag voll einverstanden, aber wir wissen heute noch nicht, ob es eine einzige Abstimmung geben wird oder ob sie gesplittet wird. Jetzt spricht man ja auch schon davon, dass man mehrere Fragen zur Abstimmung bringt, beispielsweise eine Abstimmung über die Größe des Senates. Da werden wahrscheinlich alle dafür sagen, denn Ministerpräsident Renzi geht jetzt genau mit diesem Argument hausieren und sagt, dass er ja den Senat abschaffen und somit sparen helfen würde. Dann denken viele Menschen natürlich nicht mehr über die anderen Dinge nach, die auch in der Verfassungsreform enthalten sind und uns natürlich wesentlich mehr interessieren. Im Sinne von Populismus tut er sich natürlich leicht, sich auf die Reduzierung des Senats zu konzentrieren, denn wenn es nur darum geht, dann werden ihm sicher alle zustimmen.

Vielleicht noch etwas zur Erinnerung. Wir haben einen Beschlussantrag der Süd-Tiroler Freiheit genehmigt und haben uns gegen die Zentralisierung ausgesprochen. Das Schizophrene am Beschluss war ja, dass es die Mehrheit des Landtages abgelehnt hat, unsere Parlamentarier in Rom aufzufordern, gegen die Verfassungsreform zu stimmen. Was heißt das? Schimpfen dürfen wir schon, aber entsprechend stimmen dürfen wir nicht. Das sind die Fakten. Wie gesagt, ob es klug oder im Sinne der Demokratie ist, dass eine Institution bei einer Volksabstimmung der Bevölkerung zu irgendetwas rät, ... Ich bin mir da nicht ganz sicher. Dass das die einzelnen Parteien machen, ist klar. Die einzelnen Positionen kann man immer noch artikulieren.

Wie gesagt, inhaltlich bin ich dafür, wobei ich mir in Bezug auf die Vorgangsweise aber nicht im Klaren bin, weil wir nicht wissen, wie viele Abstimmungen es geben wird. Wenn es unterschiedliche Abstimmungen zu einzelnen Detailfragen gibt, dann schaut es natürlich ganz anders aus. Dass wir Freiheitlichen diese Verfassungsreform ablehnen, haben wir mehr als einmal öffentlich kundgetan.

DELLO SBARBA (Grüne Fraktion - Gruppo verde - Grupa vërda): Prima di tutto chiedo la votazione separata delle premesse e della parte impegnativa. Le premesse sono una serie di motivazioni che dà il collega Pöder che in parte condividiamo e in parte no. La cosa fondamentale è se siamo per un voto positivo a questa riforma costituzionale o non lo siamo.

Il consigliere Pöder diceva che quasi tutti i rappresentanti del Sudtirolo a Roma hanno votato sì, intendeva credo gli eletti nella Volkspartei e nel Partito Democratico. Un deputato che si chiama Florian Kronbichler, che abbiamo eletto noi insieme ai colleghi di SEL ha votato contro e si impegna per il no al referendum.

La nostra riflessione è un po' diversa da quella del collega Pöder, anche se sulla parte impegnativa voteremo a favore, ma c'è un punto anche rispetto a quello che il presidente Kompatscher diceva in replica al dibattito generale che vorrei dire. Io non sono convinto che noi possiamo salvarci alla lunga come autonomia speciale in un'Italia che va verso il centralismo. C'è la clausola di salvaguardia ecc. quanto regga o meno si può discutere molto, so che soprattutto all'interno del vostro partito ci sono quelli che dicono che non vale niente questa clausola. Non lo so, non ne ho le competenze, dico però che me la sono letta attentamente per i lavori della Convenzione dei 33, e quella riforma è una riforma centralista, su questo non c'è nessun dubbio. È una controriforma rispetto al timido federalismo del 2011 e se la nave Italia va verso il centralismo la barca di salvataggio del Sudti-

rolo attaccata a questa nave Italia prima o poi la segue. Non credo che possiamo pensare che in un'Italia centralista rimaniamo l'isola felice dell'autonomia. Per questo spero che al referendum di ottobre, che credo sarà su un solo quesito, vinca il no. Anche se non concordo con tutti i ragionamenti che ha fatto il collega Pöder, sulla parte impegnativa non possiamo che votare a favore.

URZÌ (L'Alto Adige nel cuore): Io chiedo un altro tipo di votazione. È stata chiesta la votazione separata fra premesse e parte impegnativa. Io chiedo la votazione della parte impegnativa che dice: "Il Consiglio della Provincia autonoma di Bolzano delibera di respingere la riforma costituzionale." E poi tutto il resto, perché il collega Pöder ha fatto un ragionamento molto provinciale, nel senso letterale del termine, perché stiamo parlando di Provincia, mentre stiamo parlando di una riforma costituzionale che riguarda l'intero assetto del sistema repubblicano e che ha la necessità di essere guardato in una prospettiva più ampia. Per questo voterò a favore del no alla riforma, quindi della prima riga per intenderci, ma sul resto lascio ad un dibattito che è in subordine alle principali osservazioni. E spiego in estrema sintesi alcune delle ragioni fondamentali per cui va ribadito il no alla riforma.

Innanzitutto parte da un parlamento illegittimo, perché eletto sulla base di una legge elettorale dichiarata anticostituzionale dalla Corte Costituzionale. Quindi abbiamo un parlamento, di nominati peraltro, che governa questo Paese ma non ha in sé, nel suo dato costituente, la legittimazione costituzionale, nel senso che è la derivazione di una legge elettorale che è stata dichiarata chiaramente lesiva dei principi ispiratori della Costituzione della Repubblica italiana. È una legge che nasce su iniziativa di un governo e soprattutto di un premier che non è mai stato eletto da nessuno, ma è stato nominato all'interno delle dinamiche bizantine, nemmeno parlamentari ma delle segreterie dipartiti, dopo un percorso travagliato che tutti ricordiamo. "Stai sereno, Enrico", e poi ci siamo trovati Matteo! È una riforma che viene spacciata, in questa fase politica in maniera anche molto banale, elementare, come una riforma che interviene sui costi della politica – questa è l'onda – invece non solo mantiene il costo della politica ma se non lo raddoppia, siamo quasi vicini. È una riforma che non abolisce il Senato della Repubblica, abolisce una sorta di bicameralismo perfetto, creando però una moltiplicazione di sistemi di approvazione delle leggi che prevede peraltro, in alcune circostanze, proprio l'attivazione della nuova versione del Senato della Repubblica che creerà moltissimi contrasti dal punto di vista della lettura trasparente dei processi decisionali. Quindi è una riforma ad uso e consumo di una parte politica, avremo un Senato che sarà trasformato in una sorta di dopolavoro di consiglieri regionali e sindaci, il nostro sindaco di Bolzano, quello eletto recentemente, farà anche il senatore, allora immaginate come farà il senatore e come farà il sindaco. Farà male l'uno e l'altro, oggi fa male solo il sindaco, domani farà male anche il lavoro del senatore. Nella nostra regione avremo due senatori sindaci, nelle altre regioni invece questo non accadrà. Ci sarà quindi una disparità di poteri di rappresentanza, avremo consiglieri regionali eletti, immaginate chi sarà eletto nell'ambito del nostro territorio al Senato della Repubblica, avremo sostanzialmente un processo che si incastnerà perfettamente con quello della riforma elettorale del cosiddetto "Italicum" che assegnerà a una maggioranza che può essere composta dal 25% di elettori, il 55% dei seggi nella Camera dei Deputati, la prima Camera del futuro Parlamento, ma non l'unica Camera, perché il bicameralismo rimarrà al di là della demagogia di Stato.

Si modificherà il rapporto Stato-Regioni non semplificarlo ma per renderlo ancora più intricato. Insomma, ci sono tante ragioni sulle quali articoleremo la nostra campagna per il no, saremo a fianco anche dei colleghi che hanno una forte motivazione per ragioni magari leggermente diverse, sicuramente però bisogna considerare anche il quadro del contesto più generale. C'è un pericolo forte per la democrazia in Italia, che è rappresentato non solo dal Governo ma da un premier che si è auto insediato al governo senza averne la legittimazione popolare, credo che questa sarà una sfida anche sul piano politico per restaurare principi di democrazia in Italia che vanno ben oltre le considerazioni del tutto rispettabili che ho già scorto nella prima parte di questo dibattito.

KÖLLENSPERGER (Movimento 5 Stelle - 5 Sterne Bewegung - Moviment 5 Steiles): Viel ist schon von meinen Vorrednern gesagt worden. Ich unterstütze diesen Antrag natürlich, weil ich ein überzeugter Gegner der zentralistischen Verfassungsreform bin. Ich fasse ein paar Punkte zusammen und möchte vor allem den Südtirolern, aber eigentlich allen Bewohnern dieses Staates nahelegen, im Oktober oder November entschieden mit Nein zu stimmen. Mit der Verfassungsreform soll ein neuer Zentralismus eingeführt werden. Sie höhlt die Autonomien aus und nimmt den normalen Regionen, aber auch den Sonderautonomien die Zuständigkeiten wieder weg, die im Jahr 2001 dazugekommen sind. Es gibt keinen Grund, den Regionen Zuständigkeiten wegzunehmen, die gut verwaltet worden sind. Die "clausola di supremazia dello stato", dazu noch das nationale Interesse, die es dem Staat ermöglichen, jederzeit in Landeszuständigkeiten einzugreifen. Stellen Sie sich vor, was passiert, wenn wir morgen etwas vor dem Verfassungsgerichtshof anfechten wollen. Die Schutzklausel mag zwar auf dem Papier

bestehen, aber sie ist äußerst wackelig. Ich würde Ihnen einmal empfehlen, sich den Beitrag von Professor Tognatti durchzulesen, der sich in mehreren Tageszeitungen dazu geäußert hat. Auch ein Trentiner sieht diese Schutzklausel sehr kritisch. Regionen sollen zu Verwaltungsorganen ohne politische Macht werden. Südtirol wird immer mehr angefeindet werden, bis wir unser Statut anpassen und die Schutzklausel nicht mehr gilt. Wir haben kein Veto-Recht, und das angesichts eines Parlamentes, in dem es morgen nur noch eine echte Kammer geben wird. Es ist ja schon fast ironisch, dass der Senat morgen "senato delle autonomie" heißen wird, in dem Regionalräte sitzen und mit der Immunität belohnt werden, die italienweit – mit Ausnahme jener von Südtirol und Trentino – jene Politikerkategorie ist, die am meisten Probleme mit der Justiz hat. In dieser einen Kammer, in der eine Partei 55 Prozent haben wird, haben wir kein Veto-Recht. Diese Mehrheit wird sich den neuen Staatspräsidenten ernennen. Es wird ein Premier an der Regierung stehen, der eine enorme Machtfülle auf sich konzentrieren wird. Dies alles wird heute von einem Premier durchgeboxt, der nicht einmal gewählt worden ist – der Kollege Urzi hat es angesprochen - und sich anmaßt, eine Verfassungsreform mit Mehrheitsbeschluss durchzuboxen. Es gibt hier so viele Gründe, mit nein zu wählen, dass ich mir wirklich auch von der SVP erwarte, dass sie hier Position bezieht. Premier Renzi hat ja gesagt, dass er gehen wird, wenn er das Referendum verliert. Eigentlich ist alleine das schon Grund genug, um gegen die Verfassungsreform zu stimmen.

KNOLL (SÜD-TIROLER FREIHEIT): Ich bin kein Italiener, aber trotzdem oder gerade deshalb bin ich gegen diese Verfassungsreform. Ich knöpfe in meiner Argumentation an das an, was der Kollege Steger vorher gesagt hat, nämlich, dass sich die SVP sich seit 70 Jahren für mehr autonome Rechte einsetzen würde. Dann muss man aber dazu sagen, wie man diese bekommen hat. Das war nicht ein Wohlwollen des Staates, sondern hat sehr oft auch damit zu tun gehabt, dass die jeweilige Regierung auf die Stimmen der SVP im Parlament angewiesen war. So hat man gewisse Dinge verhandeln können, aber das wird es mit dieser Verfassungsreform zukünftig nicht mehr geben. Südtirol wird in diesem Parlament keine Rolle mehr spielen, weil die Mehrheitsverhältnisse so klar sein werden, dass diese Verhandlungsposition wegfallen wird. Allein das ist für mich schon ein Grund, um zu sagen, dass man gegen diese Verfassungsreform stimmen muss, denn das schwächt die Position Südtirols im italienischen Parlament.

Wir unterstützen die getrennte Abstimmung über den beschließenden Teil des Beschlussantrages, das heißt, dass über den Teil *"Der Südtiroler Landtag lehnt die vom italienischen Parlament diskutierte Verfassungsreform und die Stärkung des Zentralstaates zum Schaden der Regionen und autonomen Provinzen ab"* getrennt vom Rest abgestimmt wird. Ich weiß nämlich auch nicht, ob es legitim ist, dass der Südtiroler Landtag eine Wahlempfehlung abgibt. Mir geht es primär um die Ablehnung des Landtages der Verfassungsreform. Ich weiß nicht, wie die Kollegen der Südtiroler Volkspartei dazu stehen, aber ich möchte nur in Erinnerung rufen, dass wir am 11. November des letzten Jahres einen Begehrensantrag genehmigt haben, der im Wortlaut hieß: *"Der Südtiroler Landtag richtet an das italienische Parlament und an die italienische Regierung das dringende Begehren, die zentralistische Verfassungsreform nicht umzusetzen und sich für eine föderale Verfassung einzusetzen."* Es wäre also schon eine fatale Optik, wenn man jetzt gegen diesen Teil des Antrages stimmen würde.

KOMPATSCHER (Landeshauptmann - SVP): Wir werden den Antrag nicht annehmen, was aber weder einem Ja, noch einem Nein für das Referendum entspricht. Zunächst gilt es schon die Tatsachen zu betrachten. Ich darf vielleicht ein paar falsche Darstellungen aus dem Weg räumen. Kollege Pöder, ich habe fast den Verdacht, dass Sie sich bei bestimmten Personen informieren, die leider dieselben falschen Behauptungen in den Raum stellen. Die Berlusconi-Klausel bzw. das Veto-Recht ...

PÖDER (BürgerUnion – Südtirol - Ladinien): *(unterbricht)*

KOMPATSCHER (Landeshauptmann - SVP): Ich kenne den Text. Sie wissen, was damals war. Damals wäre die neue Verfassung in Kraft getreten, auch für uns, und dann hätte das Autonomiestatut abgeändert werden können, wobei der Landtag mit einer Zwei-Drittel-Mehrheit entscheiden hätte können, ob ihm das gefällt oder nicht. Es wäre also sofort die Koordinierungsbefugnis des Staates in Kraft getreten. Dasselbe gilt für alle anderen Bestimmungen der Verfassung. Ich bitte darum, einmal den grundsätzlichen Unterschied zu betrachten. Das ist wirklich eine Frage der intellektuellen Redlichkeit. Heute haben wir nicht diese Möglichkeit, aber wir brauchen sie auch nicht, denn wir können einfach nein sagen. Das ist der Unterschied! Die heutige Schutzklausel sieht Folgendes vor: Die Verfassung tritt für uns zunächst nicht in Kraft, bis zur Überarbeitung des Autonomiestatuts, die aber nicht einseitig vorgenommen werden kann, sondern wofür es das Einvernehmen braucht. Das ist nicht ein gerin-

ger Unterschied zur Verfassungsreform aus dem Jahr 2001, sondern ein Unterschied von Tag und Nacht! Solange es dieses Einvernehmen nicht gibt, gilt für uns die alte Verfassung. Es wird dann die absurde Situation geben, dass Italien ein Staat mit zwei Verfassungen sein wird. Das kann man durchaus kritisch betrachten, aber das ist die Situation. Das Einvernehmen können wir nur dann geben, wenn unsere Rechte nicht beschnitten werden, und das ist der Standard 92 plus alles das, was danach gefolgt ist. Das ist das Mindeste, auch in Bezug auf das nationale Interesse, die Ausrichtungs- und Koordinierungsbefugnis usw. Das ist mehr, als wir derzeit haben, denn das Ergebnis der Verfassungsreform aus dem Jahr 2001, so föderalistisch sie auch sein mag, ist jenes, dass uns der Verfassungsgerichtshof ständig die Autonomie beschneidet. Die Schutzklausel war auch damals vorgesehen, aber eben nicht ein Einvernehmen bei der Überarbeitung des Autonomiestatutes. Deshalb konnte man es nicht riskieren, über eine Überarbeitung des Autonomiestatutes reden, zudem, weil man wusste, dass im Parlament 80 Prozent der Abgeordneten autonomiefeindlich eingestellt sind. Das bestätigt sich bei jeder Debatte über dieses Thema. Der Staat schenkt uns mit Sicherheit nichts. Wir müssen uns sicher aufstellen. Ich ersuche noch einmal darum, die Sache genauer zu betrachten.

Wir werden uns eine Meinung bilden und entsprechend entscheiden, wie wir uns verhalten werden. Klar ist, dass wir die Voraussetzungen schaffen, um unsere verbrieften Rechte zu wahren und die Möglichkeit der Weiterentwicklung zu haben.

Eine Überlegung noch. Wir sagen immer, dass ein zentralistisches Umfeld für uns schlechter ist, was zunächst einleuchtend sein mag. Die Rechtsprechung seit dem Jahr 2001 bestätigt das leider nicht, denn zur Zeit würde eigentlich eine föderalistische Verfassung gelten. Der Verfassungsgerichtshof spricht aber viel zentralistischer Recht als vorher. Zudem haben wir das Problem, dass sich der Hass auf die Autonomien ganz besonders auf die anderen richtet und nicht nur auf die privilegierten Südtiroler. Wir haben eine eigene Position, die es noch viel deutlicher herauszustreichen gilt als vorher. Das muss das Ziel sein. Das heißt sich auf Österreich, das Gruber-Degasperi, die internationale und völkerrechtliche Absicherung zu beziehen. Wir haben mit der anderen Geschichte nichts zu tun. Wenn dann die Kollegen sagen, dass das nicht funktionieren wird, dann muss ich Ihnen sagen, dass es unter Umständen leichter sein wird zu sagen, dass es sich um 350.000 nicht italienischsprachige Bürger handelt, die in Südtirol leben. Da ist es kein Problem, dass es eine Sonderregelung gibt. Das Problem gibt es mit den anderen. Das ist die Haupthaltung im Parlament.

Wir stimmen diesem Antrag nicht zu, denn es wäre verfrüht, eine Positionierung festzulegen. Wir müssen das Beste für Südtirol herausholen. Das ist unser Auftrag. Im Beschlussantrag seinerzeit gab es die grundsätzliche Frage zur zentralistischen Verfassung. Hier hingegen stellt sich die Frage, wie man beim Referendum abstimmen soll.

PÖDER (BürgerUnion – Südtirol - Ladinien): Zum Fortgang der Arbeiten. Herr Landeshauptmann, wissen Sie, dass es seit letztem Herbst den "tavolo Bressa" gibt, bei dem klar die Diktion vereinbart wurde, dass es ein schwaches Einvernehmen soll und dass im Falle der Weigerung der autonomen Provinzen, dieses Einvernehmen herzustellen, eine unilaterale Abänderung des Autonomiestatutes seitens des Parlamentes möglich ist?

KOMPATSCHER (Landeshauptmann - SVP): Ich war bei dieser Sitzung dabei, und dieser "tavolo Bressa" ist aufgelöst worden, weil wir klargestellt haben, keinen Rückschritt machen zu wollen. Der Staat will vieles, auch unser Geld. Auch da wehren wir uns erfolgreich. Am "tavolo Bressa" wollte man mittels eines Ad-hoc-Verfassungsgesetzes festlegen, wie dieses Einvernehmen zu verstehen ist. Wir hätten einen Vorschlag gehabt, dass es in Bezug auf Südtirol auch das Einvernehmen Österreichs braucht. Das gilt für uns sowieso, denn wir werden das Einvernehmen nicht geben, wenn Österreich nicht zustimmt, aber wir hätten das auch gerne in der Verfassung gehabt. Es war zu erwarten, dass es für diesen Vorschlag keine Jubelschreie gibt. Dann kam ein anderer Vorschlag, nämlich, dass das Parlament, wenn es das Einvernehmen nicht gibt, mit Zwei-Drittel-Mehrheit darüber hinwegfahren kann. Daraufhin haben wir gesagt: "Dann brauchen wir nicht weiterreden." Im Verfassungsgesetzworschlag steht, dass es das einvernehmen braucht. Da steht nichts von einer Zwei-Drittel-Mehrheit, weshalb das Parlament nicht mit irgendwelchen Mehrheiten irgendwelche Entscheidungen treffen kann. Das Parlament könnte theoretisch mit Verfassungsgesetz ein paar Artikel des Autonomiestatutes streichen. Dass das Völkerrechtsbruch ist, ist eine andere Sache, aber diese Möglichkeit besteht.

Wie gesagt, wir haben beim sogenannten "tavolo Bressa" einen Vorschlag gemacht, der der Regierung aber zu weit gegangen ist. Im italienischen Parlament gibt es ja ganz viel Kritik, dass die Autonomien jetzt nicht mehr angreifbar wären. Diese Kritik richtet sich vor allem gegen Sizilien.

PRESIDENTE: Passiamo alla votazione sull'ordine del giorno n. 2 per parti separati.

Apro la votazione sulle premesse: respinte con 9 voti favorevoli, 20 voti contrari e 3 astensioni.

Apro la votazione nella parte deliberativa sulle parole "di respingere la riforma costituzionale": respinte con 13 voti favorevoli e 19 voti contrari.

Apro la votazione sulla parte restante del dispositivo fino alle parole "e delle Province autonome": respinta con 13 voti favorevoli e 19 voti contrari.

Apro la votazione sull'ultima parte restante del dispositivo: respinta con 2 voti favorevoli, 17 voti contrari e 12 astensioni.

Ordine del giorno n. 3 dell'11/7/2016, presentata dal consigliere Pöder, riguardante il mantenimento del punto nascite dell'ospedale di Vipiteno.

Tagesordnung Nr. 3 vom 11.7.2016, eingebracht vom Abgeordneten Pöder, betreffend den Erhalt der Geburtsstation am Krankenhaus Sterzing.

La Giunta provinciale viene impegnata a creare i presupposti necessari affinché il punto nascite dell'ospedale di Vipiteno rimanga operativo a tutti gli effetti.

La IV commissione legislativa del Consiglio provinciale viene impegnata a organizzare il prima possibile un sopralluogo e un'audizione di esperti e rappresentanti dell'Azienda sanitaria nonché dell'ospedale e del punto nascite in questione e a presentare al Consiglio provinciale una relazione sul da farsi per mantenere operativo detto reparto.

Die Landesregierung wird verpflichtet, die nötigen Voraussetzungen zu schaffen, damit die Geburtsstation am Krankenhaus Sterzing in voller Funktion erhalten bleibt.

Der vierte Gesetzgebungsausschuss des Landtages wird verpflichtet, innerhalb möglichst kurzer Zeit einen Lokalausweis und eine Anhörung mit Experten und Vertretern des Sanitätsbetriebes sowie des betroffenen Krankenhauses und der betroffenen Geburtsstation abzuhalten und dem Landtag einen Bericht über die nötigen Schritte zum Erhalt der Geburtsstation vorzulegen.

Ricordo che il testo distribuito sostituisce l'ordine del giorno originariamente presentato dal consigliere Pöder.

La parola al consigliere Pöder per l'illustrazione.

PÖDER (BürgerUnion – Südtirol - Ladinien): Vielen Dank! Die Landesregierung wird verpflichtet, die nötigen Voraussetzungen zu schaffen, damit die Geburtsstation am Krankenhaus Sterzing in voller Funktion erhalten bleibt. Wir haben heute einige Argumente gehört. Im Prinzip bin ich jetzt ein bisschen verwirrt. Entweder der Staat ist Schuld an dieser Schließung oder die Landesregierung. Beide werden sie nicht Schuld sein, denke ich jedenfalls. Heute haben wir aus dem Munde des Landeshauptmannes gehört, dass eigentlich doch die Landesregierung will, dass es nicht mehr in dieser Form weitergeführt wird. Ich bedanke mich dafür, dass das endlich klar gestellt wurde, denn bislang wurde ja dem Staat die Schuld gegeben. Heute wurde uns erklärt, dass die Landesregierung das für den richtigen Weg hält. Wir werden heute im Landtag darüber abstimmen, und dann wird sich ja zeigen, ob es die Südtiroler Volkspartei für den richtigen Weg hält, dass die Geburtsstation in Sterzing geschlossen wird, gegen jede Logik, gegen die Wünsche der Bevölkerung, gegen die Erfordernisse. Letztlich ist es eine ganz einfache Frage. Wenn dort eine funktionierende Struktur existiert, die auch personell in der Lage ist, alle gesetzlichen Voraussetzungen zu erfüllen, die genügend Geburten hat, um die Voraussetzungen zu erfüllen, dann stellt sich schon die Frage, warum sie geschlossen werden soll. Nur einfach einmal so, weil das ein Vorlauf für das ist, was in Zukunft mit dem Krankenhaus geschehen soll? Warum hat man dann nicht schon vor einem Jahr gesagt, dass man die Geburtsstation schließen will? Warum hat man den Leuten vorgemacht, dass man noch ein Jahr lang herumdoktern will? Warum hat man nicht gesagt: "Weil wir das so wollen!?" Das wäre eine Begründung gewesen. Heute geht man her und sagt, obwohl man weiß, dass es dort aufgrund der Regionalentwicklung, der Wünsche der Bevölkerung und der Tatsache, dass es dort eine funktionierende Struktur gibt ... Das ist ja das Interessante! Es gibt eine Liste der Geburtsstationen in ganz Italien, die das Ministerium in Frage gestellt hat. Dort scheinen fünf im Trentino und zwei in Südtirol – Sterzing und Schlanders – auf, unter anderem auch eine Geburtsstation in Sizilien, in der es im Jahr 13 Geburten gibt. Die sagen: "Wir werden einen Teufel tun und die

schließen, denn wir brauchen sie." Natürlich kann man darüber diskutieren, dass man dort Strukturen mit 13 Geburten erhält, und wir in Südtirol gehen her und schließen einmal ganz locker eine Geburtenstation mit 500 Geburten, die personell besetzt ist und alle rechtlichen Voraussetzungen hat. Ich glaube ganz einfach, dass der Landtag hier die Notbremse ziehen sollte, wenschon die Landesregierung leider Gottes diesen Schritt getan hat. Man hat die Leute so lange vertröstet und ihnen sogar noch weisgemacht, dass man versuchen würde, eine Entscheidung für den Erhalt der Geburtenstation zu treffen. Der Landtag sollte die Notbremse ziehen und sagen, dass er davon überzeugt ist, dass die Geburtenstation dorthin gehört und offen bleiben soll. Es ist nicht Populismus, wenn man für den Erhalt dieser Geburtenstation eintritt. Meiner Meinung nach ist das, was heute getan wurde, Populismus, nämlich, indem man hergeht und die Geburtenstation in Sterzing verunglimpft – aus dem Mund des Landeshauptmannes -, indem man sagt, dass sie ein Sicherheitsrisiko sei. Seid Ihr wirklich davon überzeugt, dass jede Geburt im Sterzinger Krankenhaus ein Sicherheitsrisiko ist? Das wurde heute so geäußert, und mit dieser Angstmacherei versucht Ihr, den Leuten weiszumachen, dass deshalb eine Schließung erforderlich sei. Welches Sicherheitsrisiko? Gibt es dort tatsächlich so viele Gesundheitsrisiken, die aus der Struktur resultieren, dass Ihr uns wirklich belegen könnt, dass das Sterzinger Krankenhaus ein Sicherheitsrisiko ist, jenseits der Vorschriften, die der Staat auferlegt? Interessant halte ich auch die Aussage des Landeshauptmannes, dass wir mit der Schließung der Geburtenstation in Sterzing die Wartezeiten in allen Krankenhäusern verkürzen werden.

KOMPATSCHER (Landeshauptmann - SVP): *(unterbricht)*

PÖDER (BürgerUnion – Südtirol - Ladinien): Das haben Sie gesagt! Wir können das morgen gerne noch einmal abspielen bzw. morgen ist es dann eh online, heute leider Gottes noch nicht. Ich hätte es gerne heute schon herausgeschnitten und hier abgespielt. Sie haben gesagt, dass die Wartezeiten in den Krankenhäusern unter anderem ein Grund dafür sind, dass die Geburtenstation im Sterzinger Krankenhaus geschlossen wird. Zum einen also die Sicherheitsproblematik und dann noch die Wartezeiten. Ich verstehe die Welt nicht mehr! Vorher war es die böse Ministerin, die uns erklärt hat, dass die Geburtenstation geschlossen werden müsse. Jetzt ist die Sicherheitsproblematik, weil dort offensichtlich jede Geburt ein Risiko ist. Und dann kommt noch die Verkürzung der Wartezeiten in allen anderen Krankenhäusern hinzu. Das werden wir uns anschauen. Wenn Ihr dabei bleibt und die Geburtenstation in Sterzing geschlossen wird, dann müssten ja ab 31. Oktober die Wartezeiten in allen anderen Krankenhäusern signifikant zurückgehen. Das werden wir uns anschauen. Ich glaube, dass man hier auf einem Justament-Standpunkt beharrt und den eigentlich gar nicht mehr argumentieren kann. Die Argumentation, die heute der Landeshauptmann gebracht hat, dass das Sterzinger Krankenhaus ein Sicherheitsrisiko für jede Geburt sei, werden die Fachkräfte dort gerne hören. Und gleichzeitig ist die Geburtenstation in Sterzing auch Schuld an den langen Wartezeiten im Sanitätsbereich. Ich stelle die Frage nicht, für wie bescheuert Ihr uns und die Leute draußen haltet, denn das wäre unschicklich. Ich sage ganz einfach, dass die Argumentation nicht stichhaltig ist. Deshalb spricht alles dafür, dass die Geburtenstation in Sterzing erhalten bleibt.

LEITNER (Die Freiheitlichen): Wir haben so sehnsüchtig auf die Zwischenlösung von Landesrat Achammer gewartet, aber die kommt nicht und kommt nicht. Die Sache ist sehr ernst. Ich bin Demokrat und respektiere Mehrheitsentscheidungen, aber was ich nicht mag, sind falsche Behauptungen, die hier aufgestellt worden sind. Ich habe behauptet, dass das Gutachten nicht einstimmig gefallen ist, der Landeshauptmann hat das Gegenteil behauptet. Heute weiß ich, dass es gar keine Abstimmung gegeben hat. Das war ein vorgefertigtes Protokoll, gegen das es Einwände gegeben hat, die aber nicht protokolliert worden sind. Das heißt nicht, dass das, was drinnen steht, nicht gesagt worden wäre, aber hier macht man den Menschen etwas vor, sodass Euch niemand mehr etwas glaubt. Ich habe gestern schon gesagt, dass ich Achtung und Respekt habe, wenn jemand eine Meinung vertritt, so wie es Landeshauptmann Kompatscher und Landesrätin Stocker gemacht haben. Das ist eine politische Entscheidung bzw. ein Beschluss der Landesregierung, gegen den übrigens rekurriert werden kann. Das ist kein Gesetz! Man ist in der Verwendung von Begriffen derart oberflächlich, dass man irgendwann alles behaupten kann. Das Problem ist, dass uns die Menschen grundsätzlich nicht mehr glauben. Ich habe schon einmal gesagt, dass es so aussieht, als ob die Schwangerschaft eine Krankheit wäre. Das denken sich jetzt diejenigen, die ins Krankenhaus Schlanders gehen, wo die geforderte Geburtenanzahl nicht erreicht wird. Die müssen das Gefühl haben, einer großen Gefahr ausgesetzt zu sein. Ich verstehe diese Diskussion wirklich nicht. Es hat geheißen, dass bei einem Prozent Risikofälle bestehen würden. Natürlich braucht es die Aufsicht, denn alle wollen gut betreut werden und sicher sein. Wenn sich eine Risikogeburt abgezeichnet hat, dann war es ja jetzt schon,

dass die Frauen in ein anderes Krankenhaus geschickt wurden. Im vorliegenden Antrag ist ja die Rede davon, die Voraussetzungen zu schaffen, was auch bedeuten kann, dass genügend Ärzte eingesetzt werden müssen.

ABGEORDNETER: *(unterbricht)*

LEITNER (Die Freiheitlichen): Nein, es gibt einen Plan des Sanitätsbezirkes Sterzing, der diese Absicherung für einige Monate garantiert hätte. Man muss schon alles sagen. Wie gesagt, mir geht es darum, dass man in der ganzen Geschichte ehrlich miteinander umgeht. Mehrheitsentscheidungen sind Mehrheitsentscheidungen, aber man muss auch wissen, wie es zu solchen Entscheidungen gekommen ist. Die Prämissen sind in Wirklichkeit andere, und das akzeptiere ich nicht. Man muss den Leuten die ganze Wahrheit sagen, denn sonst denken sie, über den Tisch gezogen worden zu sein.

Selbstverständlich stimmen wir für diesen Antrag. Ich könnte jetzt eine namentliche Abstimmung über einen ähnlichen Antrag vom November 2014 herausziehen und Euch sagen, wer damals schon dagegen war. Es hat sich ja nichts geändert. Man hat es über zwei Jahre hingezogen und die Leute im Glauben gelassen, dass schon noch etwas gehen würde. In Wirklichkeit war die Geschichte aber schon gelaufen. Das ist das Problem!

KNOLL (SÜD-TIROLER FREIHEIT): Zum Fortgang der Arbeiten. Es wurde immer davon gesprochen, dass es sich beim vorliegenden Antrag um einen Änderungsantrag zum Antrag handeln würde. Wir haben den nicht, sondern nur diesen.

PÖDER (BürgerUnion – Südtirol - Ladinien): *(unterbricht)*

KNOLL (SÜD-TIROLER FREIHEIT): Punkt 2 kommt also auch zur Abstimmung. Gut, dann möchte ich eine getrennte Abstimmung über Punkt 1 und Punkt 2 beantragen.

Nun zum Inhalt. Auch für mich ist nicht nachvollziehbar, wie hier im Landtag abgestimmt worden ist. Wir selbst haben vor zwei Jahren einen Antrag eingebracht, mit der nüchternen Formulierung, dass man alles tun sollte, um die Geburtenabteilungen zu erhalten. Dieser wurde aber abgelehnt. So hat diese ganze unsägliche Geschichte begonnen. Deshalb braucht man sich nicht zu wundern, wenn bei der Bevölkerung der Eindruck entstanden ist, dass man sich nicht darum bemüht hat. Man hört in den letzten Tagen auch Dinge wie, dass man Sterzing opfert, weil das der geringste parteipolitische Schaden wäre. Ich behaupte das nicht, denn das hört Ihr genauso wie wir! Manche Dinge erscheinen mir auch plausibel, denn wenn ich sehe, dass das Krankenhaus in Sterzing im Vergleich zu anderen Krankenhäusern die Voraussetzungen besser erfüllt, auch was das Engagement der Ärzte anbelangt, und gerade dieses Krankenhaus bestraft wird, halte ich schon für fahrlässig. Es ist in Vergangeneheit von der Landesregierung so getan worden, als ob eine Geburt im Krankenhaus Sterzing ein Sicherheitsrisiko wäre. Jetzt frage ich Euch, mit welcher Rechtfertigung Ihr den Vinschgern sagt, dass nicht auch eine Geburt im Krankenhaus Schlanders eine Risikogeburt ist. Dort werden keine 500 Geburten erreicht! Für Schlanders beantragt man eine Sondergenehmigung und da ist es egal, wenn es ein Sicherheitsrisiko ist? Hier muss man schon ein bisschen auf die Wortwahl achten. Man kann nicht einmal so argumentieren und einmal anders. Wir halten es einfach für fahrlässig, diese Geburtenabteilung zu schließen, auch weil es scheinheilig ist, so zu tun, als ob damit nicht auch der Standort des Krankenhauses in Sterzing langfristig in Frage gestellt wird. Wenn wir dafür kritisiert worden sind, dass wir die Landesregierung kritisieren, dann muss ich sagen, dass man an solchen Dingen gemessen wird. Welche Bilanz hat die Landesregierung in dieser Legislaturperiode in Sachen Gesundheitswesen? In Innichen wurde die Geburtenabteilung geschlossen, in Sterzing soll sie geschlossen werden. Das kann doch keine positive Bilanz sein! Diese Dinge sind für die Bevölkerung nicht nachvollziehbar, weshalb wir diesen Beschlussantrag unterstützen.

Herr Präsident, ich ersuche um namentliche Abstimmung über Punkt 1.

STOCKER M. (Landesrätin für Wohlfahrt - SVP): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen, es ist heute schon sehr viel über dieses Thema gesagt worden. Ich glaube, dass die Darlegungen des Landeshauptmannes umfassend waren und er wird jetzt auch noch zu dieser Tagesordnung Stellung nehmen.

KOMPATSCHER (Landeshauptmann - SVP): Ich habe vorher einen halbstündigen Vortrag zur Geburtstation und zum gesamten System gehalten. Ich habe darauf hingewiesen, dass wir einige Probleme zu bewältigen haben, darunter auch das Problem der Wartezeiten. Es macht nicht Sinn, Ressourcen dauerhaft abzuziehen,

weil wir nicht genügend Personal haben. Sie haben gesagt, dass Sie gerne meine Wortmeldung herausschneiden würden. Das beherrschen Sie sehr gut, nämlich Dinge aus dem Zusammenhang herauszuholen und zu polemisieren.

Die Landesregierung hat den Beschluss gefasst, weshalb es logisch und konsequent ist, dass wir diesem Antrag nicht zustimmen.

PRESIDENTE: Passiamo alla votazione, per parti separate, come richiesto dal consigliere Knoll.

Apro la votazione sul punto 1) per appello nominale:

*(Votazione per appello nominale con procedimento elettronico)
Namentliche Abstimmung mit elektronischer Abstimmung –)*

Respinto con 13 voti favorevoli e 18 voti contrari. 32 consiglieri presenti, 31 consiglieri votanti, 1 consigliera non votante (consigliera Atz Tammerle).

I seguenti consiglieri hanno votato a favore: Artioli, Blaas, Dello Sbarba, Foppa, Heiss, Knoll, Leitner, Oberhofer, Pöder, Stocker S., Tinkhauser, Urzi e Zimmerhofer.

I seguenti consiglieri hanno votato contro: Achammer, Amhof, Bizzo, Deeg, Hochgruber Kuenzer, Kompatscher, Mussner, Nogger, Renzler, Schiefer, Schuler, Steger, Stirner, Stocker M., Theiner, Tommasini, Tschurtschenthaler e Wurzer.

Apro la votazione sul punto 2): respinto con 13 voti favorevoli e 18 voti contrari.

Gli ordini del giorno n. 4, n. 5 e n. 6 sono stati ritirati.

Ordine del giorno n. 7 dell'11/7/2016, presentato dal consigliere Pöder, riguardante "Il limite previsto per i pagamenti in contanti avvantaggia solo le banche: eliminiamolo!"

Tagesordnung Nr. 7 vom 11.7.2016, eingebracht vom Abgeordneten Pöder, betreffend Bargeldgrenze bringt nur Banken etwas – deshalb weg damit.

Il Governo ha approvato l'aumento del limite previsto per i pagamenti in contanti, portandolo da 1.000 a 3.000 euro. A prescindere dall'importo, ogni restrizione dei pagamenti in contanti limita i cittadini nelle proprie decisioni. Tuttavia, già adesso l'obbligo di effettuare tutti i pagamenti tramite un conto bancario produce effetti negativi. Infatti, in questo modo vengono rilevati tutti i movimenti di un conto corrente anche nel lungo periodo. L'archiviazione di dati a lungo termine richiede una grande cautela, poiché in numerosi casi i dati bancari consentono di entrare nella sfera privata dei cittadini e delle cittadine e risalire alla loro situazione patrimoniale, agli stili di vita, ai luoghi da loro frequentati oppure alle loro preferenze. E pertanto sono dati sensibili potenzialmente a rischio di abusi, ad esempio quando finiscono nelle mani di terzi non autorizzati. Inoltre, il limite dei pagamenti in contanti costituisce anche uno svantaggio in termini di competitività per la nostra provincia. I Paesi confinanti, quali Austria e Germania, rinunciano a tali limitazioni che, se in essere, spaventano i clienti stranieri danarosi, sia nel settore turistico che in quello artigianale, commerciale e agricolo. Infine, il limite dei pagamenti in contanti va ad aumentare notevolmente le entrate delle banche derivanti dalle commissioni.

*Il Consiglio della Provincia autonoma di Bolzano
incarica la Giunta provinciale*

di intervenire presso le sedi competenti affinché venga abolito il tetto previsto per i pagamenti in contanti.

Die Regierung in Rom hat eine Erhöhung der Grenze für Bargeldzahlungen von 1.000 € auf 3.000 € umgesetzt. Unbeachtet der Höchstgrenze stellt jede Begrenzung der Bargeldzahlungen eine Einschränkung aller Bürger bei privaten Entscheidungen dar. Die Abwicklung des Zahlungsverkehrs über ein Bankkonto führt aber bereits heute zugleich zu negativen Nebeneffekten. So werden die Daten über alle Kontobewegungen der Bürger erfasst und langfristig gespeichert. Dauerhafte Datenspeicherung sollte immer einhergehen mit einer großen Sensibilität, denn auch Bankdaten lassen in vielen Fällen Rückschlüsse auf das Privatleben, Vermögensverhältnisse, die persönliche Lebens-

weise, Aufenthaltsorte oder individuelle Vorlieben der Bürger zu und bergen damit immer die inhärente Gefahr eines Missbrauchs, beispielsweise wenn diese Daten von Unbefugten illegal beschafft und genutzt werden. Weiters stellt die Begrenzung der Bargeldzahlungen einen Wettbewerbsnachteil für den Standort Südtirol dar. Umliegende Länder wie Österreich und Deutschland verzichten auf Begrenzungen, wodurch gerade ausländische, finanzstarke Kunden geradezu abgeschreckt werden. Sei es als Touristen, aber auch als Kunden in den Sektoren Handwerk, Handel und Landwirtschaft. Die Bargeldgrenze bringt im Übrigen vor allem den Banken satte Gebühreneinnahmen.

*Der Südtiroler Landtag
beauftragt
die Landesregierung,*

bei den zuständigen Stellen zu intervenieren, damit die sogenannte Bargeldgrenze aufgehoben wird.

La parola al consigliere Pöder.

PÖDER (BürgerUnion – Südtirol - Ladinien): Danke, Herr Präsident, ich teile mit, dass der beschließende Teil abgeändert wird, und zwar in dem Sinn, dass die Bargeldgrenze an die EU-Nachbarländer angepasst wird.

PRESIDENTE: Va bene. Allora nella parte dispositiva si aggiungono le parole "Bargeldgrenze an die EU-Nachbarländer angegliedert wird". Nel testo italiano si dice: "affinchè venga adeguato a quanto previsto per i paesi UE confinanti".

Prego, Presidente Kompatscher.

KOMPATSCHER (Landeshauptmann - SVP): Wir nehmen diese Tagesordnung in der geänderten Form an.

PRESIDENTE: Va bene. Allora l'ordine del giorno n. 7, così come emendato, si ritiene accolto.

Ordine del giorno n. 8 dell'11.7.2016, presentato dalla consigliera Artioli, riguardante costi standard e accorpamento Comuni.

Tagesordnung Nr. 8 vom 11.7.2016, eingebracht von der Abgeordneten Artioli, betreffend Standardkosten und Zusammenlegung von Gemeinden.

Uno degli obiettivi primari di questa Provincia è abbattere la burocrazia con l'introduzione del metodo dei costi standard su tutto il territorio.

I costi della burocrazia derivano da iter complessi, dalla compilazione di modelli o dalla certificazione di requisiti, ovvero da tutte quelle attività che comportano carte da compilare. Da tempo l'abbattimento della burocrazia è un tema che preoccupa i cittadini e le imprese in quanto gli oneri burocratici risultano difficilmente comprensibili e spesso insostenibili. Per abbattere il carico burocratico, l'amministrazione provinciale ha cercato negli ultimi anni di introdurre attraverso progetti pilota il metodo dei costi standard. In particolare il Dipartimento all'economia si è impegnato, ma c'è ancora molto da fare.

Secondo le imprese locali al momento si è riusciti solo in parte a ridurre gli oneri burocratici in Provincia di Bolzano, come emerge anche da vari sondaggi. Con un'applicazione sistematica da parte dell'amministrazione provinciale del metodo dei costi standard su tutto il territorio si potrebbe ridurre sensibilmente l'onere a carico degli operatori economici e dei cittadini.

Il metodo dei costi standard è una procedura per rilevare i costi della burocrazia che pesano sulla popolazione e sull'economia a causa delle normative sull'informazione. L'obiettivo del metodo dei costi standard è liberare cittadini e imprese da inutili oneri burocratici, gestendo in modo più efficiente le procedure amministrative e riducendo al minimo gli oneri. A tal fine vengono rilevate le procedure dispendiose, obsolete, ripetitive o eccessive per poi ridurle o addirittura eliminarle. Queste razionalizzazioni permettono di risparmiare tempo e denaro. L'accorpamento dei Comuni è un ulteriore mezzo per migliorare la riorganizzazione e il risparmio.

Tutto ciò premesso,

● ● ● ● ● ● ● ●

*Il Consiglio della Provincia autonoma di Bolzano
invita
la Giunta provinciale*

a fissare obiettivi concreti e scadenze precise per la valutazione delle misure normative, organizzative e tecnologiche finalizzate alla riduzione del carico burocratico anche attraverso una maggiore implementazione del metodo dei costi standard e dell'accorpamento dei Comuni.

Eines der vorrangigen Ziele dieses Landes ist der Bürokratieabbau durch die südtirolweite Einführung des Standardkostenmodells.

Bürokratiekosten entstehen durch komplexe Verfahren sowie das Erfordernis, Formulare auszufüllen oder Voraussetzungen nachzuweisen, also durch all jene Obliegenheiten, bei denen Schreibereien anfallen. Seit geraumer Zeit beschäftigt das Thema des Bürokratieabbaus die Bürger und die Unternehmen, denn die Bürokratiekosten sind nur schwer nachvollziehbar und oft untragbar. Zur Senkung dieser Kosten haben die Landesbehörden in den letzten Jahren versucht, über Pilotprojekte das Standardkostenmodell einzuführen. Besonders das Finanzressort hat diesbezüglich große Anstrengungen unternommen, aber es bleibt noch viel zu erledigen.

Nach Auskunft der Südtiroler Unternehmen ist es bis jetzt nur zum Teil gelungen, die Bürokratiekosten im Land abzubauen, wie teilweise auch aus verschiedenen Umfragen hervorgeht. Würden die Landesbehörden das Standardkostenmodell systematisch in ganz Südtirol anwenden, würden die Kosten für Wirtschaftstreibende und Bürger merklich zurückgehen.

Das Standardkostenmodell ist ein Verfahren zur Ermittlung der Bürokratiekosten, die die Bevölkerung und die Wirtschaft aufgrund der gesetzlichen Informationspflichten belasten. Das Ziel des Standardkostenmodells ist die Entlastung der Bürger und Unternehmen von unnötigen Bürokratiekosten durch eine effizientere Gestaltung der Verwaltungsverfahren und eine Beschränkung der Ausgaben auf ein Mindestmaß. Dabei wird ermittelt welche Verfahren kostenaufwändig, veraltet, sich wiederholend oder übermäßig sind, um sie dann schlanker zu gestalten oder gar abzuschaffen. Dank dieser Rationalisierungen können Zeit und Geld eingespart werden. Die Zusammenlegung von Gemeinden ist ein weiterer Weg zur Verbesserung dieser Reorganisation und zu mehr Einsparungen.

Aus diesen Gründen

*verpflichtet
der Südtiroler Landtag,*

die Landesregierung, konkrete Zielsetzungen und genaue Fristen zur Bewertung der normativen, organisatorischen und technologischen Maßnahmen zu setzen, die einem Abbau der Bürokratiekosten dienlich sind. Dies soll unter anderem auch durch eine stärker verbreitete Anwendung des Standardkostenmodells und eine Zusammenlegung von Gemeinden erfolgen.

La parola alla consigliera Artioli.

ARTIOLI (Team Autonomie): Presidente, Le comunico che vorrei trattare solo questo ordine del giorno mentre gli altri che ho presentato li ritiro e li trasformo in mozioni.

In questo ordine del giorno chiedo che la parola "Zusammenlegung" venga sostituita dalla parola "Zusammenarbeit", sia nelle premesse che nella parte impegnativa. Nel testo in lingua italiana diventa "collaborazione".

PRESIDENTE: Va bene. Il Presidente Kompatscher segnala che quest'ordine del giorno, così come emendato, viene accolto dalla Giunta provinciale.

Gi ordini del giorno n. 9, n. 10, n. 11 e n. 12 sono stati ritirati.

Ordine del giorno n. 13 del 12/7/2016, presentato dai consiglieri Dello Sbarba, Foppa e Heiss, riguardante ABD: garanzie per i/le dipendenti.

Tagesordnung Nr. 13 vom 12.7.2016, eingebracht von den Abgeordneten Dello Sbarba, Foppa und Heiss, betreffend ABD: Zukunftssicherung für die MitarbeiterInnen.

L'articolo 4 del presente disegno di legge provinciale autorizza la Giunta a dismettere la propria partecipazione finanziaria nella società ABD, ovvero a porre in liquidazione la predetta società. Attualmente risulta che la società ha una trentina di dipendenti. Nel momento in cui la Giunta provinciale decidesse per una delle due ipotesi consentite dall'articolo 4 diventa fondamentale prendere un impegno a difesa di tali dipendenti.

Per questo motivo,

*il Consiglio della Provincia autonoma di Bolzano
impegna la Giunta provinciale*

nel caso la Giunta decidesse per la dismissione della propria partecipazione finanziaria nella società ABD a porre come una delle condizioni per chi dovesse rilevare la partecipazione quella del mantenimento del posto di lavoro degli/delle dipendenti di questa società;

nel caso la Giunta decidesse per la liquidazione della società ABD a garantire la ricollocazione in una posizione lavorativa a parità di qualifica degli/delle dipendenti della società al momento della liquidazione.

Artikel 4 des vorliegenden Landesgesetzentwurfs ermächtigt die Landesregierung, ihre finanzielle Beteiligung an der Flughafengesellschaft ABD aufzugeben oder genannte Gesellschaft zu liquidieren. Derzeit hat die Gesellschaft an die dreißig MitarbeiterInnen. Sobald sich die Landesregierung für eine der beiden Möglichkeiten laut Artikel 4 entscheidet, ergibt sich die moralische Pflicht, diese MitarbeiterInnen zu schützen.

Aus diesem Grunde

*verpflichtet
der Südtiroler Landtag
die Landesregierung,*

die Beibehaltung aller derzeitigen Arbeitsplätze zur Bedingung für die neue Betreibergesellschaft zu machen, sollte sich die Landesregierung für die Abtretung ihrer finanziellen Beteiligung an der Flughafengesellschaft ABD entscheiden;

einen neuen, gleichwertigen Arbeitsplatz für alle MitarbeiterInnen zum Zeitpunkt der Liquidation zu finden, sollte sich die Landesregierung für die Auflösung der Flughafengesellschaft ABD entscheiden.

La parola al consigliere Dello Sbarba.

DELLO SBARBA (Grüne Fraktion - Gruppo verde - Grupa vërda): La legge di assestamento, la n. 89 all'art. 4 prevede due ipotesi per ADB, una riguarda la messa in vendita delle quote della Provincia e la seconda riguarda la liquidazione della società. Naturalmente c'è un problema di dipendenti. Noi ci siamo sentiti, in quanto protagonisti della campagna referendaria, una responsabilità verso questi dipendenti, quindi nelle due ipotesi noi vorremmo che il Consiglio si impegnasse a sostenere i dipendenti e dare loro una sicurezza di prospettiva, sia nel caso in cui la Giunta riuscisse a dismettere la propria partecipazione e si trovasse un acquirente, e in questo caso la soluzione dovrebbe essere quella che una delle condizioni sia il mantenimento dei livelli occupazionali, e dall'altra, se la società dovesse essere liquidata, comunque un impegno verso i dipendenti a sostenerli nella ricerca di un posto di lavoro alternativo e a parità di qualifica rispetto a quello che hanno adesso, naturalmente i dipendenti che in quel momento fossero rimasti in ABD, perché può darsi che qualcuno già per conto suo ha pensato di cercare un'alternativa di lavoro e pare che l'abbia trovata. Io l'ho letto nella relazione che avete approvato nella delibera di Giunta, dove c'è scritto che fra il personale ci sono state alcune dimissioni, perché nell'incertezza della prospettiva qualcuno ha trovato un'alternativa. Se si arrivasse davvero alla liquidazione andrebbe fatto di tutto perché i dipendenti che sono rimasti lì abbiano una prospettiva di lavoro.

Questo è il nostro ordine del giorno, ci sembrava una cosa dovuta verso queste persone.

BLAAS (Die Freiheitlichen): Es ist schon etwas bedenklich, eine Arbeitsplatzgarantie zu geben. In Punkt 2 des beschließenden Teiles des Beschlussantrages steht: "2. einen neuen gleichwertigen Arbeitsplatz für alle MitarbeiterInnen zum Zeitpunkt der Liquidation zu finden." Ich habe solche Übergänge öfters mitverfolgen können. Meistens hat man größte Probleme mit dem Übergang von Personal in eine Bezirksgemeinschaft oder von einer Gemeinde zu den Stadtwerken usw. Die Landesregierung zu beauftragen, einen ordentlichen Arbeitsplatz für

diese Personen zu finden, erscheint mir zu viel des Guten. Dass man diese Personen bei Bedarf wohlwollend aufnimmt, kann schon sein, aber dass man sich verpflichtet, einen gleichwertigen Arbeitsplatz für alle Mitarbeiter zu finden, finde ich nicht angepasst. Mit der Bedingung zur Beibehaltung aller derzeitigen Arbeitsplätze für die neue Betreibergesellschaft schreibt man einem Privaten vor, diese Leute zu übernehmen, und das ist ein Eingriff in eine Firmenstrategie. Das ist mir einfach zu restriktiv und auch nicht sinnvoll. Wenn schon jemand diesen Betrieb übernimmt, dann muss er die Freiheit haben, sich seinen Mitarbeiterstab selbst auszusuchen.

URZI (L'Alto Adige nel cuore): Ha ragione il collega Delo Sbarba quando avverte un profondo senso di colpa, su questo non posso che dargli pienamente ragione. Effettivamente sulla coscienza questi lavoratori ci saranno, ed è un problema molto grave che va considerato con il massimo rispetto per ciascuna di queste posizioni, in considerazione del fatto che loro attraverseranno un passaggio che è pieno di incognite, in quanto è pieno di incognite il percorso formale che dovrà conoscere la transizione che solo ora si inizia a indicare.

Condivido lo spirito che una volta fatta l'enorme frittata si debba cercare di risolvere il problema e affrontarlo con la massima ragionevolezza e sensibilità. Queste persone con la massima professionalità che si trovano in una condizione di massima incertezza riguardo il proprio futuro fortunatamente non è imminente, ma riguarderà comunque un periodo non troppo lungo, è legato a scelte che non riguardano solo il percorso che può essere indicato dalla politica, perché quando si afferma che avverrà una dismissione della partecipazione finanziaria dalla società ABD e che altri soggetti potranno intervenire per rilevare la partecipazione, si dice che si intende porre una clausola per cui soggetti privati potenzialmente interessati all'impresa economica, devono sottostare a delle condizioni che vengono poste ora dal collega Dello Sbarba o dal Consiglio provinciale e che sono oneri. Mi domando onestamente se tutto questo non finirà poi per arrecare un ulteriore aggravamento di un percorso che invece comunque dovrà trovare una soluzione. La partecipazione di capitale privato ritengo che sarà un fatto ineluttabile. È ragionevole pensare di poter porre una condizione talmente vincolante in un'ottica di interesse pubblico più generale nel momento in cui si parte dalla premessa – l'ho sentito dire questa mattina - che l'impianto in toto dovrebbe essere dismesso? Io non ritengo che questa accada, anzi ritengo che sull'impianto si possa anche investire. Ma la domanda è: alle condizioni che pone questo ordine del giorno? Mi rendo conto che adesso siamo schiacciati fra l'incudine e il martello, perché c'è la volontà prioritaria di garantire un posto di lavoro, una certezza professionale a dipendenti che oggi navigano a vista, ma dall'altra parte c'è un percorso di assunzione di impegni da parte di soggetti terzi fuori dall'ABD, fuori dalla Provincia di Bolzano che dismette la società, sui quali mi domando come tecnicamente possa essere ammissibile porre un vincolo di questa portata, che renderebbe un'impresa economica più onerosa di quanto non lo sarebbe in caso contrario.

Quindi schiacciati fra l'incudine e il martello chiedo tecnicamente, presidente, come si possa riuscire a soddisfare un'esigenza che indubbiamente è ragionevole, quella del mantenimento di posti di lavoro, con l'esigenza anche di non recare un aggravio nelle procedure che dovranno seguire sulla scorta di un referendum approvato. Di sicuro però la coscienza non potrà essere lavata da questo ordine del giorno.

STEGER (SVP): Diese Tagesordnung ist ganz interessant. Es hat eine klare Positionierung gegeben: Das öffentliche Raus aus dem Flughafen. Dafür habt Ihr ja fest gekämpft, und Ihr habt Euer Ziel erreicht. Da gibt es aber Menschen, die da arbeiten, und deshalb müssen diese gerettet werden. Und das hat die Landesregierung zu organisieren. Der Landeshauptmann war selbst dort, und es war sicher nicht angenehm für ihn. Die MitarbeiterInnen waren jetzt monatelang in dieser Unsicherheit und haben ihre Zukunft nicht gesichert gesehen. Er war bei ihnen, da wir sicherstellen wollen, dass diese Menschen auch in Zukunft einen Arbeitsplatz haben. So, wie Sie den Antrag formuliert haben, hätte ich Sie gerne auf der anderen Seite. Wenn ich diesen Antrag geschrieben hätte, dann möchte ich wissen, was Sie mir sagen würden. Fakt ist, dass Punkt 2 des beschließenden Teiles nicht einmal legal wäre. Wie soll das passieren? Die Landesregierung kann die privatrechtlich angestellten Mitarbeiter gar nicht in den Landesdienst übernehmen. Ihr habt gesagt, dass die öffentliche Finanzierung für den Flughafen gestoppt werden soll, was bedeutet, dass wir aus der ABD herausgehen. Wenn wir das tun, dann müssen wir einen Weg beschreiten, der technisch nicht anders vollziehbar ist. Wir müssen eine Ausschreibung machen, und derjenige, der die Ausschreibung gewinnt, wird den Betrieb übernehmen. Natürlich werden wir sagen, dass die Mitarbeiter soweit als möglich aufgefangen werden sollen, aber wir können nicht sagen, dass die neue Betreibergesellschaft alle derzeitigen Arbeitsplätze übernehmen muss, sollte sich die Landesregierung für die Abtretung ihrer finanziellen Beteiligung an der Flughafengesellschaft ABD entscheiden. Es geht nicht, jemandem, der den Betrieb übernehmen soll, keinen Spielraum zu lassen.

Diesen Antrag so umzusetzen, halte ich für unmöglich, weshalb ich ihm nicht zustimmen werde, wie wohl ich sagen möchte, dass uns die Situation dieser Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die seit Jahren fleißig arbeiten, am Herzen liegt. Sie können sicher sein, dass die Landesregierung alles tun wird, um die Arbeitsplätze für diese Mitarbeiter zu erhalten.

KOMPATSCHER (Landeshauptmann - SVP): Ich habe mich am letzten Freitag mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der ABD getroffen. Es war ein sehr gutes Gespräch, und ich konnte die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter informieren, wie sich die Dinge derzeit darstellen, auch bezüglich des Zeithorizontes. Selbstverständlich liegen sie uns am Herzen, aber wir können einem offiziellen Bewerber nicht vorschreiben, dass er sie übernehmen muss. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter haben das zur Kenntnis genommen. Wir können diese Leute auch nicht in den Landesdienst übernehmen, denn das würde dem Grundsatz des Wettbewerbes für die Aufnahme in den öffentlichen Dienst widersprechen. Nachdem es sich hier um qualifiziertes Personal handelt, wird ein potentieller Werber aber sicher darauf bedacht sein, dieses Personal zu übernehmen, weil er es ja brauchen wird.

DELLO SBARBA (Grüne Fraktion - Gruppo verde - Grupa vërda): Sull'ordine dei lavori. Presidente, ritiro questo ordine del giorno perché mi dispiacerebbe che fosse respinto, perché non rispecchierebbe, una bocciatura, le convinzioni che qui sono state espresse.

Volevamo porre questo problema e che fosse discusso in aula. Quello che hanno detto i colleghi Steger e il presidente della Giunta provinciale lo prendo come un impegno della Giunta provinciale, ovviamente nell'ambito delle cose giuridicamente possibili a difesa di questi dipendenti. Non vorrei che una votazione negativa non rispecchiasse quello che abbiamo detto, quindi ringrazio per l'impegno e ritiro questo ordine del giorno.

PRESIDENTE: Va bene.

Prima di chiudere l'odierna seduta Vi comunico che in ordine al processo verbale della seduta precedente, messo a disposizione all'inizio dell'odierna seduta, non sono state presentate durante la seduta richieste di rettifica, per cui lo stesso, ai sensi dell'articolo 59, comma 3, del regolamento interno, si intende approvato.

Grazie la seduta è chiusa.

Ore 18.03 Uhr

Es haben folgende Abgeordnete gesprochen:

Sono intervenuti i seguenti consiglieri/le seguenti consigliere:

AMHOF 11

ARTIOLI 8, 11, 48

ATZ TAMMERLE 16

BLAAS 21, 49

DELLO SBARBA 13, 39, 49, 51

FOPPA 18

HEISS 1, 5, 35

KNOLL 35, 41, 45

KÖLLENSPERGER 40

KOMPATSCHER 25, 28, 36, 41, 42, 45, 47, 51

LEITNER 35, 39, 44, 45

PÖDER 34, 38, 42, 43, 44, 47

RENZLER 12

STEGER 11, 32, 36, 50

STOCKER M. 28, 45

TINKHAUSER 6, 7

URZÌ 22, 40, 50

ZIMMERHOFER 34